HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Jahresbericht 2008

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.
- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln das Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In-und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Inhalt

Vorwort 2
Globalisierung und Nachhaltigkeit 4
Europapolitik 13
Internationale Demokratieförderung 19
Wirtschaft, Soziales und Finanzkrise 24
Außen- und Sicherheitspolitik 28
Gunda-Werner-Institut 32
Globale Geschlechterpolitik 34
Bildung und Wissenschaft 36
Migration und Interkulturelles Management 38
Nachwuchsförderung 40
Kommunalpolitik 46
Kunst und Kultur 47
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich 51
GreenCampus 53
Grüne Akademie 54
Archiv Grünes Gedächtnis 55
Preise 56
Die Stiftung im neuen Haus 57
Stiftungsmanagement 58
Gremien 64
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten 65
Adressen 68
Fördern und Spenden 71

Vorwort

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten! Der von Menschen verursachte Klimawandel ist ohne Beispiel, und die Welt ist von einer Finanz- und Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes erfasst worden. Dabei war der Crash des neoliberalen Kapitalismus nur eine Frage der Zeit. Die schuldengetriebene Überhitzung der Kapitalmärkte hatte ihr Zentrum in den USA. Insofern hängt auch die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu guten Teilen an den USA.

Die Heinrich-Böll-Stiftung engagiert sich mit einer Vielzahl von Projekten für ein besseres Verständnis und gemeinsames Handeln zwischen den USA und Europa. Dies gilt auch – und gerade – für die Umsetzung eines «Green New Deal». Dahinter steht die Idee, dass die weltweite Doppelkrise von Wirtschaft und Umwelt nur mit einer gemeinsamen Anstrengung gemeistert werden kann, die Wirtschaft auf einen ökologischen Kurs zu trimmen, Energie- und Ressourceneffizienz im großen Stil voranzutreiben und in Bildung, Innovationen und Maßnahmen zur globalen Gerechtigkeit zu investieren. Es geht um nicht weniger als die Transformation des bisherigen fossilen Kapitalismus in eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Die Chance dafür ist vorhanden. Wir haben vielleicht nur die eine.

Dieser Wandel braucht eine entschlossene Politik, die den Märkten ökologische und soziale Leitplanken vorgibt. Europa muss hier vorangehen. Eine vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien wäre ein Tragpfeiler dieses neuen Wirtschaftssystems. Allein mit nationalen klima- und energiepolitischen Maßnahmen ist dieses Ziel jedoch nicht zu erreichen. Eine von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebene Studie schlägt deshalb die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) vor. ERENE steht für die ökologische Modernisierung des Stromsektors in Europa, für die Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarkts für erneuerbare Energien und das dafür notwendige europaweite Leitungsnetz. Die Studie wird in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vorgestellt. Das bisherige Echo ist ermutigend. Unser Ziel ist es, möglichst viele Verbände, Parlamentarier/innen und Regierungen für dieses Projekt zu gewinnen.

Der Klimaschutz war und bleibt bei uns ganz oben auf der Agenda. Eine CO_2-freie Wirtschaft gibt es nur, wenn wir überall auf der Welt Menschen dafür gewinnen, selbst aktiv zu werden. Mit «Sonne, Wind & Wir – Klimatour 2008» haben wir gemeinsam mit den Landesstiftungen Neuland betreten und sind mit Rockbands, Kabarettisten und Klimafachleuten für den Klimaschutz durch Deutschland getourt. Politische Bildung einmal ganz anders!

Auch international ist die Stiftung ein wichtiger klimapolitischer Akteur geworden. Unser politisches Motto heißt «Klima der Gerechtigkeit». In Zusammenarbeit mit NGOs und Klimafachleuten haben wir das Konzept «Greenhouse Development Rights» (GDRs) vorgelegt, das auf den Prinzipien der Verantwortung für den Klimawandel und der Fähigkeit zum Handeln für den Klimaschutz beruht und nach einem gerechten Ausgleich zwischen Ländern und Bevölkerungsgruppen sucht. Dieses Konzept ist auf breites Interesse bei NGOs und internationalen Institutionen gestoßen; für einzelne Regierungen ist die Idee von GDRs sogar zum Referenzrahmen für ihre Vorschläge im Klimaschutz geworden.

Weltweit engagieren wir uns für einen Ausstieg aus fossilen Energien, gegen Atomkraft und für einen Klimaschutz, der Armutsüberwindung und Geschlechtergerechtigkeit einbezieht. Wir unterstützen Menschen und Projekte, die sich für eine andere Energie-, Landwirtschafts- und Waldpolitik einsetzen. Und wir ermöglichen politische Einmischung für unsere Partnerinnen und Partner zunächst in ihren Ländern, aber auch international bei den Klimaverhandlungen.

Das Jahr 2009 wird ein Schlüsseljahr für den globalen Klimaschutz. In Kopenhagen soll ein neues Klimaschutzabkommen unterzeichnet werden. Wird es den Durchbruch für einen konsequenten Klimaschutz bringen? Dafür brauchen wir eine politische und gesellschaftliche Offensive. Mit unserem globalen Klimanetzwerk werden wir dazu beitragen.

Wir erleben gegenwärtig eine folgenschwere geopolitische Verschiebung: Aufstrebende Mächte wie China und Indien treffen auf eine angeschlagene Weltmacht USA und fordern ihre politische Mitsprache ein. Immerhin haben die USA mit Barack Obama einen Hoff-

nungsträger zum Präsidenten gewählt, der die Probleme offen ausspricht. Herkulische Aufgaben warten auf ihn: Seine Regierung muss den Wirtschaftsmotor des Landes wieder anwerfen und ihm dabei ein nachhaltiges Betriebssystem verpassen. Obama muss die multilaterale Kooperation in der internationalen Politik stärken, das Verhältnis der USA zur islamischen Welt verbessern und mit Blick auf die zahlreichen Krisenherde Führung zeigen. Die USA können dem Rest der Welt nicht ihren Willen aufzwingen, aber ohne sie werden auch in Zukunft keine tragfähigen Lösungen für globale Probleme möglich sein.

Ähnliches lässt sich über China sagen: Die Lösung der weltweiten Probleme – ob Klimawandel oder die Wirtschafts- und Finanzkrise – kann gewiss nur mit China gelingen. So hat das Land immense Währungsreserven, die in der Finanzkrise gebraucht werden. Und als Verschmutzer der Atmosphäre hat China die USA überholt, wenn auch noch lange nicht beim CO_2-Ausstoß pro Kopf. Deshalb hat sich die Stiftung auch im vergangenen Jahr intensiv mit dem Riesenreich befasst. Die Olympischen Spiele 2008 waren Anlass für eine Reihe von Veranstaltungen, die sich mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und Reformprozessen des Landes auseinandersetzten. Der Kern unserer Arbeit ist unsere Beteiligung am ökologischen, sozialen und politischen Reformdiskurs in China selbst. Wir stehen für den Dialog mit Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Höhepunkt unseres demokratiepolitischen Engagements war die Verleihung des Petra-Kelly-Preises 2008 an den Rechtsanwalt Zhang Sizhi. Er ist einer jener mutigen Kämpfer für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in China, der dem Gedanken der Herrschaft durch das Recht seit Jahrzehnten ein Gesicht gibt. In China genießt Zhang Sizhi als Intellektueller und Jurist hohes Ansehen und gilt vielen als das «Gewissen der Anwälte». Dass die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, die Laudatio auf den Preisträger hielt, war ein besonderes Zeichen der Anerkennung.

Der Einzug in unser neues Haus in der Schumannstr. 8 war für uns natürlich ein herausragendes Ereignis im Jahr 2008. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bezeichnete das neue Böll-Haus als Beispiel, «wie eine Bauästhetik, die mit der Aufbruchseuphorie der jungen Bundesrepublik verbunden ist, in eine Architektur für den Alltag im postfossilen Zeitalter überführt werden könnte». Auch das Einweihungsfest wird uns in guter Erinnerung bleiben. Als Ehrengast wünschte Bundespräsident Horst Köhler der Stiftung in seinem Grußwort, dass sie «neugierig bleiben» möge «in diesem schönen Haus und überall auf der Welt». Wir nehmen diese Anregung gerne auf.

Anfang diesen Jahres erreichte uns eine traurige Nachricht: In der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 2009 ist Viktor Böll verstorben. Mit ihm verliert die Stiftung einen langjährigen Freund und Förderer. Dreißig Jahre war Viktor Böll Leiter des Heinrich-Böll-Archivs der Stadt Köln. Gemeinsam mit der Stiftung organisierte er Ausstellungen und Buchprojekte und bestritt zahllose Veranstaltungen zu Heinrich Bölls Leben und Werk. Er wird uns als warmherziger, lebenskluger und humorvoller Freund, Kollege und Weggefährte in Erinnerung bleiben.

Ohne breite ehrenamtliche Unterstützung wäre unsere Arbeit nicht möglich gewesen. Die Gelder des Förderkreises versetzen uns z.B. in die Lage, Projekte zu fördern, die wir nicht aus öffentlichen Mitteln finanzieren können. Zahlreiche Menschen unterstützen die Stiftung auch durch ihre Mitarbeit in unseren Gremien. Bei ihnen allen bedanken wir uns nachdrücklich.

Ganz besonderer Dank gilt wie stets unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland. Ihr engagierter und kreativer Einsatz ist das Fundament für unsere nun schon über zwei Jahrzehnte währende erfolgreiche Arbeit.

Berlin, im April 2009

Ralf Fücks Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ralf Fücks

Barbara Unmüßig

Globalisierung und Nachhaltigkeit

Der Klimawandel spitzt sich zu, Rohstoffe werden knapp, die weltweite Wirtschaftskrise erfordert eine radikale Neuordnung der internationalen Finanzarchitektur. Auch die globalen Handelsabkommen müssen neu verhandelt werden. Jede einzelne dieser Krisen stellt die Politik vor enorme Herausforderungen, zusammengenommen erfordern sie ein umfassendes Denken und Handeln, dem unsere Institutionen nicht gewachsen scheinen. Die Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt sich im In- und Ausland mit den zahlreichen Baustellen der Globalisierung und sucht nach nachhaltigen und gerechten Lösungen. Wir begleiten die internationalen Klimaverhandlungen und fördern die Zivilgesellschaft. Wir suchen bessere Institutionen und eine Energieversorgung für die Zukunft.

Blog
http://baustellen-der-globalisierung.blogspot.com
Blog
www.klima-der-gerechtigkeit.de

Tourzeitung der Heinrich-Böll-Stiftung: Die Band «Wir sind Helden» war einer der Hauptacts der Klimatour.

Klimatour 2008
Deutschlandweit: Sonne, Wind und Wir!

Der Klimawandel ist in aller Munde. Doch die weltweiten CO_2-Emissionen steigen weiter, und der globale Rohstoffhunger beginnt auch die letzten Naturreservate zu zerstören. Vor allem die reichen Industrieländer müssen beim Umwelt- und Klimaschutz vorangehen, schließlich sind sie für den Großteil der CO_2-Emissionen verantwortlich. Um die Wende zu schaffen, müssen alle ihren Beitrag leisten: Politik, Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher. Jeder einzelne ist gefordert, das zu tun, was in seiner Macht steht. Die Klimatour «Sonne, Wind und Wir» der Heinrich-Böll-Stiftung zeigte, wie das gehen kann. «Wir müssen den Schritt vom Wissen zum Handeln tun», so die Botschaft der Tour. Angesichts der globalen Gefahren des Klimawandels und des Tempos, in dem er stattfindet, braucht es eine große Bewegung für die ökologische Wende: für erneuerbare Energien, für einen umweltfreundlichen Lebensstil, für verbindliche internationale Abkommen zur Verminderung der Treibhausgase. Klima ist eine Zukunftsfrage, die nicht den Spezialisten überlassen werden darf.

Die Tour startete im Juni in Rostock und endete im Oktober in Münster. Mit dabei waren zahlreiche Bands, Kabarettisten und Klimafachleute, Politikerinnen und Politiker. In München gastierte die Klimatour zum Beispiel mit MIA, Rainer von Vielen und Klaus Kreuzeder. Rund achthundert Besucherinnen und Besucher zog es zum Konzert in die Muffathalle. Doch es gab nicht nur Musik, es wurde auch diskutiert. «Ich bin ein neuer Öko!», diesen Satz hätte Peter Unfried, stellvertretender Chefredakteur der taz, früher mit einem ironischen Lächeln quittiert. In der Diskussion um sein neues Buch *Al Gore, der neue*

Klimatour 2008: Das Berliner Trio «e la luna» am 12. Juli in Eberswalde.

Kühlschrank und ich erklärte er, warum man angesichts der Folgen des Klimawandels nicht mehr gleichgültig sein darf, und forderte die Zuhörenden auf, sich für den Klimaschutz zu engagieren.

Im Berliner Yaam am Ostbahnhof rockten u. a. die Bands Ginsengbonbons, 40 Fiyah, Flambeau, Ragga Gagga Gang, Port Royal, Supertrioformat, Die stillen Denker und Endlich Freitag für mehr Umweltschutz und einen verantwortlicheren Umgang mit unseren Ressourcen. Auf großes Interesse stieß eine von Jugendlichen selbst vorbereitete Ausstellung über Ursachen und Folgen des Klimawandels. Auch eine eigens für das Konzert produzierte Zeitung war in vielen Händen zu sehen.

Informationen, Debatten und Musik gab es auch im Mainzer Kunst- und Kulturzentrum. Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig diskutierte mit Imme Scholz vom Deutschen Institut für Entwicklungshilfe und dem grünen Politiker Sven Giegold über globale Klimagerechtigkeit. Auch die Auseinandersetzung um das geplante Kohlekraftwerk in Mainz war ein Thema. Der musikalische Input kam von Judith Holofernes von Wir sind Helden. «An die Arbeit!» heißt einer ihrer Songs, mit dem die Helden ihr mitreißendes Konzert eröffneten. Davor betonte Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung, im Gespräch mit der Moderatorin Silke Super, dass es vor allen Dingen um die Zukunft der heutigen Jugend ginge.

Mit einer Tourzeitung, der Website www.sonnewindundwir.de und auf Myspace bot die Heinrich-Böll-Stiftung Informationen und Tipps rund um den Klimawandel, interaktive Spiele, Interviews mit den Künstlerinnen und Künstlern der Tour und vieles mehr. Unterstützt wurde die Klimatour von EcoTopTen, Intro, Wom-Magazin, Prinz, Mediagen, Greencity, Motor FM, Brandeins, Umagazine.de, Yahoo! Musik, Wir Klimaretter, MTV.de, laut.de und dem Netzwerk fairdo.

Zur Lage der Welt 2009. Ein Planet vor der Überhitzung
Hrsg. vom Worldwatch-Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch
Münster 2009, 320 Seiten, 19,90 Euro

www.sonnewindundwir.de

Networking
Poznan: Aktivitäten rund um den UN-Klimagipfel

Vom 1.–12. Dezember 2008 trafen sich Politiker/innen und Diplomat/innen, Klimaexpert/innen und Nichtregierungsorganisationen auf der UN-Klimakonferenz im polnischen Poznan (Posen). Von Anfang an war klar, dass die dortigen Klimaverhandlungen nur ein Zwischenschritt auf dem Weg nach Kopenhagen sein würden, wo im Dezember 2009 ein neues Klimaabkommen verabschiedet werden muss. Entsprechend gering waren die Erwartungen. Und doch herrschte am Ende Katerstimmung. Für viele Beobachter waren die beiden Wochen in Poznan ein Rückschritt. Die Industrieländer hatten weder Ziele für die Reduktion von Emissionen vorgelegt noch Zusagen gemacht, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz, der nachhaltigen Entwicklung und Anpassung an den Klimawandel finanziell zu unterstützen. Überrascht haben hingegen einige Entwicklungsländer. Sie haben sich nationale Ziele gesteckt, Klimaaktionspläne vorgelegt oder weitere Maßnahmen und Ziele für das kommende Jahr angekündigt. Auf einmal übernehmen Länder wie Südafrika, Indien, Mexiko und Brasilien die Führung in der Klimapolitik und werden zu treibenden Kräften in einem ansonsten stockenden Prozess.

Auch die Heinrich-Böll-Stiftung war mit rund 80 Mitarbeiter/innen und Partner/innen aus aller Welt in Poznan vertreten. Mit Unterstützung der beiden Stiftungsbüros in Warschau und Prag war die Böll-Delegation an zahlreichen Veranstaltungen beteiligt, darunter vier offizielle «Side Events», zwei «Dinner Debates» und ein Einführungsworkshop. Mit Kommentaren und Video-Interviews auf dem Blog «Klima-der-Gerechtigkeit.de» und einem Webdossier begleitete sie die offiziellen Verhandlungen. Da mit steigendem Tempo und politischem Druck in den Verhandlungen auch die Spannungen und Konflikte innerhalb der Zivilgesellschaft zunehmen, versuchte die Heinrich-Böll-Stiftung vor und in Poznan Brücken zu bauen und Netzwerke zu schaffen. So hatte die Stiftung im Oktober einen Climate Equity Summit von Klimaaktivistinnen und -aktivisten aus Nord und Süd im südindischen Mamallapuram unterstützt.

In Poznan selbst konnte die Stiftung auf zahlreiche gute Kontakte und Partner in den Auslandsbüros und Regionen zurückgreifen, darunter Wael Hmaidan, den Mitbegründer der libanesischen Umweltschutzgruppe IndyAct (League of Independent Activists), Linda Adams, Chefin der kalifornischen Umweltbehörde California Environmental Protection Agency und enge Vertraute von Gouverneur Arnold Schwarzenegger, sowie Kathleen Frangione, Klimaberaterin von US-Senator John Kerry.

Mit dem Kyoto-Protokoll von 1997 verpflichteten sich die wichtigsten Industrieländer, bis 2012 den jährlichen Ausstoß von sechs Treibhausgasen um insgesamt 5,2 Prozent im Vergleich zu 1990 zu mindern. Da das Kyoto-Protokoll im Jahr 2012 ausläuft, soll im Dezember 2009 in Kopenhagen ein neues Klimaabkommen verabschiedet werden.

Bali, Poznan, Kopenhagen – Dreisprung zu einer neuen Qualität der Klimapolitik?
Ein Hintergrundpapier von Christoph Bals
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
in Zusammenarbeit mit Germanwatch
Schriften zur Ökologie – Band 2
Berlin 2008, 52 Seiten

India: Emerging Leadership on Climate Change
An Overview concerning India's Domestic Laws, and the Instruments and Measures of Climate Change Mitigation by Malini Mehra,Centre for Social Markets
Published by Heinrich Böll Foundation North America, Washington 2008, 29 pages
Download: www.boell.org

Dossier: «Auf dem Weg nach Kopenhagen»
www.boell.de/klima

Poznan, Dezember 2008 (l–r): Al Gore auf der UN-Klimakonferenz; Side Event der Heinrich-Böll-Stiftung mit Sivan Kartha, Herbert Kristofferson, Lili Fuhr, Fernar Tudela und Sudhir Sharma.

Darüber hinaus präsentierte die Heinrich-Böll-Stiftung in Poznan mit den beiden Studien «ERENE» und «Greenhouse Development Rights Framework» Reformvorschläge. Bis zum nächsten Klimagipfel in Kopenhagen wird sich die Heinrich-Böll-Stiftung vor allem mit Klimagerechtigkeit, der Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel in Entwicklungsländern und der notwendigen Finanzierung entsprechender Maßnahmen beschäftigen, denn Aspekte der Entwicklungspolitik und der Klimagerechtigkeit drohen bei den Verhandlungen zunehmend unter den Tisch zu fallen.

Downloads: **www.boell.de**

Report

Die Greenhouse Development Rights – Klimapolitik als Frage der Gerechtigkeit

The Greenhouse Development Rights Framework: The Right to Development in a Climate Constrained World
A report by Paul Baer, Tom Athanasiou, Sivan Kartha and Eric Kemp-Benedict
Published by the Heinrich-Böll-Stiftung, Christian Aid, EcoEquity and the Stockholm Environment Institute. Revised second edition!
Publication Series on Ecology – Volume 1
Berlin 2008, 112 pages

Der GDRs-Ansatz auf Deutschland angewandt:
Deutschlands Vorreiterrolle auf dem Prüfstand. Wie schützen wir die Menschenrechte im Treibhaus?
Von Tilmann Santarius
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2008, 36 Seiten

Distribution of emission allowances under Greenhouse Development Rights and other effort sharing approaches
A Report by Niklas Höhne and Sara Moltmann
Berlin 2008, 67 pages

Um den Klimawandel zu bremsen, müssen die weltweiten CO_2-Emissionen drastisch reduziert werden. Doch das Maß an global benötigten Emissionsreduktionen übersteigt bei weitem das, was die einzelnen Industrieländer leisten können oder wollen. Ein erheblicher Teil der CO_2-Reduktionen wird auch in den Ländern des Südens stattfinden müssen. Diese haben jedoch eine viel geringere Verantwortung für das Problem und zudem nur sehr begrenzte finanzielle und institutionelle Kapazitäten, es zu bekämpfen. Es stellt sich daher die Frage, welche Finanz- und Technologietransfers diesbezüglich von Nord nach Süd notwendig sein werden.

Aus diesem Dilemma bietet das Modell der Greenhouse Development Rights (GDRs) einen Ausweg: Es schlägt eine Lastenteilung im Klimaregime vor. Alle Länder müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, aber die Anstrengungen und Kosten werden so verteilt, dass arme Länder zuerst ihre Armut bekämpfen können. So müssen auf der einen Seite die Industrieländer ihre Klimaschutzmaßnahmen intensivieren und sich an der Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung in den armen Ländern gemäß ihrer Verantwortung beteiligen. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Eliten in den Schwellen- und Entwicklungsländern einen fairen Anteil an den globalen Kosten übernehmen.

Entwickelt von dem kleinen amerikanischen Thinktank EcoEquity und dem Stockholm Environment Institute und unterstützt von der Heinrich-Böll-Stiftung, hat das GDRs-Modell eine breite Wirkung entfaltet. Es erfährt in der Zivilgesellschaft und bei verschiedenen Regierungen und internationalen Organisationen mittlerweile hohe Anerkennung. Inzwischen gibt es zahlreiche Überlegungen und Publikationen zu der Frage, wie sich das Konzept für ein globales Klimaabkommen in Kopenhagen nutzbar machen lässt.

Strategiekonferenz

Beirut/Ramallah: Arabische Allianz gegen den Klimawandel

Die Gefahren des Klimawandels beunruhigen inzwischen auch die arabische Welt. Dort finden sich mit den Golfstaaten und dem Irak einige der größten Ölproduzenten der Welt, aber auch Länder, die kaum über Öleinnahmen verfügen und somit stark von ihren reichen Nachbarn abhängen. Die arabischen Regierungen geeint zum Kampf gegen den Klimawandel zu bewegen, erscheint daher vielen als ein unmögliches Unterfangen. Genau das hat sich aber die Arab Climate Change Alliance zum Ziel gesetzt. Im vergangenen Jahr in Beirut auf Initiative von IndyAct – League of Independent Activists aus der Taufe

Die Arab Climate Chance Alliance – mit geeinten Kräften gegen den Klimawandel! Gegründet von IndyAct mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung.

gehoben, handelt es sich um eine Allianz arabischer Nichtregierungsorganisationen gegen den Klimawandel. Mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung will die Allianz mit einer breit angelegten «Klimaoffensive» das Thema auf die politische Tagesordnung in den arabischen Staaten bringen. In Kooperation mit dem Büro Beirut der Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete Indyact im Oktober 2008 zusammen mit dem renommierten Thinktank Issam Fares Institute for Public Policy & International Affairs eine zweitägige Strategiekonferenz, die alle Mitglieder des neuen Netzwerks versammelte, um eine gemeinsame Position der arabischen Zivilgesellschaft für künftige Klimaverhandlungen auszuarbeiten. Einigkeit bestand darin, dass es an der Zeit sei, sich gegen die saudischen Bemühungen zu wehren, die internationalen Klimaverhandlungen weiter zu behindern. In einer abschließenden Erklärung rief die Allianz die arabischen Regierungen dazu auf, die Gefahren des Klimawandels nicht länger als «Problem des Westens» abzutun und in den bevorstehenden Klimakonferenzen eine aktive Politik zu betreiben.

Information und Mobilisierung der Zivilgesellschaft standen im Zentrum einer großen Konferenz, die das Büro Ramallah zusammen mit der Universität der Vereinten Nationen in Amman (Jordanien) nur wenige Wochen später veranstaltete. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus der arabischen Welt wurden von Fachleuten über die prognostizierten Folgen des Klimawandels im Nahen und Mittleren Osten informiert und berieten über zukünftige Strategien und Aktivitäten, um die Bevölkerung in der Region für das Thema zu sensibilisieren. Auch in Zukunft werden die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region viele dieser Aktivitäten unterstützen.

www.arabclimate.org

www.boell-ameo.org
www.boell-meo.org

Szenarienspiel
Washington: Klimawandel als Sicherheitsrisiko

Zeitreise ins Jahr 2015: Die weltweiten Treibhausgasemissionen schnellen trotz des Kopenhagener Klimaabkommens weiter in die Höhe. Die durch die Klimaerwärmung erzeugten Bedrohungen stellen selbst die Vorhersagen der Pessimisten in den Schatten. Die Wüstenbildung in Asien, Afrika und im Südwesten der USA schreitet ungebremst voran. Überschwemmungen an Küsten und Wirbelstürme in den Tropen richten verheerende Schäden an. Die Zahl der Klimaflüchtlinge nimmt weiter zu. Der UN-Generalsekretär ruft die USA, die EU, China und Indien zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen, um noch ambitioniertere Emissionsreduktionen zu erreichen.

Mit dieser Ausgangssituation waren die mehr als 50 internationalen Teilnehmer und Teilnehmerinnen eines dreitägigen Szenarienspiels im Sommer 2008 in Washington konfrontiert. Initiiert wurde es vom Center for New American Security und dem Center for American Progress. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung beteiligte sich an diesem einmaligen Projekt. Ziel war es, Klimaexperten mit Sicherheitsexperten und Beratern des Präsidentschaftskandidaten Barack Obama zusammenzubringen.

Die engagierten Verhandlungen im Plenum und in kleinen Gruppen zeigten, wie schwer Zugeständnisse bei der Verfolgung eigener ökonomischer Interessen zu erreichen sind. Gegenseitiges Misstrauen ist nur mühsam zu überwinden, Verantwortung für die entstandene Situation wird selbst im Angesicht der beschriebenen Bedrohungen nur ungern übernommen. Klar wurde auch: Die Einbindung der USA und Chinas sind die Pfeiler eines tragfähigen Verhandlungsergebnisses. Fazit dieses Versuchs: Die enormen Herausforderungen, vor denen die Welt im Vorfeld der Verhandlungen von Kopenhagen steht, sind riesengroß!

Szenarienspiel zum Klimawandel: Reinhard Bütikofer unterstützte das EU-Team, hier im Gespräch mit einem chinesischen Teilnehmer.

Transatlantisches Besuchsprogramm (l–r): Bracken Hendricks, Till Kötter, Jens Kendzia, Christian Hald-Mortensen, Olaf Münichsdorfer, Aleksandra Swiergolecka, Dorota Zawadzka-Stepniak, Petr Holub, Silke Malorny, Tina Davy, Eduardo Santos und Arne Jungjohann.

Weitere Infos unter:
www.boell.de/climate-transatlantic/index-12.html

Programm
Berlin, Brüssel, Washington: Transatlantischer Klimadialog

Gemeinsam können Europa und die USA die globale Klima- und Energiepolitik voranbringen! Aus dieser Überzeugung heraus initiierte die Heinrich-Böll-Stiftung im Januar 2008 das zweijährige Dialog-Programm «Transatlantic Climate Policy Group». Unterstützt durch die Europäische Kommission, fördern seitdem die Büros in Berlin, Brüssel und Washington den Austausch von innovativen Ideen, Konzepten und Experten. Das Jahr 2008 stand dabei ganz im Zeichen der amerikanischen Präsidentschaftswahlen und den hohen europäischen Erwartungen an den zukünftigen Regierungschef. Intensiv analysierte das Washingtoner Büro die klima- und energiepolitischen Konzepte beider Amtsanwärter. Experten wie Bracken Hendricks vom Center for American Progress zeigten auf, dass Klima- und Energiepolitik unter Barack Obama stark an Bedeutung gewinnen würde und die USA schon bald eine neue Vorreiterrolle einnehmen könnten.

Den umfangreichsten Austausch von amerikanischen und europäischen Klima- und Energieexperten ermöglichte ein einwöchiges Besuchsprogramm in die Vereinigten Staaten. Mit diesem brachte das Stiftungsbüro in Washington neun europäische Parlaments- und Regierungsberater in die amerikanische Hauptstadt und nach Kalifornien. In Gesprächen und Konferenzen sprachen die Europäer mit rund 80 amerikanischen Fachleuten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

ERENE. Eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien
Eine Studie von Michaele Schreyer und Lutz Mez
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zu Europa – Band 3
Berlin 2008, 96 Seiten

Studie
ERENE – Eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien

Wie kann Europa seine Energieversorgung nachhaltig sichern, den Klimawandel effektiv bekämpfen und zugleich seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen? Eine Schlüsselrolle in den Strategien nachhaltiger Energiepolitik kommt ohne Zweifel den erneuerbaren Energien zu. In der 2008 erschienenen Studie der Heinrich-Böll-Stiftung entwickeln die Autoren Michaele Schreyer und Lutz Mez die Vision einer vollständigen Deckung des europäischen Strombedarfs durch erneuerbare Energien. Sie schlagen dafür die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) vor. ERENE würde durch gemeinsames europäisches Handeln die Nutzung des enormen Potenzials an erneuerbaren Energiequellen in Europa ermöglichen. So würden die Voraussetzungen geschaffen, um die klimatische, geologische und hydrologische Vielfalt in der EU, die sich in der Verschiedenheit der erneuerbaren Energiequellen und ihrer räumlichen Verteilung in Europa niederschlägt, optimal zu nutzen. Die Gemeinschaft wäre die Avantgarde für die Umstellung der Stromerzeugung von fossilen und nuklearen Energieträgern auf erneuerbare Quellen. ERENE steht damit für die ökologische Modernisierung des Stromsektors in Europa. ERENE – das könnte nach der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarkts und der gemeinsamen Währung ein neues großes Projekt für Europa sein, das den Wert des gemeinsamen Handelns für die Zukunftsfähigkeit Europas deutlich macht.

2008 wurde ERENE in mehreren europäischen Städten präsentiert. Zudem fanden Expertengespräche statt. Bedeutsam war unter anderem die Präsentation des Projekts im Europäischen Parlament in Brüssel im Sommer 2008 sowie am Rande der Klimaverhandlungen in Poznan. Das Interesse an ERENE wächst seitdem kontinuierlich. Die Studie wurde auf Englisch und Französisch übersetzt, eine Kurzfassung ist in mehreren anderen europäischen Sprachen erschienen.

Veranstaltungsreihe
Kiew, Prag und Warschau: Neue Wege der Europäischen Energiepolitik

Das Thema «Energiesicherheit» ist in Mitteleuropa aufgrund der hohen Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland von aktueller Bedeutung. Diskutiert wird vor allem der Aspekt der Versorgungssicherheit, weniger die Frage, inwieweit die verschiedenen Energieträger auch umweltfreundlich, risikoarm und nachhaltig sind. Mit einer Veranstaltungsreihe zur Energie- und Klimasicherheit in Mitteleuropa ermöglichte die Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew, Prag und Warschau einen Austausch über Herausforderungen und

neue Wege der europäischen Energiepolitik. Mit ERENE (Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien) wurde ein nachhaltiger und risikoarmer Weg zur Erhöhung der Unabhängigkeit von fossilen Ressourcen und Energieimporten vorgestellt. ERENE stieß auf viel Interesse. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tschechien unterstützte zudem eine Studie zu den Chancen dezentralisierter Energiesysteme.

Download (in tschechischer Sprache): **www.boell.cz**

Projekt
Türkei: Mehr Energieeffizienz auf kommunaler Ebene

Die türkische Regierung hat das Jahr 2008 zum Jahr der Energieeffizienz erklärt, was von der Bevölkerung größtenteils unbemerkt blieb. Dabei könnte die Türkei nach Schätzungen ihren Energiebedarf durch Effizienzsteigerung um ca. 40 Prozent reduzieren. Gerade auf kommunaler Ebene bieten sich hierfür viele Möglichkeiten. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in der Türkei hat im Jahr 2008 mit den Kommunen in Mugla und Yalova ein einjähriges Projekt zur Öffentlichkeitsarbeit für mehr Energieeffizienz durchgeführt. Beide Kommunen erklärten sich bereit, eines ihrer öffentlichen Gebäude durch eine Fachfirma unter dem Gesichtspunkt des Energieverbrauchs analysieren zu lassen: Sind die Wände richtig isoliert? Ist die Beleuchtung gut installiert? Wie steht es mit den Fenstern? Könnte Energie im Heizsystem gespart werden? Wie also sieht die Energiebilanz der Gebäude aus? Die Kommunen sicherten zu, die aus der Analyse gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Aufgrund der ständig steigenden Energiepreise (allein die Kosten für Gas sind in der Türkei im vergangenen Jahr um ca. 80 Prozent gestiegen) ist das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Einsparmöglichkeiten enorm hoch. Zu den «Tagen der Energieeffizienz» in Mugla und Yalova kamen mehrere Hundert Besucherinnen und Besucher. Da sowohl die Bevölkerung als auch Fachkreise wenig über Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz wissen, verfasste das Türkeibüro in Kooperation mit der Technischen Universität Istanbul zwei Informationsbroschüren. Die eine richtet sich an Bauunternehmen, Architekturbüros, Elektrounternehmen, Installateure sowie kommunale Entscheidungsträger und informiert u. a. über die Gesetzeslage und Energiepässe für Gebäude. Die andere wendet sich an die Endverbraucher und stellt Möglichkeiten der effizienten und kostengünstigen Energienutzung im Privathaushalt vor. Beide Broschüren sind mittlerweile in zweiter Auflage erschienen, und viele Zeitschriften möchten sie als Beilage versenden.

Energie effizienter nutzen! Die Infobroschüren zum Thema sind stark nachgefragt.

Umweltschutzplan
Israel: Umweltgerechtigkeit und Nachhaltige Entwicklung

Es kommt in Israel nicht alle Tage vor, dass die politischen Entscheidungsträger für ihre strategische Planung mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Noch dazu zum Thema Umweltschutz. Im Jahr 2008 funktionierte es. Mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung kooperierten Umweltorganisationen, Parlamentsabgeordnete und das Finanzministerium, um einen realistischen Fünf-Jahres-Plan für den Erhalt der Umwelt in Israel zu entwickeln. «Shatil», ein landesweit agierendes Ausbildungs- und Trainingszentrum für gemeinnützige Organisationen und Projektpartner der Heinrich-Böll-Stiftung, koordinierte die Zusammenarbeit. Heraus kam ein Plan für eine nachhaltige Wasser-, Energie-, Verkehrs- und Kommunalwirtschaft sowie für die Landnutzung. Das Finanzministerium akzeptierte das Papier. Nun geht es darum, dass es ab 2010 umgesetzt werden kann. Dafür muss der Plan in den nationalen Staatshaushalt integriert werden. Diesbezüglich geplant sind eine gemeinsame Konferenz sowie Werbung für das Vorhaben.

Um Umweltfragen auf lokaler Ebene ging es bei der Kampagne «Yarok Achschaf». Sie wurde anlässlich der Kommunalwahlen im November 2008 von Life & Environment initiiert, einem Dachverband ökologischer NGOs in Israel und Projektpartner der Heinrich-Böll-Stiftung. Mit zahlreichen Seminaren für Umweltaktivistinnen und -aktivisten sowie öffentlichen Diskussionen mit Kandidaten gelang es, Umweltfragen zum Wahlkampfthema zu machen. Im Ergebnis wurden in 25 Städten nicht nur etwa 70 neue Ratsmitglieder gewählt, die sich allesamt als «grün» bezeichnen, auch die Basisgruppen, die für ihre jeweiligen Gemeinden eine eigene ökologische Agenda entwickelt hatten, wurden gestärkt.

«Yarok Achschaf» (Green Now) – Kampagne zur Sensibilisierung für Umweltfragen.

Symposium
Syrien: Förderung erneuerbarer Energien durch Wissenschaft und Kultur

Mit seinen natürlichen Ressourcen an Sonne und Wind verfügt der Mittlere Osten über ein enormes Potenzial für die Entwicklung erneuerbarer Energien. Bislang fehlt es jedoch an dem politischen Willen, an den gesetzlichen Rahmenbedingungen und der notwendigen technischen Expertise, um erneuerbare Energien in größerem Stile nutzen zu können. Eine Ausnahme macht Syrien, das im regionalen Vergleich fast eine Vorreiterrolle einnimmt. In Syrien gibt es inzwischen eine Vorgabe, öffentliche Institutionen und Krankenhäuser zumindest teilweise mit erneuerbaren Energiequellen auszustatten, und an den Universitäten werden entsprechende Studiengänge eingeführt. Die Bevölkerung ist sich der Vorteile erneuerbarer Energien allerdings kaum bewusst, und das Energiesparen kann sich nicht durchsetzen. Um dies zu ändern, unterstützte das Büro Beirut der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2008 ein Symposium der Syrian Environment Protection Society in Damaskus. Internationale Expertinnen und Experten berieten ihre syrischen Kollegen darin, wie das Wissen um erneuerbare Energien auch im Alltagsleben Anwendung finden kann. Darüber hinaus wurde ein Wettbewerb für syrische Künstlerinnen und Künstler ausgeschrieben, der dazu ermuntern soll, sich mit erneuerbaren Energien auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse werden im Jahr 2009 prämiert, ausgestellt und diskutiert.

Februar 2008 im Berliner Kronprinzenpalais: Barbara Unmüßig, Vorstand der Stiftung.

Dossier: «Klima und Wandel in Amazonien»
www.boell.de/amazonien
Mit einer Dokumentation der gleichnamigen Konferenz, Hintergrundmaterialien zu Amazonien und zahlreichen Informationen zu Biodiversität.

Entwicklungspolitisches Forum
Berlin: Klima und Wandel in Amazonien

Im Mai 2008 fand in Bonn die UN-Konferenz zum Schutz der biologischen Vielfalt statt. Der Erhalt der Biodiversität ist auch für die Heinrich-Böll-Stiftung ein zentrales Anliegen. Bereits im Vorfeld der UN-Konferenz veranstaltete die Stiftung das Entwicklungspolitische Forum «Klima und Wandel in Amazonien» und griff damit die internationalen Debatten zu Biodiversität sowie Wald- und Klimaschutz am Beispiel Amazonien auf. Neben den Ursachen von Entwaldung und den Auswirkungen des Klimawandels kamen die Forderungen und Positionen indigener Völker ebenso zur Sprache wie die verschiedenen Lösungsansätze, zum Beispiel die Fair-Trade-Initiativen. Leidenschaftlich und konstruktiv wurde über das Für und Wider der Einbeziehung der Wälder ins internationale Klimaregime und den Emissionshandel gestritten, was unter dem Kürzel REDD (Reducing Emission from Deforestation and Degradation) zurzeit ein wichtiges Thema bei den internationalen Klimaverhandlungen ist. Brasilien steht REDD positiv gegenüber; es sieht darin eine riesige Entwicklungschance für Amazonien. Die Umweltverbände fürchten hingegen, dass sich die großen Emittenten, also die Industrienationen, von einer Politikänderung zuhause freikaufen könnten. Einigkeit bestand darin, dass REDD den Waldschutz durch die indigenen Völker explizit einbeziehen müsse.

Böll.Thema 1/2008
Biodiversität. Bedrohung und Erhalt
Berlin 2008, 34 Seiten
(Printausgabe vergriffen)
Download: www.boell.de/thema

Studien
Washington: «Klimafonds» sowie «Gender und Klima»

Mit Blick auf ein Post-Kyoto-Abkommen, das im Dezember 2009 auf dem Klimagipfel in Kopenhagen verabschiedet werden soll, haben Instrumente zur Klimafinanzierung international massiv an Bedeutung gewonnen. Dutzende neuer bilateraler und multilateraler Klimafonds wurden alleine in den letzten zwei Jahren geschaffen, darunter auch ein Portfolio von Klimafinanzierungsinstrumenten, die bei der Weltbank angesiedelt sind. Gespeist von mehrheitlich freiwilligen finanziellen Beiträgen der Industriestaaten sollen diese Fonds Maßnahmen in Schwellen- und Entwicklungsländern finanzieren, die die Folgen der globalen Erwärmung abmildern oder verhindern helfen. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington stellte zusammen mit dem World Wildlife Fund (WWF) und dem Overseas Development Institute (ODI) im Juli 2008 in Washington und Berlin eine Studie vor, die einen ersten Überblick über die laufenden Veränderungen in der Umweltfinanzarchitektur gibt. Seit Ende 2008 ist auch die vom Büro in Washington und dem ODI geschaffene Website www.climatefundsupdate.org online, die Datensätze über die 18 wichtigsten neuen bilateralen und multilateralen Klimafonds sowie die von ihnen finanzierten Projekte

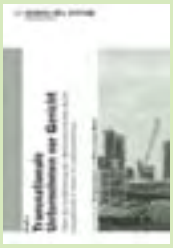
www.climatefundsupdate.org

zur Verfügung stellt. Diese Projekte dienen einem doppelten Zweck: CO_2-Emissionen zu reduzieren und die Anpassungsfähigkeit gerade der ärmsten Bevölkerungsgruppen, darunter vor allem Frauen, gegen den Klimawandel zu stärken. Die Tatsache, dass der Klimawandel nicht geschlechterneutral ist, sondern unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen hat, wird zwar zunehmend erkannt, allerdings fehlt bislang eine geschlechterdifferenzierte Umsetzung in den neuen Klimafonds. Wie hier Abhilfe zu schaffen ist, das haben im vergangenen Jahr mehrere vom Büro in Washington organisierte Veranstaltungen klargemacht – unter anderem auch ein zweitägiger Fachworkshop in New York mit UNEP und UNDP.

New Finance for Climate Change and the Environment
A Study by Gareth Porter, Neil Bird, Nanki Kaur and Leo Peskett
Published by Heinrich Böll Foundation North America and WWF
Washington 2008, 60 pages
Download: www.boell.org

Ressourcenpolitik

Ein transparenter, nachhaltiger, fairer und gerechter Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde ist weltweit eine entscheidende Voraussetzung für Frieden und nachhaltige Entwicklung. Ressourcenpolitik ist auch ein Schwerpunkt der Heinrich-Böll-Stiftung. Wir beobachten die Politik der relevanten Akteure wie Weltbank, G8 und Europäische Union und versuchen, alternative Konzepte zu erarbeiten. Dabei konzentrieren wir uns auf die Themen «Rohstoffe und Konflikte», «Finanzinstitutionen im Rohstoffsektor» sowie «Klimawandel und Ressourcenpolitik».



Tagung und Studie
Berlin: EU und Lateinamerika – Gefährden Rohstoffboom und Freihandelspolitik die Menschen- und Umweltrechte?

Auch in Lateinamerika gibt es immer noch Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen. Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Titel *Transnationale Unternehmen vor Gericht* untersucht, inwieweit europäische und transnationale Unternehmen dafür mitverantwortlich sind. Die beiden Autoren Wolfgang Kaleck und Miriam Saage-Maaß zeigen die Möglichkeiten, wie mit juristischen Mitteln gegen diese Menschenrechtsverletzungen und illegalen Umweltzerstörungen vorgegangen werden kann. Die Studie wurde auf einer Tagung der Stiftung vorgestellt, die sich vor dem 5. Gipfeltreffen der EU, Lateinamerikas und der Karibik in Lima (Peru) mit den Auswirkungen der europäischen Freihandelspolitik auf die Verwirklichung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte in Lateinamerika befasste.

Transnationale Unternehmen vor Gericht
Über die Gefährdung der Menschenrechte durch europäische Firmen in Lateinamerika
Eine Studie von Wolfgang Kaleck und Miriam Saage-Maaß
Schriften zur Demokratie – Band 4
Berlin 2008, 120 Seiten
Download: www.boell.de

Konferenz
Mexiko: Politischer Wandel in Lateinamerika = Wandel in der Wasserpolitik?

Auf dem letzten Weltwasserforum 2006 in Mexiko hatten Nichtregierungsorganisationen angesichts von Wassermangel und steigenden Kosten eine sichere und ausreichende Wasserversorgung für alle gefordert. Seither sind in den meisten lateinamerikanischen Ländern linke Regierungen an die Macht gekommen. Um zu überprüfen, ob sich der politische Wandel auch in der Wasserpolitik niedergeschlagen hat, lud das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Mexiko im Oktober 2008 zu einer Konferenz mit Gästen aus 19 Ländern. Wie schwierig und langwierig es sich gestaltet, eine gerechtere, öffentliche Wasserversorgung zu gewährleisten, wurde in den Vorträgen und Debatten schnell deutlich. Denn obwohl das Recht auf Wasser in vielen Ländern in der Verfassung festgelegt ist, liegt die Verwirklichung noch im Argen. Die Dringlichkeit einer Lösung dieses Problems wird durch den Klimawandel besonders deutlich, denn er gefährdet die Wasserversorgung in vielen Teilen der Welt erst recht. Auf der Konferenz traf daher die Idee eines Gemeingüter-Managements auf breite Zustimmung, mit dessen Hilfe eine gerechtere und nachhaltige Wasserversorgung ermöglicht werden soll.

Weltweit haben 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

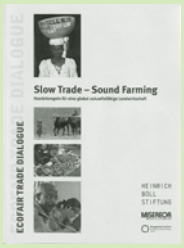
Agrarhandel

Die ökonomischen Bedingungen in der Landwirtschaft haben sich grundlegend geändert. Die Weltmarktpreise sind im Durchschnitt um mehr als 50 Prozent gestiegen. Die Gründe dafür sind vielfältig – eine zentrale Bedeutung kommt den steigenden Preisen für fossile Energieträger und den Auswirkungen des Klimawandels zu. Durch Ernteausfälle und hohe Agrarpreise hat sich die Ernährungslage von vielen Millionen Menschen dramatisch verschärft. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich zu den Themen «Ernährungskrise» und «Internationale Agrarpolitik» zu einer gefragten Adresse entwickelt und die internationale Debatte im Jahr 2008 mit Veranstaltungen und Publikationen begleitet.

Fachgespräch
Berlin: Hohe Agrarpreise – mehr Hunger oder mehr Chancen für den ländlichen Raum?

Zusammen mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und Germanwatch organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2008 ein Fachgespräch über die Folgen steigender Agrarpreise. Harald Grethe, Leiter des Fachgebiets Agrar- und Ernährungspolitik der Uni Hohenheim, Dieter Schumacher, Chefökonom von Töpfer International (einem der größten Getreidehändler weltweit), Prof. Dr. Waibel, einer der Autoren des kurz zuvor veröffentlichten Weltagrarberichts (IAASTD), und Wim Olthof von der EU-Kommission setzten sich mit den Auswirkungen steigender Nahrungsmittelpreise auseinander. Während hohe Preise einerseits das Potenzial haben, mehr Wertschöpfung in den ländlichen Raum zu bringen und Produzent/innen fair für ihre Produkte zu entlohnen, führen sie andererseits zu Versorgungsnöten und bieten Anreize zu einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft – mit problematischen Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Diskutiert wurden auch politische Maßnahmen und Methoden, wie die Produktion armer (Klein-) Bauern in Entwicklungsländern auf lange Sicht erhöht werden kann und wie eine nachhaltige und faire europäische Agrar- und Handelspolitik ausgestaltet sein muss. Die Publikation *Slow Trade – Sound Farming* macht dazu Vorschläge: u. a. das Prinzip der «ökonomischen Subsidiarität» zu verfolgen wie das der Fairness im Handel.

Der Bericht wurde in mehrere Sprachen übersetzt, weltweit vorgestellt und diskutiert. Neu dazu kamen im Jahr 2008 die französische und thailändische Version. Die arabische Übersetzung wurde um ein Kapitel über die spezifischen Gegebenheiten des arabischen Raums ergänzt und im Rahmen einer dreitägigen Konferenz in Beirut im Dezember lanciert.



Slow Trade – Sound Farming
Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und Misereor
2. Auflage, Berlin 2008, 92 Seiten

Diskussionspapier
«The Global Food Crisis: Creating an Opportunity for Fairer and More Sustainable Food and Agriculture Systems Worldwide»

Das Diskussionspapier von Daniel de la Torre Ugarte und Sophia Murphy identifiziert verschiedene Ursachen des Preisanstiegs für Nahrungsmittel wie z. B. veränderte Konsumgewohnheiten, steigender Gesamtkonsum, Spekulation an den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten und eine steigende Nachfrage nach Agrartreibstoffen. Aber auch strukturelle Ursachen und fehlgeschlagene Politikentscheidungen wie die Abschaffung der öffentlichen Nahrungsreserven, eine verfehlte Landwirtschaftspolitik und das Versäumnis, Ökosysteme und Umwelt zu schützen, haben ihren Teil dazu beigetragen. Aufbauend auf den Ergebnissen des «EcoFair Trade Dialogues» von Heinrich-Böll-Stiftung und Misereor diskutiert das Papier notwendige Lösungen zur Überwindung der Nahrungsmittelkrise, die u. a. eine Reform des multilateralen Handelssystems, die Umgestaltung des Landwirtschaftssektors hin zu einer erhöhten nachhaltigen Produktion und die Regulierung der Spekulation an den Agrarmärkten beinhalten.

The Global Food Crisis: Creating an Opportunity for Fairer and More Sustainable Food and Agriculture Systems Worldwide
By Daniel de la Torre Ugarte und Sophia Murphy
Published by Heinrich Böll Foundation and Misereor
Berlin/Aachen 2008, 46 pages
Download: www.ecofair-trade.org

Fuelling Poverty. An Agro-Fuel Guideline for India
Published by FIAN West-Bengal and Heinrich Böll Foundation India
New Delhi 2008, 36 pages
Download: www.boell-india.org

Europapolitik

Europa ist für die Heinrich-Böll-Stiftung mehr als eine Weltregion unter anderen. Durch die Erweiterung und Vertiefung der EU ist ein eigenständiger politischer Raum entstanden, der die Lebenswirklichkeit aller Bürgerinnen und Bürger in Europa prägt. Die politische Gestaltung Europas ist daher ein programmatischer Schwerpunkt der Stiftung. Wir engagieren uns für eine Fortführung der demokratischen Reform europäischer Institutionen und eine aktive Politik der Erweiterung – durch Integration und Europäische Nachbarschaftspolitik. Auch ein verstärktes gemeinsames Handeln der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist uns wichtig. Wir entwickeln hierfür politische Konzepte und bringen sie in die öffentliche Debatte ein. Dabei arbeiten wir eng mit europäischen Partnerinnen und Partnern aus Nichtregierungsorganisationen und Politik, mit Fachleuten aus Thinktanks, Universitäten und grünen Netzwerken zusammen und fördern den Dialog untereinander. Mit unseren Veranstaltungen und Publikationen möchten wir eine gut informierte, europäische Öffentlichkeit schaffen, die sich in die Debatte um die Zukunft Europas einmischt.

Konferenz

Berlin: Quo Vadis EU III: Europa an den Grenzen – Grenzen der EU

Nachbarschaftspolitik konnte in der EU lange Zeit mit Erweiterungspolitik gleichgesetzt werden. Die Mitgliedsstaaten führten angrenzende Länder in mehreren Erweiterungsrunden politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich an den «Kern» der Union heran und nahmen sie dann als Vollmitglieder in ihren Kreis auf. Diesen Erweiterungsautomatismus gibt es heute nicht mehr. Die Öffentlichkeit in den meisten EU-Ländern steht neuen Beitrittsrunden äußerst skeptisch gegenüber. Ein Großteil der politischen Elite fürchtet, dass weitere Mitglieder die inneren Differenzen in der EU verschärfen und politische Blockaden auslösen werden. Die EU-Kommission reagierte 2004 und legte ein Strategiepapier vor. Die «Expansionsdynamik» der EU soll mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) unter neuen Vorzeichen fortgesetzt werden. Mit diesem Programm bietet die EU ihren Anrainern in Osteuropa, in der Mittelmeerregion und im Südkaukasus eine engere wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit an, die Länder haben jedoch keine offizielle Beitrittsperspektive mehr. Dieses «Offenhalten» der Erweiterungsfrage verteidigte Rolf Mafael vom Auswärtigen Amt auf der Konferenz der Reihe «Quo Vadis EU?». Er erinnerte daran, dass ein späterer Beitritt nicht ausgeschlossen werde. Georg Vobruba von der Universität Leipzig wies darauf hin, dass dieser Anreiz für viele Nachbarländer zu vage sein könnte. Ohne sichere Aussicht auf den «Hauptpreis» der Mitgliedschaft würden sich viele Länder fragen, warum sie auf die hohen Anforderungen der EU eingehen sollten. Auf einen weiteren möglichen Konstruktionsfehler der Europäischen Nachbarschaftspolitik verwies Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europäischen Parlaments. Die neuen Instrumente der ENP legen ihrer Ansicht nach – im Gegensatz zur früheren Praxis – einen viel zu geringen Wert auf Menschenrechte, rechtsstaatliche Reformen und demokratische Standards. Die heutige Migrationspolitik der EU, die kaum etwas zur humanitären Lösung der Flüchtlingssituation in den südlichen Ländern des Mittelmeers beitrage, sei auch ein Ergebnis dieser Entscheidung.

Die Fallbeispiele Ukraine und Tunesien demonstrierten nachdrücklich, dass die EU im Osten und im Süden Europas ganz unterschiedlichen Problemen gegenübersteht. Frankreichs Präsident Sarkozy nahm diese Gegensätze wenige Monate zuvor zum Anlass, die Gründung einer Union für das Mittelmeer (UfM) vorzuschlagen. Dies wurde auf der Konferenz jedoch ebenso kritisiert, wie die Idee einer Osteuropa-Union als Gegenstück zu Frankreichs Initiative. Eine regionale Aufteilung der ENP wurde dagegen von einigen Referenten befürwortet. Im gegenwärtigen Zustand sei das Programm im Osten unzulänglich, da es dem Drängen der Länder auf die EU-Mitgliedschaft nicht nachkomme. Im Süden sei das Programm dagegen weitgehend überflüssig, da dort kaum ein Interesse an der EU-Mitgliedschaft oder an tiefgreifenden politischen Reformen bestehe.

Quo Vadis EU III: (o) Cem Özdemir, MdB, und Prof. Dr. Georg Vobruba, Universität Leipzig; (u) Elisabeth Schroedter, MdEP, und Omar Mestiri, Nationaler Rat für die Freiheiten, Tunesien.

www.boell.eu

Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma der europäischen Entwicklungsdynamik? Mehrere Referentinnen und Referenten bestanden darauf, dass eine künftige Erweiterung der EU auch ohne die Vergabe der vollen Mitgliedschaft möglich sein müsse. Im Fall der Ukraine schlug Olena Prystayko von der Nationalen Akademie für staatliche Verwaltung beim Präsidenten der Ukraine den Kompromiss einer «Semi-Mitgliedschaft» vor, die auf begrenzten und klaren Vereinbarungen zwischen der EU und der Ukraine basieren könne, ohne das Ziel der Vollmitgliedschaft auszurufen. Die ENP könnte nach Ansicht von Georg Vobruba eine ganze Palette solch diverser Integrationsmodelle unterhalb der vollen Mitgliedschaft bereitstellen. Alternativ könne der Status der EU-Mitgliedschaft neu definiert werden, um künftige Beitritte zu ermöglichen.

Barbara Lippert sprach sich gegen eine derartige Aufweichung der EU-Mitgliedschaft aus. Die EU sei ein internationaler Rechtskörper, es gebe deshalb eine klare Grenze zwischen den verschiedenen Integrationsformen und einer Vollmitgliedschaft. Die institutionelle Vielfalt der EU sei letztlich eine Übergangsphase, da die volle Mitgliedschaft mit allen Rechten im Kern Europas nach wie vor die attraktivste Option sei.

Veranstaltungs- und Schriftenreihe

Warschau: Die östliche Nachbarschaft der EU

Moving out of the doldrums? Perspectives on Change in Russia-EU Relations
Edited by Roderick Kefferpütz. Published by the Heinrich Böll Foundation EU Regional Office Brussels
Brussels 2008, 29 pages
Download: www.boell.eu

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) hat nur bedingt Antworten auf die unterschiedlichen Interessenlagen der Osteuropäer. Aufgrund der fehlenden Beitrittsperspektive positioniert sich die Ukraine, die nach der orangenen Revolution die Annäherung an die EU und NATO anstrebt, skeptisch gegenüber der ENP. Und Belarus blieb wegen gravierender Demokratiedefizite ohnehin weitgehend isoliert. Das größte EU-Nachbarland, Russland, empfindet die potenzielle und reale Annäherung der EU an die ehemaligen Sowjetrepubliken als Eingriff in die eigene Einflusszone. Unterschiedliche Interessen, die die alten (u.a. Deutschland) und «neuen» (u.a. Polen) EU-Mitglieder gegenüber den östlichen Nachbarstaaten vertreten, erschweren die Bildung einer gemeinsamen Position. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau beobachtet die Nachbarschaftspolitik seit 2004 und bietet Veranstaltungen und Publikationen zu den aktuellen Entwicklungen an. Im Jahr 2008 ging es u. a. um die polnisch-schwedische Initiative der «Östlichen Partnerschaft». Sie soll künftig als Ergänzung zur ENP die Beziehungen der Länder Ukraine, Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Belarus zu den Mitgliedsstaaten der EU intensivieren, ohne den beteiligten Staaten einen Beitrittsmechanismus in Aussicht zu stellen. In der Veranstaltung «Belarus – verlorene Chance für Veränderungen?» zum Beispiel analysierten der Menschenrechtler Vitali Silitsky und der Belarus-Experte Andrew Wilson vom Londoner European Council of Foreign Relations die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Belarus. Hintergrundmaterialien bietet: www.boell.pl (auf Polnisch).

Büroeröffnung und Podiumsdiskussion

Kiew: Zwischen der EU und Russland – Außenpolitische Herausforderungen für die Ukraine

Kiew, April 2008 (l–r): Kyryl Savin, Leiter des neuen Büros, und Stiftungsvorstand Ralf Fücks bei der Eröffnung.

Seit April 2008 ist die Heinrich-Böll-Stiftung mit einem eigenen Büro in Kiew vertreten. Den feierlichen Auftakt der Aktivitäten machte eine Podiumsdiskussion zum Thema «Zwischen Russland und der EU-Außenpolitische Herausforderungen für die Ukraine» am 18. April im Saal des Goethe-Instituts Kiew. Neben dem Deutschen Botschafter Reinhard Schäfers, dem Ex-Außenminister der Ukraine Borys Tarasjuk und zahlreichen ukrainischen Parlamentsabgeordneten waren auch Student/innen, NGO-Aktivist/innen, Partner der Stiftung und ukrainische Bürger/innen geladen. Der ehemalige Vize-Premierminister für europäische Integration Oleg Rybatschuk zeigte sich zuversichtlich, dass die Büroeröffnung einer grünen deutschen Stiftung in Kiew einen spürbaren Beitrag zur EU-Annäherung der Ukraine leisten werde. Der russische Experte Arkadij Moshes vom Finish Institute of International Affairs betonte, dass die Ukraine ein europäisches Land sei, das bald seinen Platz unter EU-Mitgliedern finden werde. Die Bandbreite der Gäste aus verschiedenen politischen Lagern sorgte für eine äußerst spannende außenpolitische Diskussion.

Internationales Expertentreffen
Tiflis, Georgien: Debatte im Zeichen des Krieges

www.boell.ge

Seit dem russisch-georgischen Krieg im August 2008 ist der südliche Kaukasus zu einem strategischen Brennpunkt Europas geworden. Im November 2008 lud die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung Entscheidungsträger/innen und Expert/innen aus dem Kaukasus und Europa nach Tiflis ein. Es war das erste internationale Treffen dieser Art. Die Debatte konzentrierte sich auf drei Aspekte: die internationalen Folgen des Krieges, den Einfluss auf die demokratische Entwicklung des südlichen Kaukasus und die Entwicklung einer europäischen Strategie für die Region. Die Fachleute waren sich einig, dass eine Stärkung demokratischer Institutionen und der Zivilgesellschaft zur Verringerung der Spannungen in der Region beitragen würde. Eine Strategie für den südlichen Kaukasus müsse zudem Bestandteil einer neuen globalen Sicherheitsstrategie sein. Die Strategie dürfe sich allerdings nicht auf Georgien begrenzen, sondern müsse den gesamten südlichen Kaukasus einbeziehen.

Konferenz und Hintergrundanalyse
Sarajevo: Bosnien-Herzegowina und die Widersprüche des EU-Integrationsprozesses

Bosnia and Herzegovina and Controversies of the EU integration process
Published by the Heinrich Böll Foundation Office in Bosnia and Herzegovina
Sarajevo 2008, 132 pages
(English and Bosnian)
Download: www.boell.ba

Rund 80 Fachleute aus Bosnien-Herzegowina und der Europäischen Union diskutierten am 24. Juni 2008 auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung in Sarajevo über die EU- und die Reformperspektiven Bosnien-Herzegowinas. Kritisch hinterfragt wurden dabei die Leistungen und Möglichkeiten der gegenwärtigen bosnisch-herzegowinischen Politik und des Staatsmodells sowie die Maßstäbe der EU-Integrationspolitik gegenüber Bosnien-Herzegowina.

Die von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebene Hintergrundanalyse «Bosnien-Herzegowina und die Widersprüche des EU-Integrationsprozesses» zeigt die Perspektiven und Gefahren der aktuellen EU-Integrationspolitik auf und spricht Empfehlungen an die europäischen und die innenpolitischen Akteure aus. Unter anderem wird eine Verfassungsreform vorgeschlagen, um Widersprüche und Blockadepotenziale im Integrationsprozess künftig überwinden zu können. Die EU sollte ihre Doppelrolle als interner politischer Akteur – in Form des Büros des Hohen Repräsentanten (OHR) – und als externes politisches Subjekt – in Form des EU-Sonderbeauftragten (EUSR) – zugunsten institutionell klarer Strukturen der Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Institutionen Bosnien-Herzegowinas aufgeben.

Capacity Building
Brüssel: Westbalkan zu Demokratie und Menschenrechten

Im April 2008 kamen 15 junge Leute von Menschenrechtsorganisationen und demokratischen Parteien aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro und Serbien auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung nach Brüssel, um an einem dreiwöchigen «Capacity Building» zu Demokratie und Menschenrechten teilzunehmen. Europaabgeordnete und Vertreter/innen von Brüsseler Thinktanks, NGOs und des Jugoslawientribunals verschafften den Gästen einen Einblick in das Funktionieren und die Bedeutung der Europäischen Union. Im Mittelpunkt standen dabei die Integrationsperspektive ihrer Herkunftländer und die Befugnisse und Möglichkeiten der EU hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte. Auch praktische Fähigkeiten wie Konfliktbeherrschung, Kommunikation, Lobbyarbeit und Parteiorganisation wurden vermittelt. Von besonderem Nutzen waren die vielen neuen Kontakte untereinander und zu Organisationen und Akteuren in Brüssel. Die Bereitwilligkeit der jungen Generation, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und an Projekten zu arbeiten, war der eigentliche Erfolg dieses ehrgeizigen Projektes.

1968 revisited. 40 years of protest movements
Ed. by Noro Farik. Published by Heinrich Böll Foundation European Union Office
Writings on Democracy – Volume 7
Brussels 2008, 68 pages
(auch auf Französisch erhältlich)

Schwerpunkt Wendezeiten

«1968» ist zu einem politischen Mythos geworden, der nicht vergehen will. Das zeigt der andauernde Kampf um die Deutung dieses Datums. Schon allein die Tatsache, dass der Aufbruch dieser Jahre die europäischen Metropolen ebenso erfasste wie Tokio, Mexico City und San Francisco, verleiht ihm eine historische Dimension. 1968 war ein globales Ereignis, eine politische und kulturelle Gezeitenwende. Doch auch die Ereignisse von 1989 in Osteuropa haben die Welt verändert. Auch hier waren es Proteste aus den Gesellschaften heraus, die grundlegende politische und gesellschaftliche Erschütterungen nach sich zogen. Das Ergebnis war das Ende der Weltordnung des Kalten Krieges. Die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Auslandsbüros gedachten der Ereignisse mit zahlreichen Veranstaltungen.

Ralf Fücks, Michail Gorbatschow und Olga Sdrawomyslowa auf der Moskauer Konferenz «1968 – 1988 – 2008: Schicksal der Ideen»

Konferenz in Moskau: 1968–1988–2008: Schicksal der Ideen. So unterschiedlich sie auch waren – die Losung «Seid realistisch, fordert das Unmögliche» war allen europäischen Protestbewegungen des Jahres 1968 gemein. Doch die Gegner waren andere – und damit auch die Träume und Forderungen. In Westeuropa wandte sich die studentische Revolution mit einer jugendlich-frechen Krawallsprache gegen die «Konsumgesellschaft». Die polnischen Studenten, die Tschechen und Slowaken versuchten, die verglimmenden kommunistischen Ideale zu erneuern. Die sowjetischen Dissidenten dagegen beriefen sich auf die Idee, Recht sei das Gegengewicht zu totalitärer Macht.

Die Gegenreaktionen in West und Ost unterschieden sich ebenfalls. Das westeuropäische Establishment bemühte sich um eine Transformation der Revolution und begab sich mehr unwillig als freiwillig auf den langen Weg zu politischen und gesellschaftlichen Reformen. Dieses pragmatische Projekt zog allerdings radikale Veränderungen der politischen Kultur des Westens nach sich. Die osteuropäischen Autoritäten beantworteten die Gehorsamsverweigerung ihrer Untertanen mit politischer Verfolgung, Repressionen und durch den Einsatz von Panzern, die den Prager Frühling niederwalzten. Im Osten erfolgte die gesellschaftliche Erneuerung erst mit zwanzigjähriger Verspätung.

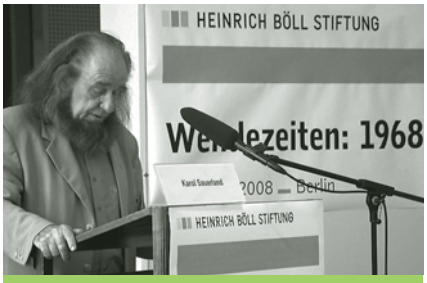
Das Jahr 1988 – der Beginn der Perestrojka wie auch der Vorabend der «Samtenen Revolutionen» und des Mauerfalls – war zweifellos das Jahr, in dem die Hoffnungen auf eine «andere Welt» in ganz Europa wieder aufflebten.

Auf der gemeinsamen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung, der Gorbatschow-Stiftung und Memorial Ende November 2008 in Moskau diskutierten Zeitzeugen und Beteiligte von damals aus Russland, Deutschland und Tschechien über die Ideen, Hoffnungen und Illusionen der Jahre 1968 und 1988, über ihre Enttäuschungen und das dennoch Erreichte. Mit dabei waren u.a. der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, Alexander Daniel von Memorial, der Schriftsteller Andrej Bitow und die russische Menschenrechtlerin Ludmila Alexejewa.

Podiumsdiskussion in Warschau 1968 – 40 Jahre danach. Dialog zwischen den Nationen und Generationen. Was unterschied die 68er im Osten von denen im Westen? Was haben die Protagonisten von damals uns heute noch zu sagen? Daniel Cohn-Bendit, einer der führenden 68er im Westen, und Prof. Karol Modzelewski, Co-Autor des berühmten «Offenen Briefes an die Partei» (1964), für den er drei Jahre inhaftiert wurde, diskutierten im Mai 2008 mit Vertreter/innen der jungen Generation über diese Fragen. Die Unterschiede in den Motiven und Konzepten im Osten und Westen ließen sich schwer auf einen Nenner bringen, sie teilten jedoch den Traum von Freiheit und von der Machbarkeit der Veränderung. Die Bewertung des Erbes der 68er fiel in den Augen der jungen Generation eher nüchtern aus. Für den Publizisten Slawomir Sierakowski hob der Mai 68 die in den 60er Jahren entstehenden Widersprüche im Kapitalismus auf und trug zu dessen Stärkung bei. Die protestierenden Studenten hätten den Marxismus und den Diskurs über den Klassenkampf abgelehnt, ihre Postulate hätten zum Lob des uneingeschränkten Konsums geführt. Was die Gegenwart und die viel zitierte Krise der europäischen Linken anbelangt, so zeigte sich Agnieszka Graff, Feministin und Publizistin, optimistisch. Sie sah gerade in der Unterstützung für den US-Präsidentschaftskandidaten Obama ein Signal, dass die Welt für positive Veränderungen bereit sei.

«Przemiany» von Aleksandra Wołdańska, 1. Preis des Plakatwettbewerbs «Europa 1968 – Europa 2008: Wollen wir immer noch die Welt verändern?» der Heinrich-Böll-Stiftung
Alle prämierten Plakate unter **www.boell.de/demokratie/zeitgeschichte-3955.html**

Tagung in Berlin: Wendezeiten 1968/1989. Das bereits zum Mythos geronnene Jahr 1968 steht weltweit für gesellschaftliche Proteste. Im Westen richtete sich der Blick auf Alternativen, besonders mit marxistischer oder neomarxistischer Ausrichtung, während in Osteuropa Freiheitsbewegungen politische Spielräume forderten. Sie wurden entweder unterdrückt oder integriert. Anders 1989: In der Folge dieser Proteste kam es zu Regimewechseln und sogar zum Ende der Blockkonfrontation. Die internationale Tagung «Wendezeiten 1968/1989» im Juni 2008 stellte die beiden Ereignisse in einen Zusammenhang. Karol Sauerland, Literaturprofessor in Kassel und polnischer Dissident, schilderte sowohl die Unruhen 1968 als auch das Jahr 1989 aus seiner Perspektive. Zeitzeugen wie Klaus Meschkat, Soziologe und persönlicher Freund Rudi Dutschkes, und Wolfgang Templin, Publizist und DDR-Dissident, diskutierten mit dem Historiker Norbert Frei über die 60er-Jahre als eine Zeit der Krise, hervorgerufen durch die Spannungen zwischen Modernisierungen und traditionellen Verhaltensweisen. Die Zeiten nostalgischer Re-Inszenierungen alter Konflikte sind vorbei, so am Ende das Fazit. Nun bedarf es einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte.



Berlin, Juni 2008: Karol Sauerland, Universität Kassel.

Sommerakademie auf Schloss Liblice bei Prag: Europa 1968–2008: Gesellschaft im Wandel. Auch bei der Sommerakademie auf Schloss Liblice im Juni 2008 ging es um den Einfluss der 68er-Bewegung auf die politische Kultur in Europa und mögliche Zusammenhänge zwischen den Jahren 1968 und 1989. «1968» war mehr als eine politische Bewegung, das Jahr setzte einen kulturellen Wandel in Gang, der bis heute weiterwirkt. Es markiert außerdem eine Scheidelinie zwischen den Entwicklungen in den westeuropäischen Gesellschaften und denen des real existierenden Sozialismus. In Westeuropa gelang eine breit angelegte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Erneuerung. In den sozialistischen Ländern kam es zu einer Verhärtung und Stagnation der Regime. Für Zeitzeugen der tschechoslowakischen 68er-Generation bedeutete die Erinnerung an die kurze Zeit der Freiheit einen Funken Hoffnung auf ihre Wiederkehr. Die Hoffnung half, die schweren Jahre der politischen «Normalisierung» durchzustehen und im Jahre 1989 erneut auf die Straße zu gehen. Die Sommerakademie wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Republik, dem Goethe-Institut Prag und Gender Studies o.p.s. organisiert.

Schloss Liblice (l–r): Dr. Stefan Wolle, Prof. Georges Mink, Dr. Jürgen Danyel, Dr. Marianne Zepp und PhD Oldřich Tůma.

Netzwerkbildung
Büro Istanbul: Nachhaltige ländliche Entwicklung

In der Türkei arbeiten 60 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft. Will man die Offenheit der Bevölkerung für den EU-Beitritt fördern, so darf die Frage der ländlichen Entwicklung nicht vernachlässigt werden. In den letzten zwei Jahren gelang es der Stiftung, ein breites Netzwerk an Expertinnen und Experten aufzubauen, das zu Themen ländlicher Entwicklung arbeitet. In nicht allzu ferner Zukunft soll daraus eine nationale Dachorganisation entstehen, die sich mit vergleichbaren Organisationen auf europäischer Ebene zusammenschließen kann. Das Projekt ist in einem politisch wenig beachteten, aber zukünftig politisch höchst relevanten Bereich von großer Bedeutung.

Seminar
Kroatien: Wie macht man einen Unterschied? (How to make a difference?)

Nach den Ergebnissen einer Befragung von 1500 Personen in vier kroatischen Städten, die die Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegeben hatte, ist die Sympathie der Wählerinnen und Wähler von traditionellen Parteien für «grüne Themen» außerordentlich groß. Trotzdem sind grüne Parteien im politischen Raum kaum vertreten. Ende Oktober 2008 organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung daher in der dalmatinischen Kleinstadt Trogir ein «Capacity Building»-Seminar für die Mitglieder der Grünen Liste (Zelena lista), der momentan einzigen grünen Partei in Kroatien mit Mandaten in Kommunalparlamenten, überwiegend in Zagreb. Um die Kommunikation mit den Wählerinnen und Wählern zu verbessern, vermittelte das Seminar u.a. Kenntnisse über Kampagnenführung und die Formulierung politischer Botschaften. Ziel war es, die Grüne Liste für den Wahlkampf bei den

Kommunalwahlen im Mai 2009 zu stärken und mehr Menschen zu mobilisieren, grünen Themen eine Stimme zu geben. Das Konzept des Seminars wurde vom Büro Zagreb der Heinrich-Böll-Stiftung und von GreenCampus, der Weiterbildungsakademie der Stiftung, erarbeitet.

Studie
Grüne Identität in einem sich wandelnden Europa

Grüne Identität in einem sich wandelnden Europa
Hrsg. vom Regionalbüro Brüssel der Heinrich-Böll-Stiftung
Brüssel 2008, 136 Seiten
Download: www.boell.eu

Im Jahr 1984 zog zum ersten Mal eine grüne Fraktion in das Europäische Parlament ein – ein bunt zusammengewürfelter Haufen aus Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden. Unter dem Namen GRAEL (Green Alternative European Link) schrieben sie mit aufsehenerregenden Aktionen Geschichte. Seitdem ist viel passiert. In vielen europäischen Ländern entfernten sich die grünen Parteien vom Konzept der Protestpartei, sammelten parlamentarische Erfahrungen und entschieden sich für eine reformorientierte Politik.

In der von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie *Grüne Identität in einem sich wandelnden Europa* analysieren Autorinnen und Autoren aus acht europäischen Ländern die Identität und Ambitionen grüner Parteien in ihren jeweiligen Ländern, ihren persönlichen politischen Weg und ihre Zukunftserwartungen. Europagrüne «der ersten Stunde» blicken darauf zurück, was es damals bedeutete, grüne Politik zu betreiben, und ziehen den Bogen zur heutigen Situation. Auch die jüngere Generation kommt zu Wort. Die Publikation liest sich als klares Bekenntnis zu Europa. Ein interessanter Lesestoff im Hinblick auf die anstehenden Europawahlen!

Besuchsprogramm
Deutschland: Welcome to Germany

Serbische Studentinnen und Studenten zu Besuch in Deutschland.

Unter dem Motto «Welcome to Germany» kamen im Herbst 2008 zum zweiten Mal serbische Studentinnen und Studenten nach Deutschland, um einen EU-Mitgliedstaat, seine politischen und wirtschaftlichen Strukturen, aber auch seine demokratischen Werte aus der Nähe kennenzulernen. Ein vielfältiges Programm, das in Kooperation der politischen Stiftungen und BayHost durchgeführt wurde, ermöglichte den Gästen einen Blick aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Der Stiftungstag der Heinrich-Böll-Stiftung z.B. stand im Zeichen von Diversität und interkulturellem Miteinander – Aspekte, die für das «gemeinsame Haus Europa» wichtige Voraussetzungen sind. Beim Rundgang durch den multikulturellen Stadtteil Berlin-Kreuzberg und einem Treffen mit Migrantinnen und Migranten lernten die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl die positiven als auch die Schattenseiten von Migration und Integration kennen. Einen Einblick in das «wirkliche Leben» in Europa bekommen zu haben, bewerteten die jungen Menschen als eine der wichtigsten Erfahrungen ihres zweiwöchigen Aufenthalts in Deutschland.

Diskussion
Tel Aviv: «Leben nach dem Überleben – Shoah-Überlebende in Israel»

Tel Aviv, Juni 2008 (l–r): Yehuda Bacon und Ester Golan

Im Jahr 2008 feierte der israelische Staat sein 60-jähriges Bestehen. Zusammen mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2008 in Tel Aviv zu diesem Anlass eine Podiumsdiskussion, die in erster Linie den Shoah-Überlebenden in Israel gewidmet war. Der deutsche Botschafter Dr. Harald Kindermann betonte deren wichtige Rolle bei der Aufnahme der deutsch-israelischen Beziehungen. Jörn Böhme, Leiter des Stiftungsbüros in Israel, sagte, man müsse sich vor Augen führen, welches Glück es sei, mit Shoah-Überlebenden sprechen und von ihnen lernen zu können. Schließlich sei ihr Überleben meist einer langen Kette von Zufällen geschuldet, denn eigentlich hätten sie ermordet werden sollen. Colette Avital, Abgeordnete der Arbeitspartei und Vorsitzende der Knesset-Lobby für die Überlebenden, beschrieb den langen Weg, bis die israelische Gesellschaft bereit war, die Erlebnisse der Überlebenden zu hören. In der Diskussion bestätigte Yehuda Bacon die Probleme der Überlebenden, gehört zu werden: zu unfassbar seien die begangenen Verbrechen gewesen. Halina Birenbaum betonte, dass sie mit den Berichten ihrer Erlebnisse den vielen Namenlosen eine Erinnerung geben wolle.

Internationale Demokratieförderung

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet in vielen Krisenregionen, die von Gewalt und Staatszerfall geprägt sind. Unsere Büros und viele unserer Projektpartner in Afrika, dem Kaukasus, im Nahen Osten, auf dem Balkan, in Zentral- und Südasien müssen mit akuten oder latenten Konfliktsituationen und Gewaltstrukturen umgehen, die eine tägliche Herausforderung für die Arbeit vor Ort darstellen. In einigen Ländern herrscht nur ein fragiler Friede, erneute Gewaltausbrüche sind zu befürchten. In diesem Zusammenhang fördern wir Programme zur Konfliktbearbeitung, zur Versöhnung und zum Wiederaufbau demokratischer Institutionen. Wir arbeiten eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch politischen Akteuren zusammen und fördern den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Seit November 2007 ist die Heinrich-Böll-Stiftung aktives Mitglied bei der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt).

Internationale Fachtagung und Publikation
Berlin: Ethnonationalismus und State Building

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben ethnische und religiöse Konflikte deutlich zugenommen – mit zahllosen Opfern, insbesondere unter der Zivilbevölkerung. Seit dem Völkermord in Ruanda und den Balkan-Kriegen Mitte der 1990er Jahre ist das Interesse an Methoden der Konfliktbewältigung stark gewachsen: Nationen- und Staatsaufbau in fragilen Staaten sind längst Bestandteil der internationalen Politik. Auf einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2008 analysierten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik am Beispiel aktueller Konflikte deren Ursachen und Folgen und arbeiteten mögliche Lösungsansätze heraus. Ulrich Schneckener, Leiter der Forschungsgruppe «Globale Fragen» der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), legte dar, inwieweit eine dauerhafte Diskriminierung von Minderheiten zu ethnischen, kulturellen oder religiösen Konflikten innerhalb eines Staates führen kann. Der Verlust der politischen Legitimität ende im Extremfall im Staatszerfall. Die Norm des Nationalstaates bleibe aber in der Regel auch hier intakt, da sezessionistische Bewegungen oft die Gründung eines eigenen Nationalstaates fordern würden. Walter Kaufmann vom Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tiflis beschrieb die drei Sezessionskonflikte im Südkaukasus nach dem Zerfall der Sowjetunion, die bis heute ein komplexes Gemisch aus ethnischen und religiösen Faktoren, historischen Widersprüchen und externen Machtinteressen bilden.

Im Irak wiederum ist gegenwärtig auf besonders dramatische Weise zu beobachten, welch verheerende Folgen der völlige Zusammenbruch der politischen Ordnung haben kann. Ghassan Atiyyah, Direktor der Iraq Foundation for Development and Democracy, zeigte eindrücklich, wie die ethnischen und religiösen Spannungen zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden durch das Regime Saddam Husseins und die US-Invasion verschärft wurden. Die schwierigste Aufgabe stellte sich bei ethnischen Konflikten oft erst nach Beendigung der Kämpfe. Tatsächlich müsse der Neuaufbau politischer Institutionen, das «State Building», nach Ansicht aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Bildung einer politischen Gemeinschaft, dem «Nation Building», begleitet werden. Interessen ethnonationalistischer Gruppen dürften dabei nicht ignoriert oder als zweitrangig betrachtet werden.

Die von Milan Horacek, Mitglied des Europäischen Parlaments, dargelegten Umstände der einvernehmlichen Auflösung der Tschechoslowakei im Jahr 1992 zeigen allerdings auch, dass die Auflösung eines Staates nicht immer von Gewalt und Chaos begleitet werden muss.

Ethnonationalismus und State Building
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zu Europa – Band 5
Berlin 2008, 60 Seiten

Somalia. Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zur Demokratie – Band 6
Berlin 2008, 144 Seiten
(auch auf Englisch erhältlich)

Podiumsdiskussion

Berlin: Musterknabe oder Sorgenkind? Der Aktionsplan «Zivile Krisenprävention» der Bundesregierung auf dem Prüfstand

Zerstörung in Kabul

Mitte Oktober 2008 stimmte der Bundestag über die Verlängerung des ISAF-Mandates für Afghanistan ab. Anlässlich der bevorstehenden Entscheidung lenkten die Heinrich-Böll-Stiftung und die Welthungerhilfe im September mit einer Podiumsdiskussion den Blick auf zivile Krisenprävention. Kurz zuvor hatte die Bundesregierung den 2. Bericht zur Umsetzung ihres Aktionsplans «Zivile Krisenprävention» veröffentlicht. Der Aktionsplan war eine der wichtigen friedenspolitischen Initiativen der rot-grünen Bundesregierung. Im Jahr 2004 wurde er verabschiedet. Seitdem sind zwar zahlreiche Einzelinitiativen gestartet worden – doch noch immer fehlt ein übergreifender Ansatz, der die Vielzahl der Maßnahmen zusammenführt und mit einer Vision verknüpft. Das zentrale Thema der zivilen Krisenprävention droht in Vergessenheit zu geraten. In seinem Impulsreferat verwies Prof. Dr. Christoph Weller von der Universität Augsburg zunächst auf bisher Erreichtes: Der Plan ist im Auswärtigen Amt verankert, Ressortkreis und Beirat sind etabliert, und die Haushaltsmittel für zivile Krisenprävention sind deutlich gestiegen. Dennoch seien die Ziele bei weitem noch nicht erreicht, was an der fehlenden systematischen Auswertung der Erfahrungen mit zivil-militärischer Kooperation und der mangelhaften Einbeziehung der Privatwirtschaft deutlich werde. Auch in der anschließenden Podiumsdiskussion wurde klar, dass die bisherige Bilanz der Umsetzung des Plans gemischt ausfällt. Zwar gebe es eine Vielzahl von erfolgreichen Einzelmaßnahmen, aber die Abstimmung zwischen den Ressorts sei nach wie vor schwierig. Die Geschlechterperspektive werde zwar beachtet, aber nur punktuell umgesetzt. Von der Umsetzung der Maßnahmen im Aktionsplan sei insgesamt vor Ort wenig zu spüren.

Fachgespräch

Berlin: Wie kann Afghanistan stabilisiert werden?

Berlin, November 2008 (l–r): Abdul Jabbar Naeemi, Ex-Gouverneur der afghanischen Provinz Wardak, Winfried Nachtwei, MdB, und Gregor Enste, Leiter des Stiftungsbüros in Lahore.

Sieben Jahre nach dem Ende des Taliban-Regimes und vier Jahre nach den ersten Präsidentschaftswahlen ist Afghanistan noch weit von konsolidierter Staatlichkeit und einer stabilen Sicherheitslage entfernt. Entscheidend für die künftige Entwicklung des Landes wird neben der Neuausrichtung der US- und NATO-Strategien auch die Gestaltung der Beziehungen zu Pakistan sein. In einem Fachgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung am 18. November in Berlin skizzierten internationale, afghanische und pakistanische Expertinnen und Experten die Erwartungen und Herausforderungen für den Stabilisierungsprozess der Region. Ein konstruktiver Dialog und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und Pakistan seien unabdingbar, so der Tenor. Aber auch der jeweiligen innenpolitischen Lage beider Länder komme große Bedeutung zu. Der Zivilregierung in Islamabad fehle es z. B. an Einfluss in den Stammesgebieten, die von Al Qaida und Taliban als Rückzugs- und Transiträume genutzt werden. In Anbetracht dieser rechtsfreien Räume entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze komme der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit eine grundlegende Bedeutung zu. Viel hänge von den (nunmehr) für August 2009 geplanten Präsidentenwahlen in Afghanistan ab. Fehlendes Vertrauen in den Wahlprozess würde die Legitimität der Zentralregierung weiter in Frage stellen, so dass von einer rapiden Verschlechterung der Sicherheitsbedingungen auszugehen wäre. Nicht zu vernachlässigen sei im Kontext sicherheitspolitischer Fragestellungen die Haltung der künftigen US-Regierung. In der Annahme, dass Deutschland wichtig für den Stabilisierungsprozess sein kann, wurde auf die Notwendigkeit einer öffentlich geführten Debatte anlässlich der Verlängerung des ISAF-Mandates hingewiesen. Gäste des Fachgesprächs waren u. a. Dr. Farzana Bari, Direktorin des Centre of Excellence in Gender Studies an der Quaid-i-Azam Universität in Islamabad, Imtiaz Gul, pakistanischer Journalist und Buchautor, Abdul Jabbar Naeemi, afghanischer Diplomat und bis August 2008 Gouverneur der westlich von Kabul gelegenen Provinz Wardak, und Massood Qiam, Journalist und Mitarbeiter bei Tolo TV, einem populären Fernsehsender in Afghanistan.

Konferenz
Lahore: Indien und Pakistan – 60 Jahre nach der Teilung des indischen Subkontinents

Bis 1947 stand der indische Subkontinent unter britischer Kolonialverwaltung, dann wurde er geteilt – Indien und Pakistan entstanden. Bis heute ist das Trauma der Teilung keineswegs überwunden. Hunderttausende Menschen wurden damals vertrieben oder ermordet. Insbesondere in der 80 Millionen Einwohner zählenden pakistanischen Provinz Punjab tut man sich schwer mit der Vergangenheit. Auch der Punjab wurde geteilt – die Trennungslinie verlief zwischen den beiden wichtigsten Städten Lahore und Amritsar. Im Zuge dieser Teilung gerieten die Flüchtlingsströme von Hindus und Sikhs aus dem Westpunjab und von Moslems aus dem Ostpunjab außer Kontrolle und es kam zu bürgerkriegsartigen Szenen. Ein noch größeres Tabuthema ist der erste Staatszerfall Pakistans im Jahr 1971, als sich Ostpakistan aus dieser «Heimstatt der Muslime» herauslöste und zum unabhängigen Staat Bangladesch wurde. Die Massaker der pakistanischen Armee an der bengalischen Zivilbevölkerung werden weder in den Geschichtsbüchern noch in der Öffentlichkeit thematisiert. Die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Lahore und Neu Delhi haben sich in mehreren Veranstaltungen mit den Folgen der Teilungen beschäftigt. Den Abschluss bildete eine zweitägige Konferenz im Mai 2008 in Lahore. Zeitzeugen aus Indien und Bangladesch erzählten von Verbrechen, aber auch von Zivilcourage und Mut auf beiden Seiten. Dabei kam es auch zu emotionalen Szenen wie dem Wiedersehen von zwei gebürtigen Lahori, einem Hindu und einem Muslim, die als Ex-Nachbarn vor 60 Jahren bei den Pogromen vertrieben wurden und seitdem auf beiden Seiten der Grenze in Indien und Pakistan leben. Die große Medienresonanz und über 500 Teilnehmende zeigten, dass die Stiftung eine wichtige Debatte in Pakistan angestoßen hatte.

Konferenz
Istanbul: «Religion und Demokratisierung»

Kaum ein Thema spaltet die türkische Gesellschaft mehr als Religion und Demokratie – hier geht es sozusagen ans «Eingemachte», um das Grundverständnis der 1923 gegründeten Republik Türkei, ihre Westorientierung und ihren abrupten Bruch mit dem Osmanischen Reich. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema ist von Stereotypen geprägt, auch der wissenschaftliche und intellektuelle Diskurs ist nicht davor gefeit. Die Konferenz «Religionen und Demokratisierung» der Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul war ein Versuch, alte «Denkblockaden» zu lösen und neue Perspektiven zu eröffnen. Das Grundrecht auf Glaubensfreiheit, d.h. für alle Religionsgemeinschaften in einer multi-religiösen Gesellschaft wie der Türkei, stand dabei nicht zur Debatte. Dass Demokratie auch gleiche Rechte für alle, unabhängig ihrer sexuellen Neigung oder ihres Geschlechtes beinhaltet, war ebenfalls Grundverständnis der Konferenz.

Nur selten gelingt es in der Türkei, zu einem brisanten Thema wie «Religion und Demokratie» alle relevanten Gruppen zu versammeln: Militärs, kemalistische Kreise, feministische, religiös-feministische und stark religiöse Kreise. Wenn darüber hinaus auch ein konstruktiver Austausch erzielt wird, ist es schon ein großer Erfolg. Dies ist gelungen.

Istanbul, November 2008 (l–r): Hidayet Tuksal, Ayhan Bilgen und Christian Schmidtmann.

Capacity Building
Beirut: Menschen- und Frauenrechtstraining für irakische Familienrichter

Eine harmonische Begegnung war kaum zu erwarten, als irakische Juristen im Juli 2008 mit arabischen Feministinnen über Diskriminierungen im irakischen Personenstandsgesetz diskutierten. Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte prominente irakische Familienrichter und Rechtsgelehrte vom obersten Gerichtshof in Bagdad und aus anderen Städten zu einem Training zu Menschen- und Frauenrecht nach Beirut eingeladen. Ziel war es, die Notwendigkeit der Strafbarkeit jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen zu vermitteln und die Richter dazu zu bewegen, ihre Urteile mit Orientierung an internationalen Menschen- und Frauenrechtsstandards zu fällen.

Beirut, Juli 2008: Abendessen mit Midhat Al-Mahmoud (Mitte), der höchsten richterlichen Autorität im Irak.

Prominentester Teilnehmer war der Vorsitzende des irakischen Verfassungsgerichts sowie des obersten irakischen Richterrats, Midhat Al-Mahmoud. Obwohl Al-Mahmoud von der irakischen Zivilgesellschaft als säkular und reformorientiert geschätzt wird, wagten es die Richter anfangs kaum, sich vor der höchsten richterlichen Autorität zu Wort zu melden oder ihm zu widersprechen. Die heiklen Themen – von Vergewaltigung in der Ehe bis hin zu gleichberechtigtem Scheidungsrecht – sorgten schließlich doch für eine angeregte Debatte. Fünf Tage lang prüften alle Seiten die nationale Gesetzgebung, tauschten sich über Konventionen, Traditionen und Religionen aus und lieferten sich in einigen Fällen scharfe Wortgefechte, die am Ende doch versöhnlich endeten und die Richter in kleinen Schritten zum Umdenken bewegen konnten. Zum ersten Mal erkannten sie an, dass die internationale Frauenrechtskonvention CEDAW auch für sie bindend ist und erklärten sich sogar bereit, in ihrer richterlichen Praxis Gewalt gegen Frauen als Verbrechen anzuerkennen. Im nächsten Schritt sollen die Richter eingeladen werden, um zusammen mit Experten Vorschläge für die Anpassung der irakischen Gesetzsprechung an internationale Standards zu erarbeiten. Das Seminar fand in Kooperation mit der Iraqi Al-Amal Association und der libanesischen Organisation Kafa – Enough Violence and Exploitation statt.

Diskussion

Berlin: China – Öffentlichkeit und Medien im Olympiajahr 2008

Die Olympischen Spiele haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf China und seine Menschenrechts- und Minderheitenpolitik gelenkt. Um den Medienalltag im Olympiajahr ging es bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2008. Eine Delegation chinesischer Journalisten aus Peking und Südchina diskutierte mit deutschen Kolleg/innen, China-Fachleuten und dem Publikum über die Zukunft der chinesischen Medien. Als Beleg dafür, dass auch unter schwierigen Arbeitsbedingungen journalistisches Engagement möglich sei, führte einer der chinesischen Journalisten den Fall Dingzhou (Provinz Hebei) an. Im Sommer 2005 hatten Bauern Ackerland bei ihren Dörfern besetzt, das illegal für den Bau eines Kraftwerks in Besitz genommen wurde. Ein von den Planern des Kraftwerks angeheuerter Schlägertrupp griff daraufhin die Protestierenden an. Sechs Menschen starben in den Auseinandersetzungen und über einhundert wurden verletzt. Die mediale Berichterstattung trug maßgeblich dazu bei, die illegale Landnahme aufzudecken und die Verantwortlichen zu verhaften.

In punkto Pressefreiheit finde eine Liberalisierung primär im Unterhaltungs- und Lifestylesektor statt. Die chinesischen Medien seien inzwischen nicht mehr nur den inhaltlichen Anforderungen der Zensur unterworfen, sondern auch den Marktgesetzen. Eine allgemeine Kritik der mangelnden Pressefreiheit aber, so ein chinesischer Teilnehmer, ändere nichts an den Verhältnissen. Die Kritik müsse sehr konkret werden, beispielsweise auf der rechtlichen Ebene, damit tatsächlich Druck auf die chinesische Regierung ausgeübt und Veränderungen herbeigeführt werden könnten. Mediale Kritik an der chinesischen Regierung sei aus deutscher Sicht trotz des sichtbaren Öffnungsprozesses weiterhin notwendig, da gegenwärtig immer noch Dissidenten verhaftet würden und keine Pressefreiheit bestehe. Sorgfältige Recherche und eine Balance in der Berichterstattung seien jedoch wichtige Voraussetzungen, um der Zeichnung von Zerrbildern vorzubeugen und eine faire Berichterstattung zu gewährleisten. Die Diskussion fand in Medienpartnerschaft mit der *tageszeitung* und der Deutschen Welle statt.

Berlin, Mai 2008: Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, Zhan Yiang, Professor für Medienwissenschaft, und Wang Keqin, investigativer Journalist, Peking.

Dialogprogramm
Nairobi: Akademischer Austausch zwischen China und Afrika

Seit Jahren engagiert sich China vermehrt in Afrika – im Bergbau und Handel, im Ausbau der Infrastruktur und mit Direktinvestitionen. Die Kontakte bestehen überwiegend nur auf Regierungs- und Unternehmensebene, der Austausch zwischen nicht-staatlichen Akteuren beider Seiten ist sehr beschränkt. Um dies zu ändern, organisierten die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Nairobi und Peking ein Dialogprogramm. Zehn chinesische Afrikawissenschaftler/innen trafen sich im April 2008 in Nairobi mit Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Akademikern aus 15 afrikanischen Ländern, in denen China besonders aktiv ist. Differenzierung tut Not – dies machte der Dialog zuallererst deutlich. Die afrikanischen NGOs sahen Chinas Engagement auf ihrem Kontinent ambivalent. Einerseits sei China ein wichtiger Partner in Wirtschaft und Entwicklung, zugleich ein willkommenes politisches Gegengewicht zum Westen – eine Perspektive, die auch die chinesische Seite betonte. Andererseits unterstütze Chinas Politik manche Regierungen in Afrika, denen eine demokratische Legitimation fehle oder die natürliche Ressourcen nicht im Interesse der Bevölkerungen nutzten. Zwar sei es, so die Position vieler afrikanischer NGOs, vor allem eine afrikanische Aufgabe, für demokratische Verhältnisse und Transparenz auf dem eigenen Kontinent zu sorgen; China sollte jedoch nicht länger unter Berufung auf das Prinzip der «Nichteinmischung» Gleichgültigkeit gegenüber Problemen und Konflikten in Afrika zeigen. Um seine guten Beziehungen zu Afrika auszubauen, benötige China bessere Kenntnisse der Situation vor Ort und müsse dafür gerade auch nicht-staatliche Stimmen einbeziehen, so die chinesischen NGOs. Sie machten Vorschläge, wie afrikanische NGOs ihre Perspektiven gegenüber chinesischen Institutionen und Firmen besser zur Geltung bringen könnten und sprachen sich für eine Beteiligung afrikanischer NGOs an zukünftigen afrikanisch-chinesischen Gipfelgesprächen aus. Das Dialogprogramm, das enormes öffentliches Interesse weckte, fand in Zusammenarbeit mit der Organisation Fahamu – Networks for Social Justice statt.

Nairobi, April 2008: Chinesische und afrikanische Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Dialogprogramm.

Veranstaltungsreihe und Publikation
Berlin: Drogen, Dollars, Demokratie

Der Drogenkrieg in Lateinamerika gerät zunehmend außer Kontrolle: Schon heute verzeichnet die Region die weltweit höchste Mordrate. Die Jahreseinnahmen der lateinamerikanischen Drogenkartelle sind nach Schätzungen größer als das Bruttoinlandsprodukt in den meisten lateinamerikanischen Staaten. Drogenumschlagplatz Nummer Eins ist Mexiko. Allein 2008 kamen mehr als 5600 Menschen in Zusammenhang mit dem Drogenkrieg ums Leben. Die Korruption ist allgegenwärtig und hat zu einer enormen institutionellen Krise des Landes geführt. In Brasilien stellt der Drogenhandel zwar keine akute Gefahr für das politische System dar, in den Elendsvierteln der Städte jedoch trägt er seit langem zum Aufbau von parallelen Machtstrukturen bei, die in ihren jeweiligen Territorien das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat mit einer Veranstaltungsreihe im Oktober 2008 den neuesten Entwicklungen in Mexiko und Brasilien auf den Zahn gefühlt. In der Debatte mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Menschenrechtsorganisationen ging es insbesondere um die Frage, inwieweit das Funktionieren der Demokratien durch korrupte und klientelistische Strukturen gefährdet ist. Zu diesem Thema hatte das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien kurz zuvor die Studie *Vom Regen in die Traufe? – Über das Phänomen der sogenannten Milizen in Rio de Janeiro* von Ignacio Cano vorgelegt. Cano beschreibt, wie Milizen entstehen und was sie ausmacht. Sein Fazit ist bedrückend: «Alles in allem verstetigen die Milizen die Unterwerfung der armen Bevölkerung unter das Gesetz des Stärkeren, wobei verschärfend hinzukommt, dass die unrechtmäßige Herrschaft von Staatsdienern selbst ausgeübt wird, die sich der materiellen Mittel und der Symbole des Staates bedienen, um aus der Erpressung derjenigen Gewinn zu ziehen, zu deren Schutz sie verpflichtet wären.»

Die Studie erhielt großes Presseecho und wurde unmittelbar nach ihrem Erscheinen als Quelle vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Stadt genutzt, der zu der Frage der Milizen eingesetzt wurde.

Im November hatte das Regionalbüro Cono Sur in Santiago de Chile seine feierliche Eröffnung. Das Büro betreut Projekte in den Ländern Argentinien, Chile, Uruguay und Paraguay. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen vor allem bei den Themen «Entwicklungsmodelle», «natürliche Ressourcen und Klimapolitik» sowie «Demokratie und Menschenrechte». Leiter des Büros ist Michael Alvarez. Kontakt: **info@boell.cl**

Drogen, Dollars, Demokratie. Herausforderungen durch den Drogenhandel in Mexiko und Brasilien
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zur Demokratie – Band 13
Berlin 2009, 80 Seiten

Download der Studie in dt. und port. Sprache unter: **www.boell.de**

Wirtschaft, Soziales und Finanzkrise

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise hat historische Ausmaße. Sie ist eine Zäsur für die maßgeblich durch die Finanzmärkte angetriebene Globalisierung. Die Diagnose der Krise wird wesentlich die Therapie bestimmen. Gleichzeitig muss auch eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie die weitere Verarmung breiter Bevölkerungsschichten verhindert bzw. aufgehoben werden kann. Das Konzept des «Green New Deal» gewinnt seine Attraktivität aus der Verknüpfung von ökologischen und sozialen Zielen. Es geht darum, mit massiven Investitionen in den ökologischen Strukturwandel, in Bildung und Qualifizierung, Wissenschaft und Forschung die Fundamente einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu legen. Mit unseren Veranstaltungen und Publikationen unterstützen wir die Weiterentwicklung grüner Kompetenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und suchen Antworten auf die Fragen, die unsere gesellschaftliche Zukunft unmittelbar berühren.

Dossier und Veranstaltungsreihe
Berlin: Wege aus der Weltwirtschaftskrise

Auf dem Weg zu einem Green New Deal
Ein Strategiepapier von Hilary French, Michael Renner und Gary Gardner (Worldwatch Institute) in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zur Ökologie – Band 3
Berlin 2009, 56 Seiten

Die internationale Finanzkrise schlägt inzwischen voll auf die Realwirtschaft durch. Massive Auftragseinbrüche, Produktionsrückgänge und der Verlust von Arbeitsplätzen treffen die Bundesrepublik als exportorientierte Volkswirtschaft besonders stark. Weltweit legen Regierungen Rettungsprogramme in schwindelerregender Höhe auf, um den Bankensektor zu stabilisieren und die Wirtschaft anzukurbeln. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die Finanzmarktkrise in ihrer Entwicklung von der amerikanischen Subprime- zur Weltwirtschaftskrise seit Oktober 2008 beobachtet. Das Internet-Dossier «Wege aus der Weltwirtschaftskrise» sammelt Analysen der Ursachen und Folgen aus internationaler Perspektive. Einen Ort zum Nachdenken über die aktuellen Entwicklungen bietet die Reihe «Krisengespräche». Den Auftakt machte im Herbst 2008 eine Diskussion über die Folgen der Bankenkrise für Deutschland und die Europäische Union. Thomas Jorberg, Vorstand der GLS-Bank, diskutierte mit Fritz Kuhn, Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, und weiteren Podiumsgästen über das neue Verhältnis von Politik und Wirtschaft. Die Reihe wird 2009 fortgesetzt.

Aktuelle Veranstaltungshinweise unter
www.boell.de

Kongress
Berlin: Die ökologische Marktwirtschaft in Europa und den USA – Perspektiven strategischer Allianzen

Führende Unternehmer/innen und Wirtschaftsbosse entdecken den Klimaschutz, finanzstarke Investmentfonds passen ihre Bewertungskriterien an Nachhaltigkeitskriterien an, und Konsumenten interessieren sich verstärkt für grüne Produkte. «Going Green» ist zu einem neuen ökonomischen Trend in Europa wie den USA geworden. Doch wie weit trägt diese grüne Welle? Reichen die erkennbaren Trends für eine grüne industrielle Revolution? Auf einem Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) tauschten sich internationale Ökologie- und Wirtschaftsfachleute über die Chancen einer ökologischen Erneuerung der Wirtschaft aus. Die aufziehende Finanz- und Wirtschaftskrise unterstrich dabei die Notwendigkeit orchestrierter wirtschafts- und umweltpolitischer Initiativen auf beiden Seiten des Atlantiks. Auf der Konferenz gab es kaum Zweifel, dass der gegenwärtige Verbrauch natürlicher Ressourcen zu irreparablen Schäden an den globalen Ökosystemen führt. Eine ökologische Neuausrichtung sei nicht nur dringend notwendig, sondern müsse auch möglichst schnell geschehen. Pavan Sukhdev, Geschäftsführer der Abteilung Global Markets der Deutschen Bank in Indien, wies auf die dramatischen ökonomischen Folgen der Umweltzerstörung

hin. Der fortschreitende Verlust an Biodiversität werde neuen Berechnungen zufolge bis 2050 zu einem beispiellosen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung führen. Die kürzlich vorgelegte Studie mit ersten Ergebnissen seines Projektes «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» gilt bereits als Äquivalent zum Stern-Report.

Die Zerstörung von Ökosystemen trifft ärmere Länder besonders hart und muss als eine entscheidende Ursache für wachsende Armut angesehen werden. Sukhdev forderte ein Vergütungssystem für ökologische Dienstleistungen, das auf einer globalen Kosten-Nutzen-Analyse beruhen sollte. So könnte z. B. Brasilien für den Aufwand zum Erhalt des Regenwaldes entschädigt werden, dessen globale Klimafunktion kaum zu überschätzen ist.

Max Schön, Unternehmer und Vorsitzender der Deutschen Sektion des Club of Rome, prangerte die Ausdehnung des ökologischen Fußabdrucks der Menschheit als eklatanten Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit an. Ohne einen umfassenden gesellschaftlichen Wertewandel werde sich die Zerstörung der Lebenschancen unserer Nachkommen nicht aufhalten lassen. Neben realistischeren Renditeerwartungen in der Wirtschaft forderte Schön unter anderem eine frühzeitige Vermittlung nachhaltiger Denkweisen im Bildungswesen.

In einem Punkt waren sich die meisten Redner und Rednerinnen einig: Eine rechtzeitige ökologische Erneuerung der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn sich die Innovationspotenziale und das Kapital wettbewerbsfähiger Märkte in einem umweltpolitischen Rahmen entfalten, der ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht und – wenn nötig – sogar erzwingt. Auf dem Gebiet von Umweltpolitik und ökologischen Innovationen geben heute vor allem Europa und die USA den Ton an. Insbesondere Kalifornien hat unter Gouverneur Arnold Schwarzenegger durch ambitionierte Umweltgesetze für Schlagzeilen gesorgt. Brian Prusnek, sein früherer Berater, erklärte die Schlüssel zum Erfolg: die Konzentration auf ganz konkrete ökologische Probleme des Bundesstaates; das gleichzeitige Beschreiten vieler Lösungswege; die langfristige Förderung neuer Geschäftsmodelle, um Anreize für Investitionen in nachhaltig orientierten Unternehmen zu schaffen.

Neben politischen Initiativen auf lokaler Ebene spielt in den USA vor allem die Dynamik der neuen grünen Märkte eine wichtige Rolle. Emilie Cassou, Analytikerin bei New Carbon Finance, berichtete, dass die bloße Erwartung von künftigen Gesetzen zur Begrenzung von CO_2-Emissionen bereits ausgereicht habe, um die Investitionen in saubere Energien seit 2004 rasant ansteigen zu lassen.

Bisher profitieren deutsche Unternehmen noch vom Öko-Boom in den USA. Derartige Wettbewerbsvorteile könnten in den kommenden Jahren aufgrund der erstarkenden Konkurrenz schwinden. Reinhard Bütikofer, ehemaliger Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, hielt es trotzdem für falsch, einen verschärften Wettbewerb mit den USA zu fürchten. Die zu erwartenden positiven Wettbewerbseffekte würden eine international tragfähige ökologische Erneuerung weiter beschleunigen.

Ansätze zur Verwirklichung einer ökologischen Marktwirtschaft sind heute sowohl in Europa als auch in den USA erkennbar. Europas aktuelle Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Nutzung von Umwelttechnologien wurde während der Konferenz einhellig auf die Unterstützung durch die Politik zurückgeführt. Mit einer gezielten umweltpolitischen Rahmensetzung sei eine langfristige Nachfragestruktur entstanden, ohne die die umfangreichen Investitionen in grüne Technologien kaum getätigt worden wären. In den USA ist dies, in Thorsten Herdans Worten, auf Bundesebene schlicht «verpennt» worden. Die aktuelle Diskussion über Biokraftstoffe diente vielen Referenten als Beleg für die Tendenz der Politik, auf das falsche Pferd zu setzen. Dr. Carsten Kreklau von der Hauptgeschäftsführung des BDI ging noch einen Schritt weiter und lobte freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft als ideales Werkzeug zur Förderung grüner Investitionen. Fritz Kuhn, Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und Matthias Machnig vom Bundesministerium für Umwelt widersprachen Kreklau und warfen der Wirtschaft vor, Selbstverpflichtungen durch eigene Unglaubwürdigkeit entwertet zu haben. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz zeige, dass konkrete staatliche Zielvorgaben so erfolgreich sein können, dass sie mittlerweile in anderen Ländern kopiert werden.

Ausblick: Die Projekte zur Grünen Marktwirtschaft werden 2009 fortgeführt und unter dem Titel «Green New Deal» gebündelt. Wir fragen, wie und inwieweit grüne Ideen der Wirtschaft neue Kräfte und Impulse verleihen können, die in Zeiten der Krise dringend gebraucht werden.

Dossier: «Grüne Marktwirtschaft» unter **www.boell.de**
Ausführlicher Bericht der Konferenz von Torsten Arndt sowie Mitschnitt der Konferenzbeiträge unter **www.boell.de/navigation/oekologische-marktwirtschaft-5192.html**

Tagung

Hamburg: Schule gegen Kinderarmut – Ernährung als Klassenfrage?

Prof. Hans Bertram, Humboldt-Universität zu Berlin

Birgitt Uhlen-Blucha, Ernährungsberaterin

Kinderarmut hat viele Facetten: schlechte Bildungschancen, mangelndes Selbstvertrauen, kein Geld für den Sportverein. Kinderarmut fordert die Schulen heraus, auch auf dem Gebiet der Ernährung. Arme Kinder essen ungesünder, das Wissen über und der Zugang zu guter Ernährung fehlt. Was können Schulen gegen Kinderarmut tun? Was macht eine gute Schulverpflegung aus? Auf einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung vom 21. und 22. November 2008 in Hamburg diskutierten Christa Goetsch, Bildungssenatorin, und Krista Sager, MdB Bündnis 90/Die Grünen, sowie namhafte Repräsentant/innen aus Wissenschaft und Schule die gegenwärtigen Herausforderungen an die Politik und mögliche präventive Maßnahmen an Schulen. Prof. Hans Bertram, Humboldt-Universität Berlin, sah in der verstärkten Erwerbsarbeit von Müttern und einer erfolgreichen Integrationspolitik die beste Sicherung gegen Kinderarmut. Dies funktioniere aber nur mit guten Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder, Ganztagsschulen und einem familienpolitischen Steuer- und Transfersystem, das nicht bestimmte Lebensformen von Erwachsenen belohne oder sanktioniere, sondern an der Förderung der Kinder ausgerichtet sei.

Laut Bildungssenatorin Christa Goetsch spielten Ernährungsfragen in sozial benachteiligten Vierteln eine zentrale Rolle. Sie plädierte dafür, gezielt dort zu investieren, wo die sozialen Benachteiligungen vorhanden seien. An 60 Grundschulen wolle die Bildungsbehörde ein Education-Programm anbieten, dass jungen Eltern eine Erziehungsberaterin zur Seite stellt und sie auch zum Kochen animiere.

Untersuchungen belegen, dass Schulverpflegung zur gesunden Ernährung von Kindern und Jugendlichen maßgeblich beitragen kann. Dass gesunde und kostengünstige Schulverpflegung möglich ist, zeigt ein Beispiel aus Stuttgart. Angesichts von 10.000 Kindern, die unter der Armutsgrenze leben, habe es Druck auf die Politik gegeben, so Dr. Ursula Matschke, Leiterin der Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern. Ein Zusammenschluss von Vertreter/innen der Politik, Schulen sowie Eltern bauten ein Netzwerk auf, an dem sich 16 Ganztagsschulen beteiligten. Ein Mittagessen an diesen Schulen koste lediglich ein Euro.

Prof. Thomas Olk, Universität Halle, sah in der Kinderarmut eine vielschichtige Deprivationslage, die einen Maßnahmen-Mix aus Sach-, Geld- und Dienstleistungen erfordere. Für den Erfolg unabdingbar seien die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung sowie des Unterrichtes. Schulen sollten zu Zentren werden, in denen die formale und nonformale Bildung verknüpft werde. Am Ende der Tagung stand ein entschiedenes Plädoyer für den Ausbau und die Ausgestaltung intelligenter Infrastruktur, um die Integrationspolitik für arme Kinder zu verbessern.

Die Tagung fand in Kooperation mit umdenken – Hamburg und der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein statt.

Bericht der Tagung von Peer Zickgraf unter **www.ganztagsschulen.org/10432.php**

Dossier: «Im Brennpunkt: Deutschlands arme Kinder» unter **www.boell.de**

Studie und Tagung

Berlin: Zukunft des Sozialen in Europa

Europa hat im internationalen Vergleich ein hohes Maß sozialer Sicherheit erreicht. Doch Globalisierung und unterschiedliche Wohlstandsniveaus provozieren immer wieder den Ruf nach einer gemeinsamen, europäischen Sozialpolitik. Bisher war diese in den meisten europäischen Ländern vorrangig national orientiert und auf Bestandsicherung und Insiderschutz ausgerichtet. Künftig wird es aber vor allem darauf ankommen, Strategien sozialer und wirtschaftlicher Inklusion zu entwickeln, die den neuen Herausforderungen, Risiken und Problemlagen Rechnung tragen.

Helmut Wiesenthal und Andrea Goymann beschreiben in ihrer Studie *Das soziale Europa* die relevanten Politikfelder und zeigen Optionen für eine Weiterentwicklung europäischer Sozialpolitik auf – unter besonderer Berücksichtigung der Positionen der grünen Parteien in Europa. Die Studie wurde im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung erstellt und auf einer gleichnamigen Tagung präsentiert.

Das soziale Europa. Eine Studie über die Bedingungen und Möglichkeiten grüner Sozialpolitik in Europa
Von Helmut Wiesenthal und Andrea Goymann
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Wirtschaft und Soziales – Band 3
Berlin 2008, 72 Seiten

Buchvorstellung

Berlin, Rostock, Dresden, Frankfurt/M., Köln: Peter Barnes «Kapitalismus 3.0»

Angesichts der aktuellen Krise auf den Finanzmärkten fordern viele eine Neujustierung des Kapitalismus. Wie diese aussehen könnte und welche neuen Regeln und Institutionen es braucht, beschreibt der amerikanische Publizist Peter Barnes in seinem Buch *Kapitalismus 3.0*, das 2008 mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung auf Deutsch erschienen ist. Auf einer Lesereise im Herbst 2008 stellte Barnes seine Version 3.0 des Kapitalismus vor. Barnes plädiert für die Sicherung und Stärkung der Gemeingüter – also jener natürlichen Reichtümer (u.a. Luft und Wasser, Lebensräume und Ökosysteme), die uns nicht individuell, sondern als Mitglieder einer Gemeinschaft gehören. Finanzsicherheit sei, so Barnes, ein solch schützenswertes Gemeinschaftsgut: Denn die Finanzmärkte profitierten in nie da gewesener Weise vom Gemeinwesen, von der Leistungskraft der Gesellschaft und der staatlichen Infrastruktur. Nur ein solides System transparenter Institutionen könne das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherstellen. Dafür bräuchte es staatliche und institutionelle Regelungen, wie sie der Autor etwa für den Emissionsrechtehandel einfordert: «Es wird im Kapitalismus 3.0 mehr Dinge von der Art geben, die wir tatsächlich benötigen: intakte Ökosysteme, Gemeinschaften und Kultur – und verlässliche Institutionen der Kreditvergabe und Finanzierung.»

Peter Barnes ist Unternehmer und Publizist. Er hat verschiedene erfolgreiche Firmen gegründet und war auch als Korrespondent von *Newsweek* und *The New Republic* tätig. Gegenwärtig ist er Senior Fellow am Tomales Bay Institute in Point Reyes Station, Kalifornien.

«Mir ist klar geworden, dass mich seit meinem frühen Erwachsenenalter immer eine Frage beschäftigt hat: Ist der Kapitalismus eine brillante Lösung für das Problem knapper Ressourcen oder ist er selbst das Grundproblem der Moderne? Diese Frage hat verschiedene Ebenen, deren Untersuchung hat mich jedoch immer wieder zum gleichen Urteil geführt. Obwohl der Kapitalismus als brillante Lösung begann, wurde er zum Grundproblem unserer Zeit. Er war seiner Zeit angemessen, die Zeiten aber haben sich gewandelt. Zu Beginn des Kapitalismus war Natur im Überfluss vorhanden, Kapital hingegen war knapp. Folglich war es sinnvoll, Kapital über alles andere zu stellen. Heute jedoch schwimmen wir in Kapital, während unsere natürlichen Ressourcen immer knapper werden. Auch gehen uns viele gesellschaftliche Regelungen verloren, die uns als Gemeinschaften Halt verleihen und unser Leben reicher machen, ohne dass Geld dazu erforderlich wäre. Das heißt nicht, der Kapitalismus sei zum Untergang verurteilt oder nutzlos; es heißt, dass wir ihn verändern müssen. Wir haben ihn an das 21. Jahrhundert statt an das 18. Jahrhundert anzupassen. Und dies ist machbar.
Wir aber korrigiert man ein derart unüberschaubares und komplexes System wie das kapitalistische? Und wie kann das mit Würde geschehen, mit möglichst wenig Schmerz und Zerrüttung? Die Antwort ist: Man sollte das tun, was Bill Gates getan hat – das Betriebssystem auf den neuesten Stand bringen.» Peter Barnes, *Kapitalismus 3.0*

Forum Dialog, Frankfurter Buchmesse 2008: Peter Barnes (r) bei der Vorstellung von «Kapitalismus 3.0»

Kapitalismus 3.0
Von Peter Barnes
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2008, 208 Seiten, 18,80 Euro

Das Buch wurde unter einer Creative Commons License veröffentlicht.
Download unter www. boell.de

Außen- und Sicherheitspolitik

Die außen- und sicherheitspolitische Agenda ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen. Heute stellt sich mehr denn je die Frage nach einem globalen Ordnungsrahmen, der eine friedliche Austragung von Interessengegensätzen gewährleistet, Kooperation fördert und eine Eskalation der Konfliktpotenziale verhindert. Die Entwicklung einer solchen politischen Architektur ist umso dringender angesichts der zunehmenden Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen, des Aufkommens neuer Mächte sowie der Herausforderung durch neue Formen außerstaatlicher Gewalt. Die Heinrich-Böll-Stiftung trägt dazu bei, multilaterale Lösungsansätze für die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Rolle Europas in der Welt zur Diskussion zu stellen.

Berlin, September 2008 (l–r): Ahmed Rashid, Journalist, Pakistan, John Kornblum, Senior Counselor, Botschafter a.D., und Barbara Unmüßig, Stiftungsvorstand

Ralf Fücks, Stiftungsvorstand

Außenpolitische Jahrestagung
Berlin: Werte und Interessen in der Außenpolitik

Die außenpolitische Jahrestagung vom 10.–11. September 2008 warf im Jahr der US-Präsidentschaftswahlen einen kritischen Blick auf den häufig zitierten Gegensatz von wertebasierter und interessengeleiteter Außenpolitik. Werden Werte nur vorgeschoben, um dahinter nationale Interessen zu verfolgen, oder sind Werte Grundlagen bei der Formulierung von Interessen? «Ohne Klarheit über unsere Grundwerte können wir auch über unsere Interessen keine Klarheit gewinnen», so Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Nur wenn Werte integraler Bestandteil klar definierter Interessen seien, würden sie von anderen nicht nur als leere Predigten angesehen werden.

Der pakistanische Journalist Ahmed Rashid zeigte anhand der Krisen in Afghanistan und Pakistan, wie die deutsche Außenpolitik Werte und Interessen besser miteinander vereinbaren könnte. Seine Einschätzung der Lage in Afghanistan war dramatisch. Die Taliban seien zu einem regionalen Problem geworden und könnten immense Erfolge bei der Anwerbung neuer Kämpfer verzeichnen. Warlords hätten das stillschweigende Einverständnis der Regierung, und Drogenprobleme nähmen überhand. Auch Pakistan stecke in großen Schwierigkeiten. Seiner Ansicht nach habe Deutschland versäumt, die eigene Bevölkerung darüber aufzuklären, was in der Region auf dem Spiel stehe. Die Deutschen würden weder die tatsächliche Lage kennen noch die Bedrohung, die für Deutschland daraus erwachse. Es fehle eine Debatte darüber, dass Deutschland sich aufgrund eigener Interessen in Afghanistan engagiere und nicht der Vereinigten Staaten zuliebe. Nachhaltige Verbesserungen in Afghanistan und Pakistan erforderten laut Rashid wesentliche Änderungen in Taktik und Strategie. Schwerpunkt der deutschen Bestrebungen sollten die Unterbindung der Drogenwirtschaft und die Stärkung der örtlichen Polizei sein. Rashid sprach sich auch für eine größere Truppenpräsenz aus, um ein Erstarken der Taliban in

What can Europe do in Iraq? Recommendations for a new U.S.-European collaboration
Ed. by the Heinrich Böll Foundation
Publication series on Democracy – Volume 11
Berlin 2009, 92 pages

Werte und Interessen in den internationalen Beziehungen – eine Dimension deutscher und europäischer Außenpolitik
Eine Studie von Joscha Schmierer
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zur Demokratie – Band 8
Berlin 2008, 24 Seiten

Nordafghanistan zu verhindern. Dazu müssten die Deutschen jedoch ihre Vorbehalte gegen Kampfhandlungen aufgeben.

Für Lotte Leicht, Direktorin von Human Rights Watch, spielten Werte – durch internationale Abkommen, Standards und Verpflichtungen festgeschrieben – eine direkte Rolle im politischen Gestaltungsprozess. Die EU müsse ihre Glaubwürdigkeit stärken, indem sie nicht nur Menschenrechtsverletzungen von Staaten wie Russland, China und der USA offen anspreche, sondern vor allem auch innerhalb der eigenen Grenzen Worten Taten folgen lasse. Dabei nannte sie vor allem die Verbesserung der europäischen Asylgesetzgebung.

John Hulsman vom Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen (AOZ) wies darauf hin, dass der Westen und viele Schwellenländer «nicht identische Werte» hätten. Internationaler Fortschritt in einer multipolaren Welt würde durch ein Beharren des Westens auf»universell gültigen Werten» nur erschwert.

Renate Künast, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, kritisierte die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik für ihr Versäumnis, Antworten auf den Klimawandel und die globale Nahrungsmittelkrise zu erarbeiten. Die Außenpolitik müsse ein umfassenderes Mandat erhalten und sich die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Welthandelsorganisation sowie die Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls zum Schwerpunkt setzen. Noch stehen wir keineswegs im Einklang mit den eigenen, oft bekräftigten Werten, erinnerte Renate Künast. «Wir leben das genaue Gegenteil unserer Werte. Wir leben auf Kosten anderer.»

Die Konferenz schloss mit der Übereinkunft, die Dichotomie von Werten und Interessen in der Außenpolitik zu überwinden. Ohne Klarheit über die Leitwerte deutscher und europäischer Politik seien Interessen nicht zu bestimmen. Dabei gehe es um einen Orientierungsrahmen für komplexe Entscheidungen, in denen zwischen «richtig» und «falsch» gerungen werden müsse.

Renate Künast, MdB und Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen

Die NATO in einer veränderten Welt
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zur Demokratie – Band 12
Berlin 2009, 36 Seiten

Internationale Konferenz

Beirut: Emerging Powers and the Middle East

Seit dem Ende der Blockkonfrontation wächst die Bedeutung sogenannter «(Re)Emerging Powers» (wieder-/ aufsteigende Mächte) wie Brasilien, China, Indien und Russland, denn eine Vielzahl regionaler Konflikte lassen sich ohne internationale Kooperation nicht mehr lösen. Der Krisengürtel zwischen Marokko und Zentralasien gilt bislang weitgehend als passives Objekt einer neu konfigurierten Großmachtkonkurrenz um Einflusszonen und Rohstoffe. Auf einer Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im Oktober 2008 versuchten Fachleute aus China, Deutschland, Indien, Russland, den USA und dem Mittleren Osten über die konkurrierenden Interessen in der Region Klarheit zu gewinnen. Die Referierenden betonten mehrheitlich die Potenziale und Notwendigkeit multilateraler Kooperation, übten sich jedoch in Skepsis: Klare Strategien über den Umgang mit der neuen Multipolarität scheinen weder in den USA noch unter den «Emerging Powers» selbst zu existieren. Letztere scheinen eher bemüht, der aus ihrem zunehmenden Gewicht erwachsenen Verantwortung auszuweichen. Die oft im eigenen Land delegitimierten Regime der Arabischen Welt hingegen hätten jeden Versuch zur Gestaltung der Region und ihrer Rolle in den internationalen Beziehungen längst aufgegeben. Die Konferenz fand in Zusammenarbeit mit dem Carnegie Middle East Center statt.

Paul Salem und Marina Ottaway, beide von der Carnegie-Stiftung

Konferenzbericht unter
www.boell-meo.org/en/web/538.htm

Tagung

Schmitten/Hessen: Fanatischer Schurkenstaat oder rationaler Machtstratege? Irans Rolle im Nahostkonflikt

Eine der schwerwiegendsten Folgen der US-Invasion im Irak ist der regionale Machtgewinn Irans. Der Streit um das iranische Atomprogramm und Muskelspiele am Persischen Golf nähren die Befürchtung eines neuen Führungsanspruchs des Iran und möglicher kriegerischer Auseinandersetzungen. Im Iran ist nach Jahren gescheiterter Reformbemühungen mit Ahmadinedschad ein Hardliner im Amt des Präsidenten, der den Holocaust leugnet und das Ende des israelischen Staates postuliert. In Israel weckt das iranische Streben nach Atomenergie Urängste einer existenziellen Bedrohung. Durch die engen Beziehungen

Tagungsdokumentation und weitere Beiträge in: *Vierteljahreshefte des deutsch-israelischen Arbeitskreises für den Frieden in Nahost*, Heft 4/2008
www.diak.org

Iran-Report: Mit dem Iran-Report von Bahman Nirumand stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung relevanter Ereignisse im Iran zur Verfügung. Der Report erscheint monatlich und wird als pdf verschickt.
E-Mail an **vera.lorenz@boell.de**

zu Syrien und die Unterstützung regionaler Akteure wie der schiitischen Hisbollah oder der palästinensischen Hamas ist iranische Politik direkt mit den Entwicklungen in Nahost verknüpft. Auf einer gemeinsamen Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung, des deutsch-israelischen Arbeitskreises für den Frieden in Nahost (diAK) und der Evangelischen Akademie Arnoldshain diskutierten Fachleute aus Israel, den USA, dem Iran und Deutschland die Entwicklungen in Iran und dessen Interessen in Nahost. Welche Politik betreibt der Iran und was sind die Motive? Wie real ist die Bedrohung durch den Iran? Welche Rolle spielt die US-Administration im Umgang mit dem Iran? Besonders am Thema «Verhandeln oder isolieren?» entzündete sich eine kontroverse Debatte über eine harte politische Isolationsstrategie und – angesichts eines zu erwartenden Wechsels in der amerikanischen Politik – möglichen neuen Spielräumen für Diplomatie und direkte Gespräche.

Diskussionsreihe
Nahost: Der schwierige Umgang mit dem iranischen Atomprogramm

Tel Aviv, Januar 2008 (l–r): Jörn Böhme, Emily Landau, Ralf Fücks, Ephraim Kam, Geneive Abdo und Dan Meridor.

Die nuklearen Ambitionen Irans beunruhigen die Welt – die gesamte Region des Mittleren Ostens und die Existenz Israels wäre durch eine iranische Atombombe bedroht. Diplomatische Ansätze zur Lösung des Nuklearkonflikts mit dem Iran standen im Zentrum einer zweijährigen Diskussionsreihe der Heinrich-Böll-Stiftung, bei der insbesondere regionale Nachbarn wie die Türkei und Israel Gehör fanden. Fazit war, dass eine enge transatlantische Zusammenarbeit unter Einbeziehung regionaler Akteure weiterhin der Schlüssel zur Verhinderung einer iranischen Atombombe sei. Unter den regionalen Akteuren ist nach wie vor ein tiefes gegenseitiges Misstrauen vorhanden. Zum Vertrauensaufbau müsse der Iran den Verpflichtungen aus dem atomaren Nichtverbreitungsvertrag komplett und transparent nachkommen. Als weitere Herausforderung gelte es, die ehemals blockfreien Staaten für eine aktivere internationale atomare Nichtverbreitungspolitik zu gewinnen, da die Debatte um das iranische Nuklearprogramm immer noch entlang der Konfliktlinien des Kalten Krieges verlaufe.

Podiumsdiskussion
Washington: 10-jähriges Jubiläum des Stiftungsbüros

Mit politischen Visionen für die «Zukunft der Transatlantischen Zusammenarbeit» feierte das Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung am 30. Oktober 2008 sein zehnjähriges Bestehen. In einer Podiumsdiskussion skizzierten Reinhard Bütikofer (ehemaliger Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen) und John Podesta (Leiter von Barack Obamas «Transition Team») ihre Vorstellungen amerikanisch-europäischer Kooperation unter den Vorzeichen eines neuen US-Präsidenten. Bütikofer beschrieb Möglichkeiten, um wirtschaftliche, klimatische und sicherheitspolitische Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Podesta versicherte, die Vereinigten Staaten würden sich unter Barack Obama stärker den Interessen der Internationalen Gemeinschaft verschreiben. Vor allem, so waren sich beide Redner einig, gelte es den Klimaschutz voranzubringen und die Wirtschaftskrise

Washington, Oktober 2008 (l–r): Reinhard Bütikofer, Bündnis 90/Die Grünen, Helga Flores-Trejo, Heinrich-Böll-Stiftung, Wendy Sherman, The Albright Group, John Podesta, Center for American Progress, und Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung

als Chance für grundlegende Reformen im Sinne nachhaltiger, emissionsarmer Gesellschaften zu verstehen. Nach einem überzeugenden Plädoyer für mehr Energieeffizienz und für die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems, versicherte Podesta, Barack Obama würde Klimaschutz zu einer politischen Priorität machen.

Capacity Building
Palästina: Ausbildung von Frauen zu Konfliktmediatorinnen

Die Nichtregierungsorganisation Holy Land Trust aus Bethlehem startete bereits im Jahr 2007 mit dem Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah ein Pilotprojekt für palästinensische Frauen in ländlichen Gebieten. Mehr als 100 Frauen in drei Dörfern der südlichen Westbank erhielten eine Ausbildung in gewaltfreier Konfliktbewältigung und Mediation. In einem jeweils 4-tägigen Kurs standen Themen wie Konfliktanalyse, Gewaltursachen und Gewaltlosigkeit auf der Tagesordnung. 2008 wurde das Projekt auch auf andere Regionen der Westbank ausgeweitet. Über die individuelle Schulung hinaus soll ein Netzwerk von Trainerinnen aufgebaut werden, das flächendeckend agieren kann und friedliche Konfliktbewältigungsstrategien in der palästinensischen Gesellschaft verbreitet. Die gleiche Zielrichtung verfolgt ein ähnliches Projekt der Frauen-Organisation Zakher im Gaza-Streifen. Hier steht die Arbeit mit Frauen aus den Flüchtlingslagern im Vordergrund. Sie sollen motiviert werden, bei der Regelung der vielfältigen innergesellschaftlichen Konflikte eine aktivere Rolle zu spielen. Die geplante Zusammenführung beider Projekte ist an der fast völligen Isolierung des Gaza-Streifens gescheitert. Ein intensiver Erfahrungsaustausch wurde unmöglich; auch die weiterführende Ausbildung von Frauen als Konfliktmediatorinnen im Gaza-Streifen ist gefährdet.

Konferenz
Ljubljana/Slowenien: Roadmap to 1325 – Women in Conflict Resolution

Die Resolution 1325 schreibt – völkerrechtlich bindend – vor, dass Frauen bei allen Entscheidungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik zu beteiligen sind und die Genderperspektive einzubeziehen ist. Doch gegen die Resolution wird ständig verstoßen. Das Gunda-Werner-Institut (GWI) konzentrierte sich 2008 darauf, die Umsetzung der UN-Resolution 1325 mit dem 2007 begonnenen Staffellauf durch die EU voranzutreiben. In Kooperation mit dem deutschen Frauensicherheitsrat unterstützte das GWI während der EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens im Juni 2008 eine Pan-Balkan-Konferenz der Graduate School in Humanities in Ljubljana zu Frieden, Sicherheit und Pazifismus aus der Geschlechterperspektive. Dabei tauschten sich erstmals Frauen und (wenige) Männer aus der gesamten Balkan-Region über die erlebten kriegerischen Konflikte und die damit verbundenen Kriegstraumata aus. Die Notwendigkeit einer systematischen Aufarbeitung wurde auf der Konferenz mehr als deutlich. Der Staffelstab wurde am Ende an Frankreich übergeben, doch dort erfuhr die Staffellauf-Initiative zur Umsetzung der Resolution 1325 ebenso wenig Akzeptanz wie die gesamte genderorientierte Friedens- und Sicherheitspolitik. Hier zeigt sich deutlich: Wenn es keine starken, engagierten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen vor Ort gibt, greift auch die Politik das Thema nicht auf. Anders in Montenegro: Angeregt durch die Konferenz in Ljubljana organisierte das dortige Gleichstellungsministerium zusammen mit anderen Ministerien im Oktober 2008 die internationale Konferenz «Women in Security System – UN SC Resolution 1325». Hier ging es insbesondere um die Frage der Implementierung der Resolution 1325 in den Ländern des Balkan. Auch Repräsentantinnen internationaler Organisationen wie des International Security Information Service (ISIS) und des Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) hatten Gelegenheit, die Bedeutung von genderorientierter Arbeit in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie in der Sicherheitssektorreform vorzustellen. Auch das GWI präsentierte sein Roadmap-to-1325-Konzept und die Arbeit des Frauensicherheitsrats. Auf verschiedenen Round-Table-Gesprächen auf EU-Ebene wurde das Motto: «Acting together for sustainable Peace: National Action Plans for UNSCR 1325, das inzwischen auch vom EU-Ratspräsidenten Solana – zumindest für Konfliktregionen – offensiv vertreten wird, einhellig begrüßt.

Hoffnungsträger 1325. Eine Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa
Hrsg. im Ulrike Helmer Verlag vom Gunda-Werner-Institut
Königstein/Ts. 2008, 272 Seiten, 25 Euro

Gunda-Werner-Institut

Das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie ist in der Heinrich-Böll-Stiftung ein noch sehr junges Institut. Es ist 2007 aus den vormals getrennten Einheiten – dem Feministischen Institut und der Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie – hervorgegangen. Durch den Zusammenschluss sollen die Kräfte gebündelt, Synergien hergestellt und neue politische Perspektiven entwickelt werden. Die Arbeit des Gunda-Werner-Instituts konzentriert sich auf Friedens- und Sicherheitspolitik, Geschlechterpolitiken in Europa, geschlechtergerechte Lebensformen sowie Genderberatung und Gendertraining.

Arbeitsschwerpunkte

www.gunda-werner-institut.de
– das Wissensportal des GWI

Geschlechterarrangements der Zukunft waren im Jahr 2008 eines der großen Themen des Gunda-Werner-Instituts (GWI). Hier ging es insbesondere um neue Wege zu selbstbestimmten Lebensformen, die eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Was sind die institutionellen Rahmenbedingungen für eine Realisierung selbstbestimmten Lebens? Wie müssen sozial- und steuerpolitische Regelungen für eine eigenständige Existenzsicherung aller Geschlechter im besten Fall aussehen? Die Broschüre *Soziale Sicherheit neu denken*, Ergebnis u. a. von Fachgesprächen, zeigt neue Ansätze auf und analysiert die Konzepte «Grundsicherung und Grundeinkommen» aus Geschlechterperspektive. Die Publikation stieß auf große Resonanz und liegt bereits in zweiter Auflage vor.

Dossier zur Grundsicherungsdebatte aus feministischer Sicht unter **www.boell.de**

Mehr zum CEDAW-Alternativbericht unter **www.frauenrat.de**

Am 15. Dezember 2008 übergab der Deutsche Frauenrat in Kooperation mit dem GWI dem CDU-geführten Bundesfrauenministerium den Alternativbericht zum «6. Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau» (CEDAW). Der Alternativbericht, vom Deutschen Frauenrat und einer Allianz von 28 Nichtregierungsorganisationen erstellt, erteilte der Bundesregierung schlechte Noten. Die Liste der Kritikpunkte ist lang: Sie reicht von Mängeln bei der Antidiskriminierungspolitik bis hin zu «peinlichen Rollenstereotypen in Werbung und Medien». Auf dem Arbeitsmarkt seien Arbeitnehmerinnen nach wie vor erheblich benachteiligt. Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen würden nicht greifen, zudem mangele es noch immer an einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung. Ebenso fehlten Gleichstellungsmaßnahmen für Lesben, Schwule, intersexuelle und transsexuelle Menschen. Für das GWI zeigt sich hier deutlich, dass Gleichstellungspolitik in Deutschland neue Impulse benötigt. Dazu gehören z. B. die nachhaltigere Umsetzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und die Anwendung von Instrumenten wie Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. Geschlechterfragen müssen wieder in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden.

Soziale Sicherheit neu denken
Ein Policy Paper von Susann Worschech
Schriften des Gunda-Werner-Instituts – Band 4
2. Auflage, Berlin 2009, 52 Seiten

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des GWI ist die Friedens- und Sicherheitspolitik. In Kooperation mit dem Frauensicherheitsrat (FSR) und der Hertie School of Governance fand am 18. Juni die Veranstaltung «Geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik im Spiegel von Bundesregierung und Frauensicherheitsrat» statt. Brauchen wir einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325? Dies war die Kernfrage, die vor dem Hintergrund des Berichts der Bundesregierung zur UN-Resolution 1325 und des FSR-Schattenberichts von Politikerinnen und Politikern sowie Repräsentantinnen des Frauensicherheitsrates erörtert wurde. Die Teilnehmenden verständigten sich über Strategien zur Umsetzung der UN-Resolution, die verschiedene Perspektiven der Bundestagsfraktionen und der Repräsentanten und Repräsentantinnen der Zivilgesellschaft einschloss. Enttäuschend war jedoch, dass keiner der zuständigen männlichen Fachpolitiker der verschiedenen Fraktionen erschienen war.

Im Herbst 2008 stimmte der Bundestag über die Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents in Afghanistan ab. Angesichts der bevorstehenden Entscheidung veranstaltete der

deutsche Frauensicherheitsrat im Oktober 2008 in Bonn unter Federführung des GWI eine Diskussion zum Thema. Engagiert und kontrovers diskutierten Selmin Caliskan, medica mondiale, Sidiqa Faizy, Verein der demokratischen Frauen Afghanistans, Yahaya Wardak, Afghanistan Information Center, und Günter Schellmann, Oberstleutnant der Bundeswehr, die Frage, was die Beteiligung der Bundeswehr für die Frauen und Menschenrechte dort bringt. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem «Zentrum für Entwicklungsforschung» der Universität Bonn statt.

40 Jahre Neue Frauenbewegung

Geschlechterdemokratie und Feminismus weiterdenken – gemäß dieser Programmatik veranstaltete das GWI in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum und der Heinrich-Böll-Stiftung NRW vom 12.–14. Juni 2008 in Bochum die Konferenz »Frauenfragen sind Männerfragen sind Geschlechterfragen? 40 Jahre Neue Frauenbewegungen. Und jetzt?» Der Titel war Programm. Nicht mehr nur «Frauen» tragen die Verantwortung für den Kampf und das Ringen um Geschlechtergerechtigkeit, sondern alle Geschlechter. Über 100 Teilnehmende (zu dreiviertel Frauen) analysierten die Entwicklungen und Veränderungen der neuen Frauenbewegungen mit Blick auf geschlechterpolitische Positionierungen der sog. «neuen» Männer und diskutierten die Herausforderungen der Zukunft. Die lebhaften Debatten zeigten, dass die Themen an Brisanz nichts verloren haben.

Dem Dialog und einer Schärfung der Positionen insbesondere zwischen den unterschiedlichen Generationen, die sich für feministische und gender-relevante Positionen engagieren, diente auch die Online-Debatte «Was ist der Streit wert?» Sogenannte Alphamädchen, Alt-und Jungfeministinnen sowie emanzipativ orientierte Männer lieferten kontroverse Beiträge und eröffneten neue geschlechterpolitische Perspektiven.

Konferenzbeiträge zu «40 Jahre Neue Frauenbewegungen» unter **www.gunda-werner-institut.de/de/web/22_1224.htm**

Online-Debatte unter: **www.boell.de/demokratie**

Green Ladies Lunch

Ins mittlerweile achte Jahr ging das «Green Ladies Lunch» mit Claudia Roth als Schirmfrau. Die Reihe richtet sich zwecks Vernetzung und Agenda-Setting gezielt an Frauen aus dem grünen Politikfeld und an das feministische Milieu. Erfreulich ist die Teilnahme von vielen jungen Frauen. Die Themen orientieren sich an den Schwerpunkten des GWI und an aktuellen politischen Problemstellungen. Unter dem Titel «Zwischen Pop und Partei» ging es 2008 z. B. um Politikerinnen in der Repräsentationsfalle zu Zeiten des Wahlkampfes. Ein weiteres Ladies Lunch widmete sich der aktuellen Antidiskriminierungspolitik (siehe Beiträge im Internet: www.glow-boell.de). Zwölf Landesstiftungen führen dieses Format in leicht abgewandelter Form inzwischen als «Ladies Lunch on Tour» fort.

Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse

In Kooperation mit dem Netzwerk «Forum Männer» werden auf zwei Fachtagungen jährlich geschlechterpolitisch relevante Themen aus männerpolitischer Perspektive diskutiert und bearbeitet. Auf große Resonanz stieß die in Zusammenarbeit mit der Berliner Fachrunde Jungenarbeit durchgeführte Tagung «Jungen – die schwachen Starken? Eine gesellschaftliche, politische und pädagogische Herausforderung». Jungen gelten allgemein als weniger fleißig, weniger angepasst und viel gewalttätiger als Mädchen. Um männliche Schüler besser zu fördern – so eine Forderung der über 100 Teilnehmenden –, sollten Lehrer/innen die guten Erfahrungen mit geschlechtersensiblen Konzepten aus der Jungen- und Jugendarbeit aufgreifen. Auf der Tagung wurden Projekte und modellhafte Ansätze vorgestellt wie z. B. «Neue Wege für Jungs», ein Netzwerk von Initiativen zur jungengerechten Berufs- und Lebensplanung. In Wahlkämpfen fordern Politiker immer wieder Sanktionen wie Erziehungscamps oder gar die Ausweisung von straffälligen Migranten ohne deutschen Pass. Männliche Jugendliche werden gerade nach spektakulären gewalttätigen Vorfällen pauschal als Problemfälle wahrgenommen. Reflektierte Jungenarbeit hingegen – das wurde sehr deutlich – sucht Bezugspunkte in den vielfältigen Lebenswirklichkeiten ihrer Zielgruppe. Einen wichtigen Schritt für die Zukunft sahen die Teilnehmenden darin, Strukturen zu schaffen, die multiple Anerkennungsmöglichkeiten vorsehen.

Männer laden ein: Geschlechterdialoge
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften des Gunda-Werner-Instituts – Band 5
Berlin 2008, 24 Seiten
Download unter www.geschlechterdialoge.de

Filme und Beiträge zur Forums-Tagung «Männer laden ein: Geschlechterdialoge» sind auch als DVD erhältlich.

Globale Geschlechterpolitik

Geschlechterpolitik sowie feministische Analysen und Strategien haben in der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung einen festen Platz und einen besonderen Stellenwert. Geschlechterpolitik ist eines ihrer wichtigsten politischen Markenzeichen – auch und vor allem in der Auslandsarbeit. In der Organisationsentwicklung ist die Stiftung deshalb Vorreiterin und Vorbild für viele andere Organisationen geworden.

CEDAW-Schattenbericht
Nigeria: Anti-Diskriminierungskonvention in Nigeria

In Nigeria haben als «traditionell» verstandene oder legitimierte Geschlechterrollen eine erhebliche Bedeutung – weit mehr als in anderen afrikanischen Ländern. Noch immer sind traditionelle Praktiken wie die Genitalverstümmelung, erniedrigende Witwenriten oder die Benachteiligung von Frauen im Erbrecht weit verbreitet. Und das, obwohl Nigeria 1985 vorbehaltlos die Konvention der UN zur Abschaffung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen (CEDAW) ratifizierte. Bislang wurden aber keine Schritte unternommen, um diese international verbindlichen Verpflichtungen national umzusetzen. Im Gegenteil: Im Jahr 2007 ließ das Parlament eine darauf abzielende Gesetzesvorlage mit der Begründung scheitern, die CEDAW-Bestimmungen über reproduktive Selbstbestimmung seien nicht mit der nigerianischen Kultur zu vereinbaren und würden westliche Übel wie Abtreibung und Prostitution im Lande verbreiten.

Im Juli 2008 war Nigerias offizieller CEDAW-Bericht vor der UN fällig. Diesem offiziellen Bericht stellte die Organisation Women's Aid Collective (WACOL) mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung einen Schattenbericht gegenüber, der den Ausschussmitgliedern vor der eigentlichen Anhörung der Regierungsdelegation in einem separaten Briefing erläutert wurde. Aus dem Bericht geht hervor, dass das Nebeneinander verschiedener Rechtsprechungen (traditionelles, islamisches und Bundes- bzw. Landesrecht) eine Abschaffung von Diskriminierungen erschwert, solange Geschlechtergerechtigkeit nicht ausdrücklich in der Verfassung niedergeschrieben wird. Als Erfolg kann gewertet werden, dass die in Nigeria umstrittene «Nudity Bill», die Frauen das Tragen «züchtiger» Kleidung vorschreiben wollte, aufgrund des Drucks des CEDAW-Ausschusses zurückgezogen wurde. Die nigerianische Regierungsdelegation verpflichtete sich, bei den anstehenden Verhandlungen zur Wahlrechts- und Verfassungsreform auf die Umsetzung der Empfehlungen zu achten. Die Frauenorganisationen sind nun dabei, einen Aktionsplan auszuarbeiten, wie CEDAW erfolgreich in nationales Recht umgesetzt werden kann. Zudem wird sich Gender and Development Action (GADA), eine Partnerorganisation der Stiftung, verstärkt bei der Debatte um eine geschlechtergerechte Verfassungsreform einbringen.

Studie
Kambodscha: Women and Land Registration

Indigene Bäuerin im Norden Kambodschas

Seit der Zerstörung aller Grundbuch- und Katasterunterlagen durch die Roten Khmer ist die Sicherung von Landbesitz und Landnutzungsrechten für die mehrheitlich ländliche Bevölkerung Kambodschas von besonderer Bedeutung. Mit Hilfe internationaler Geber initiierte die kambodschanische Regierung Ende der 90er Jahre einen umfassenden Landreformprozess. Mehr als 1,5 Mio. Landtitel wurden seither an private Landeigner vergeben; zum Teil an einzelne Männer und Frauen – zu 70 Prozent aber gemeinschaftlich als «joint land title» an beide Eheleute. Laut Regierung und Gebern beweist diese Statistik, dass die Rechte von Frauen bei der Landregistrierung gesichert sind. Eine von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Studie zeigt jedoch, dass die Vergabe von «joint titles» Frauen faktisch oft zum Nachteil gerät. So wurde das Land vieler Frauen, die seit Jahren von ihren

Ehemännern getrennt bzw. geschieden leben, teilweise ohne ihr Wissen als gemeinsamer Besitz registriert. Die Studie gilt unbestritten als eine der wenigen Arbeiten, die die Frage der Landreform aus der Geschlechterperspektive betrachtet. Während Vertreter des Ministeriums für Landmanagement die Ergebnisse der Studie zurückweisen, haben die Frauenministerin sowie verschiedene lokale NGOs und internationale Geber zugesagt, die Empfehlungen zur Sicherung der Landrechte von Frauen weiterzuverfolgen!

Women's Perspectives: A Case Study of Systematic Land Registration in Cambodia
By Mehrak Mehrvar, Chay Kimsor and My Sambath
Phnom Penh 2008, 51 pages
Download: www.boell-cambodia.org

Projekt
Israel: Mehr Mobilität für arabische Frauen

Die Mehrheit der arabischen Frauen in Israel besitzt kein eigenes Auto. Durch den Mangel an öffentlichen Verkehrsmitteln in arabischen Ortschaften ist ihre Mobilität erheblich eingeschränkt. Hier liegt einer der Gründe für ihre geringe Erwerbstätigkeit, ihren Ausschluss von öffentlichen Dienstleistungen sowie dem öffentlichen Leben überhaupt. «Frauen fordern Mobilität» – mit diesem Projekt will die Organisation Kayan, unterstützt von der Heinrich-Böll-Stiftung, den Aufbau öffentlicher Verkehrsmittel in arabischen Städten und Dörfern Israels vorantreiben. Kayan organisiert lokale Interessengruppen, die Männer und Frauen für die Folgen der Mobilitätseinschränkung sensibilisieren. Aus einer privaten Initiative heraus wurde bereits eine Busverbindung in die Ortschaft Mghar eingerichtet. Auch gegenüber nationalen und lokalen Behörden tritt Kayan für den Aufbau öffentlicher Verkehrsmittel ein. Im Jahr 2007 erreichte die Organisation eine Zusage des Verkehrsministeriums für die Einrichtung öffentlicher Verkehrsmittel für zunächst zehn arabische Städte und Dörfer. Im Jahr 2008 bereiteten beide die Umsetzung vor, indem sie die Mobilitätsmuster innerhalb der Bevölkerung analysierten und den öffentlichen Nahverkehr entsprechend konzipierten.

Mobilty among Arab Women in Israel
By Tamar Keinan and Dorit Bar
Published by Kayan
Haifa 2007, 40 pages

Die Studie untersucht erstmals die persönlichen, politischen und sozioökonomischen Implikationen der eingeschränkten Mobilität arabischer Frauen.
Download: www.boell.org.il

Dokumentarfilm und Diskussionsreihe
Türkei: Unterstützung der LGBT-Bewegung

Noch immer ist die türkische Gesellschaft mehrheitlich ausgesprochen homophob. Jede Form von Sexualität jenseits der Heterosexualität gilt gemeinhin als krank. Lesben, Schwule, Bi- oder Transsexuelle (LGBT) sind in der Türkei entsprechend mit Repressionen, Schikanen und Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Es gehört folglich Kraft und Mut dazu, sich zu seiner nicht-heterosexuellen Identität zu bekennen. Auch die Menschenrechtsbewegung der Türkei hat einige Jahre gebraucht, bis sie die Anliegen der LGBT-Bewegung auch als die ihren begriffen und akzeptiert hat. Um auf die Probleme von LGBT in der Türkei aufmerksam zu machen, unterstützte die Heinrich-Böll-Stiftung im Sommer 2008 eine Seminar- und Diskussionsreihe der Organisation KAOS-GL in Ankara und ein Dokumentarfilmprojekt über das Leben der Transsexuellen Esmeray.

www.kaosgl.org

Projekt
Belgrad: «Frauen in Schwarz»

In Serbien gewinnt die traditionalistisch-konservative Orthodoxe Serbische Kirche zunehmend Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Ein Projekt der Belgrader «Frauen in Schwarz», einer langjährigen Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung, widmete sich dem Problem des neu erstarkenden Fundamentalismus aus feministischer Perspektive. Die Formate waren vielfältig: öffentliche Protestaktionen, Vorträge und Podiumsdiskussionen, Dokumentar- und Spielfilme über die Instrumentalisierung von Tradition, Religion und Ethnizität sowie Formen des weiblichen Widerstands. In einer groß angelegten Feldstudie zu «Retraditionalisierung und Fortpflanzungsrechte» wurden erstmals serbische Frauen in repräsentativer Zahl (978 Interviewte in 55 Kommunen) zu diesen Themen befragt. Auch Publikationen sind mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung erschienen, u. a. eine serbische und bosnische Übersetzung von Marieme Helie Lucas' Buch *Fundamentalisms today – feminist and democratic approaches*, eine Broschüre zu «Friedensaktivismus in den Religionen» sowie «Feministische Friedensagenda – Säkularität und Frauen».

Demonstration der «Frauen in Schwarz» mit den Parolen: «Wir wollen nicht zurück in die Vergangenheit», «Globalisieren wir die Menschenrechte» und «Wir wollen nach Europa».

Bildung und Wissenschaft

In einer zunehmend auf Wissen aufgebauten Gesellschaft spielt Bildung eine überragende Rolle. Der Zugang zu Bildung wird zur Frage der Gerechtigkeit schlechthin. Die Heinrich-Böll-Stiftung sucht Wege für eine zukunftsfähige Bildungspolitik, die den Menschen gesellschaftliche Teilhabe und soziale Aufstiegschancen ermöglicht und die zugleich den gewandelten Anforderungen des Wirtschaftssystems Rechnung trägt.

Konferenz
Hamburg: Schule mit Migrationshintergrund

Internationale Studien zeigen: Auch Schulen mit einem hohen Anteil an Migrantenkindern können erfolgreich sein.

Schulen mit einem hohen Anteil an Migrantenkindern gelten als problematisch und wenig effizient. Neueste internationale Studien aber zeigen, dass «Schulen mit Migrationshintergrund» durchaus erfolgreich sein können. Auf einer internationalen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im Februar 2008 an der Universität Hamburg diskutierten Wissenschaftler/innen und Lehrer/innen über die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit Schulen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen erfolgreich Bildung vermitteln und soziale Integration leisten können.

Die Konferenz zeigte, dass Migration und Diversität für Schulen nicht zum Verhängnis werden, solange sie als Gestaltungsaufgabe angenommen und alle relevanten Beteiligten miteinbezogen werden. Die Einflüsse auf Bildungsprozesse sind durchaus vielfältig: Schulstruktur, Organisation von Schule und Unterricht, Elternhaus und Peergroup. Dort liegen Potenziale, die genutzt werden können – damit letztlich jedes Kind die Chance bekommt, individuelle Fähigkeiten optimal zu entwickeln. Die auf der Konferenz vorgestellten Praxisbeispiele zeigten, wie sich Schulen verändern können, und bewiesen, dass auch in sozial schwierigen Lagen und einer kulturell und sprachlich äußerst heterogenen Schülerschaft ein gutes Schulklima, hervorragende Leistungen und ein aktive Elternbeteiligung erreichbar sind. Pädagogik kann politische Reformen zwar nicht ersetzen, aber ihr Handlungsspielraum ist auf der Hamburger Konferenz auf vielfältige Art und Weise deutlich geworden. Und die Reaktionen aus dem Publikum haben gezeigt, dass der Wille zur Veränderung da ist. Er muss jedoch ermutigt und unterstützt werden.

Roundtable
Berlin: Die Zukunft der Berufsausbildung in Deutschland

Im Juni 2008 luden das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) und die Heinrich-Böll-Stiftung grüne Politiker/innen sowie Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft zu einem Roundtable-Gespräch ein. Dabei ging es um Fragen der Bildungspolitik in Bezug auf die Zukunft der beruflichen Ausbildung in Deutschland. Dieser wird eine anhaltende Leistungsfähigkeit und ein hohes internationales Ansehen attestiert. Entsprechend der anerkannten Qualität sollte nach Ansicht der Teilnehmenden das Prinzip der parallelen Ausbildung in Betrieb und Schule auch künftig das Herzstück der Berufsbildung bleiben. Das duale Lernen biete die richtige Mischung aus Reflexion und praktischer Anwendung. Die gesellschaftliche Integrationsleistung des dualen Systems sei dabei ebenso wichtig wie dessen wirtschaftliche Funktion.

Die Meinungen gingen jedoch auseinander, als es um notwendige Strukturanpassungen des dualen Systems ging. Dass es Reformbedarf gibt, war dabei unbestritten. Demographische Veränderungen, wirtschaftlicher Strukturwandel und die Internationalisierung der Wirtschaft haben dazu geführt, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und ein entsprechendes betriebliches Angebot weit auseinandergehen. Viele Bewerberinnen und Bewerber, die keinen Ausbildungsplatz finden, landen heute in einem staatlichen Übergangssystem – einer ineffizienten und teuren Warteschleife. Die Vorschläge zur Lösung

der strukturellen Missstände reichten von allgemeinen Reformen des Bildungswesens über die Stärkung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die eng mit Betrieben zusammenarbeiten, bis hin zu Plänen für die Einführung von Ausbildungsmodulen, die aufeinander aufbauen und schrittweise zu einer vollwertigen Lehrausbildung führen. In eine ähnliche Richtung gehen die Vorschläge der Europäischen Kommission, die die europaweite Mobilität von Auszubildenden und Arbeitnehmern steigern sollen. Erste institutionelle Schnittstellen zwischen nationalen Systemen der Berufsausbildung wurden bereits geschaffen. Deutschland wird sich diesen Entwicklungen langfristig nicht entziehen können.

Bieten die anstehenden Reformen eine Chance, die rigide Struktur des dualen Systems aufzulockern, oder droht die «Schmalspurausbildung»? – darüber gingen die Meinungen weit auseinander. Die Vertreter der Wirtschaft sahen den maßgeblichen Grund der Ausbildungsmisere in einem Mangel an ausbildungsfähigen Lehrlingen. Gerade das Handwerk leide darunter, dass viele Schüler mit guten Abschlüssen eine akademische Ausbildung bevorzugen. Durch eine verstärkte Anwerbung leistungsstarker Schulabgänger/innen sollte dem künftig entgegengewirkt werden. Darüber hinaus bedürfe es einer Neuordnung der Beziehungen zwischen Beruf und Hochschule: Für viele Unternehmen sei es aus betriebswirtschaftlicher Sicht entscheidend, die wissenschaftliche Ausbildung ihres Personals zu gewährleisten und es an sich zu binden. Dies werde jedoch durch die Abschottung der Hochschulen gegenüber Facharbeitern und Handwerkern verhindert. Die Einführung eines «Berufsabiturs» sollte deshalb künftig auch Nicht-Abiturienten ermöglichen, sich nach einer erfolgreichen Lehre an Hochschulen akademisch weiterzubilden.

Studie

Schulkommission «Leistung statt Herkunft»

Das gegenwärtige deutsche Bildungssystem ist ungerecht. Vor allem Kinder und Jugendliche aus schwierigen sozio-ökonomischen Verhältnissen laufen heute Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Bildungsarmut ist erblich geworden. Viele Kinder und Jugendliche bleiben auf der Strecke, darunter insbesondere jene mit Migrationshintergrund. Obwohl dieses Problem mehr als bekannt ist, gibt es kaum wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.

Mitglieder der Schulkommission: Hans-Jürgen Kuhn (Vorsitz), Professor Dr. Martin Baethge, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Helmut Fend, Priska Hinz, MdB, Sylvia Löhrmann, MdL, Dr. Andreas Poltermann, Cornelia Stern, Professor Dr. Heinz-Elmar Tenorth und Sybille Volkholz.

Die Schulkommission der Heinrich-Böll-Stiftung hat nach einjähriger Arbeit im November 2008 ihre Ergebnisse zur Neuausrichtung des deutschen Bildungssystems vorgelegt. In der Empfehlung «Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf» stellt die Bildungskommission die Förderung der sogenannten Risikogruppe in den Mittelpunkt. Gerade die Konzentration auf diese Gruppe, der immerhin 20 Prozent aller Schülerinnen und Schüler angehören, eröffnet Reformstrategien für das gesamte Schulsystem, da Lösungsvorschläge für diese Gruppe Verbesserungen in der Förderfähigkeit der Schulen insgesamt nach sich ziehen.

Die Schulkommission empfiehlt unter anderem die Realisierung eines Konzepts der Förderung von Lernen und Kompetenzentwicklung im Lebenslauf. Denn in jeder Lebensphase kann es bei Entscheidungen über den weiteren Bildungsverlauf zu selektiven Chancenzuweisungen kommen, die nicht durch die Leistung gerechtfertigt sind. Dies erfordere vor allem eine Stärkung der institutionellen Durchlässigkeiten, die Ermöglichung von Wiedereinstiegen und die Gestaltung von Bildungsgängen nach dem Prinzip «kein Abschluss ohne Anschluss».

Eine weitere Empfehlung ist die Ausrichtung auf systemische Ansätze, die sowohl die Unterstützung der Eltern, die Förderung in Kindertageseinrichtungen und Schule als auch die Gestaltung durchlässiger Bildungswege mit flexiblen Übergängen ins Zentrum rücken. In Bezug auf schulische Instrumente empfiehlt die Schulkommission u. a. mehr motivierend gestaltete Lern- und Bildungszeiten verbunden mit besserer und flexibler Nutzung der schulisch vorhandenen Zeit. Für die Kinder und Jugendlichen der Risikogruppe müsse durch Ausweitung des Ganztagsangebots, durch Angebote an Wochenenden oder in den Ferien zusätzlich mehr Lebenszeit für das formelle Lernen genutzt werden.

Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf
Damit Bildungsarmut nicht weiter vererbt wird
Eine Empfehlung der Schulkommission der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2008, 40 Seiten
Download: www.boell.de/bildung

Migration und Interkulturelles Management

Für die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine positive Einstellung gegenüber kultureller Vielfalt und eine verbindliche Haltung gegenüber den Grundwerten und Regeln der Demokratie kein Gegensatz. Sie bilden gemeinsam das Fundament einer multikulturellen Republik. Diesem Leitbild ist die Heinrich-Böll-Stiftung verpflichtet. Das gilt für unsere politische Bildungsarbeit im In- und Ausland wie für unsere Organisationskultur. Es geht um Chancengleichheit und um die politische, ökonomische und soziale Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft.

Internationale Konferenz und Policy Paper
Berlin: European Governance of Migration

www.migration-boell.de – die migrationspolitische Website der Heinrich-Böll-Stiftung bietet Dokumentationen, Dossiers und weitere Informationen zum Projekt «European Governance of Migration»

Jean d'Cunha, UNIFEM-Regionaldirektorin für Ost- und Südostasien

Rita Süssmuth, vormaliges Mitglied der «Global Commission on International Migration»

Internationale Migration gehört heute zur zentralen Herausforderung vieler Gesellschaften. Die offizielle UN-Statistik weist nahezu 200 Millionen Migranten und Migrantinnen aus. Rund 56,1 Millionen davon leben in der Europäischen Union (7,7 Prozent der gesamten europäischen Bevölkerung). Diese Zahlen machen deutlich, welche Dimension das Phänomen Migration sowohl für die Herkunfts- als auch für die Empfängerstaaten hat. Insbesondere die EU-Staaten sind auf eine kontinuierliche Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen, um Volkswirtschaften und Lebensstandards aufrechterhalten zu können. Nationalstaaten allein können die Herausforderungen von Migration kaum bewältigen. Eine zeitgemäße Migrations- und Integrationspolitik kann daher nur eine europäische sein: Sie muss in die entstehende europäische Wirtschafts- und Sozialagenda integriert werden. Der internationale Kongress «European Governance of Migration» vom 17.–19. September führte anerkannte Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus Europa, Nordamerika, Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen. Die dreitägige Konferenz war als Expertenforum konzipiert und diente dem Austausch über Handlungsspielräume zur Gestaltung einer kohärenten Migrationspolitik und Möglichkeiten der Kooperation. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte die Heinrich-Böll-Stiftung das Policy Paper «Die Zukunft der europäischen Migrationspolitik» in Auftrag gegeben. Der Autor der Studie, Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik, zieht darin eine Bilanz der bisherigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik und diskutiert vor dem Hintergrund aktueller Migrationstrends die Perspektiven einer künftigen gemeinsamen europäischen Politik. Sein Fazit: Sachlich betrachtet gibt es keine Alternative zu einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit, die sich – seiner Handlungsempfehlung folgend – auf folgende Punkte beziehen sollte:

1. Defizite der bisherigen Regelungsinstrumente erkennen
2. Bedarf an ausländischen Arbeitskräften nachweisen
3. Einen «roten Teppich» für hoch Qualifizierte ausrollen
4. Ein nachfrageorientiertes Verfahren für Qualifizierte entwickeln
5. Transparente Regelungen für gering Qualifizierte finden
6. Einen einheitlichen Rahmen für die Arbeitsmigration gestalten
7. Über künftige Herkunftsgebiete nachdenken
8. Entwicklungspolitische Folgen beachten
9. Integrationsbemühungen stärken, auch für temporäre Zuwanderer
10. Durch geregelte Arbeitsmigration den Flüchtlingsschutz stärken

Angenendt, dessen Policy Paper auf der Berliner Konferenz vorgestellt wurde, äußerte sich skeptisch gegenüber den Bemühungen der amtierenden EU-Ratspräsidentschaft um

einen gemeinsamen Pakt für Einwanderung und Asyl. Er bezweifelte, dass die aktuellen Vorschläge in die richtige Richtung gingen. Die diskutierten Pläne spiegelten vor allem den Versuch wider, irreguläre Zuwanderung zu reduzieren und die EU-Außenkontrollen zu verstärken.

Die Ergebnisse der Konferenzdebatten wurden als Politikempfehlungen an die UN-Konferenz «Global Forum on Migration and Development» nach Manila übermittelt.

Die Berliner Konferenz «European Governance of Migration» fand mit Hilfe einer breiten Allianz von Kooperationspartnern statt. Neben der Robert-Bosch-Stiftung waren langfristige Partner der Heinrich-Böll-Stiftung wie das British Council, die U.S.-Botschaft und die Kanadische Botschaft beteiligt.

Steffen Angenendt, Autor der Studie «Die Zukunft der europäischen Migrationspolitik»

Reihe
Berlin: Interkulturalität & Politik

Kulturelle Vielfalt, Integration, Multikulturalität, Islam und Parallelgesellschaft sind einige der Stichworte, die in Zusammenhang mit der Einwanderungsgesellschaft die öffentliche Diskussion dominieren. Die Reihe «Interkulturalität und Politik» nimmt aktuelle Kontroversen zu diesen Themen auf und lädt prominente Gäste ein, ihre Positionen darzulegen. Den Auftakt machte im Februar die Veranstaltung «Identität im Konflikt» mit Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Er setzte sich mit den Begriffen Pluralismus, Identität und Menschenrechte auseinander. Den Kritikerinnen und Kritikern des Multikulturalismus, die darin die Ursache für das Fortbestehen undemokratischer Strukturen in Teilen der Migranten-Communities sehen, setzte Bielefeldt entgegen, dass die Menschenrechte mit dem Recht auf Selbstbestimmung ausdrücklich auf die Freisetzung von Pluralismus – auch eines kulturellen Pluralismus – angelegt seien. Daher stelle sich die Frage, ob in einer multikulturellen Gesellschaft Konflikte zwischen Menschenrechten, einer Politik der kulturellen Vielfalt sowie den individuellen Grundrechten tatsächlich unvermeidbar seien.

Jutta Limbach, ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, referierte im April über die Frage, was die multikulturelle Republik zusammenhalte und wo die Grenzen der Toleranz liegen. Was vor über 40 Jahren aus einer ökonomischen Notwendigkeit heraus entstand, habe zwischenzeitlich die soziale, politische, demographische und ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend verändert. Deutschland sei ein Einwanderungsland, so Jutta Limbach. Die zentrale Frage sei längst nicht mehr, ob das Zusammenleben von Menschen verschiedener Muttersprachen, ethnischer und religiöser Herkunft und unterschiedlicher Lebensstile möglich sei, sondern wie es in Zukunft gestaltet werden könne.

Bassam Tibi, der mit seinen umstrittenen Forderungen zur Integration von Migranten in Deutschland und durch Begriffe wie «europäische Leitkultur» und «Euro-Islam» bekannt wurde, diskutierte und stritt im Oktober über die Sichtbarkeit und Partizipation von deutschen Intellektuellen mit Migrationshintergrund. Eine seiner zentralen Thesen war: Auch wenn die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund auf verschiedenen Entscheidungsebenen stetig zunimmt, so werden sie im Großen und Ganzen öffentlich kaum wahrgenommen. Ihre Rolle als Vorbilder sei kaum von Bedeutung. Nicht zuletzt aufgrund von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und begrenzter Karrierechancen seien zahlreiche Hochqualifizierte zudem – unter ihnen Bassam Tibi selbst – gezwungen, Deutschland in Richtung Herkunftsländer oder andere Einwanderungsländer zu verlassen.

Die Zukunft der europäischen Migrationspolitik – Triebkräfte, Hemmnisse und Handlungsmöglichkeiten
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zu Europa – Band 4
Berlin 2008, 72 Seiten

Reihe
Deutschland: Grün trifft Grün

Mit ihrer Reihe «Grün trifft Grün» sucht die Heinrich-Böll-Stiftung regelmäßig den Dialog mit Muslimen und Musliminnen. In Kooperation mit der «Muslimischen Akademie in Deutschland» und dem «Arbeitskreis Grüne MuslimInnen» lädt sie Vertreter/innen aus Wissenschaft, Politik sowie der muslimischen Gemeinde an einen Runden Tisch, um über aktuelle oder grundsätzliche Fragen der Integrationspolitik zu diskutieren. Im Jahr 2008 ging es um Religiosität und Identität, hier insbesondere um die zunehmende Religiösität unter Jugendlichen, sowie um die wachsende Bildungselite und deren Rolle als Vorbilder.

Nachwuchsförderung

Studienwerk

Maryna Rakhlei, geboren in Minsk/Belarus, arbeitet seit 2004 als Außenpolitikredakteurin bei der unabhängigen weißrussischen Presseagentur BelaPAN. Nach dem Studium der Literatur und Fremdsprachen in Minsk war sie als Dolmetscherin, freie Journalistin und Fremdsprachenlehrerin tätig. Von 2006 bis 2007 forschte sie mit einem Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema «Weißrussisch-deutsche Beziehungen auf dem Gebiet von Bildung und Wissenschaft» im Rahmen des Europäischen-Jornalisten-Fellowship-Programms an der FU Berlin.

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland sowie aller Hochschultypen. Neben einem Stipendium bietet die Stiftung individuelle Beratung, Qualifizierung und Vernetzungsmöglichkeiten an. Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken, ihre Potenziale zu erkennen und zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität untereinander, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte weltweit. Um junge Menschen schon früh zu erreichen, können sich bereits Abiturienten und Abiturientinnen um ein Stipendium bewerben. Nach einem erfolgreich durchlaufenen Auswahlverfahren können sie ab dem ersten Semester gefördert werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung kombiniert in der Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben hervorragenden Schul- bzw. Studienleistungen erwartet sie von ihren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie «über den eigenen Tellerrand schauen», dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen und sich gesellschaftspolitisch engagieren. Aus rund 1500 Bewerbern und Bewerberinnen im Jahr 2008 wählte das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung in einem dreistufigen Auswahlverfahren 250 aus. An der Auswahl sind rund 300 ehrenamtlich arbeitende Juroren und Gutachterinnen aus Hochschulen und dem weiteren Stiftungsumfeld beteiligt.

Förderschwerpunkte und Finanzierung

Im Jahr 2008 konnten insgesamt 838 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 666 Studierende und 166 Promovierende. Die Stipendien wurden überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert: 738 aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, 94 aus Mitteln des Auswärtigen Amtes (Internationales Programm) und zwei aus Drittmitteln der Britta-Lohan-Gedächtnisstiftung. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen 1 ½ und 3 Jahren. Im Sinne des Diversity-Gedankens ermuntert die Stiftung insbesondere jene zur Bewerbung, die zu den unterrepräsentierten Gruppen des wissenschaftlichen Nachwuchses gehören. Besondere, aber nicht ausschließliche Zielgruppen sind Frauen (im Jahr 2008 ca. 63 Prozent der Geförderten) und Menschen mit Migrationshintergrund (im Jahr 2008 ca. 27 Prozent).

Heito Aderhold studierte Philosophy & Economics in Bayreuth und anschließend Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin. Als Stipendiat war er insbesondere als Sprecher des Stipendiat/innen-Rats der Heinrich-Böll-Stiftung und der AG Wirtschaftspolitik aktiv. Als Alumnus engagiert er sich im Vorstand des Vereins «Ehemalige Stipendiat/innen der Heinrich-Böll-Stiftung». Seit April 2008 ist Heito Aderhold wissenschaftlicher Mitarbeiter für Forschungspolitik der Bundestagsabgeordneten Priska Hinz von Bündnis 90/Die Grünen.

Internationaler Austausch

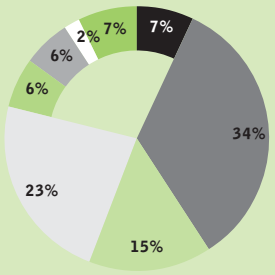
Internationale Begegnungsräume zu schaffen und den wissenschaftlichen Austausch zu fördern, ist ein vorrangiges Ziel der Stiftung. Das Studienwerk unterstützt Stipendiatinnen und Stipendiaten, die im Ausland studieren, forschen oder ein Praktikum absolvieren wollen. Besonders beliebt sind mehrmonatige Praktika in den Auslandsbüros der Stiftung. Im Jahr 2008 gingen insgesamt 292 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Unterstützung der Stiftung ins Ausland, um dort ihre internationale Kompetenz zu erweitern. Die beliebtesten Länder für Auslandsaufenthalte sind nach wie vor Frankreich und Großbritannien, die USA, Niederlande und Schweiz. Das Studienwerk fördert auch Studierende und Graduierte aus dem Ausland, die in Deutschland ihr Studium aufnehmen oder promovieren wollen, darunter insbesondere jene aus Osteuropa und den GUS-Staaten. Im Jahr 2008 kamen der überwiegende Teil der internationalen Stipendiatinnen und Stipendiaten aus folgenden Ländern: Belarus, Russischen Föderation, China, Georgien und Indien.

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Das Studienwerk bietet seinen Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen der ideellen Förderung persönliche Beratung, Vernetzung und ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm an. Das Beratungsangebot bezieht sich beispielsweise auf Studienplanung, Promotionsprojekte, Auslandsaufenthalte oder Karriereplanung. Vernetzungs- und Kontaktinitiativen werden durch eine virtuelle Plattform *www.boell-studynet.de* unterstützt. Das neue Mentoring-Programm «Grün vernetzt» bringt Studierende und Promovierende mit Personen des öffentlichen Lebens zusammen, regt zur Auseinandersetzung und zum Erfahrungsaustausch an und unterstützt die Mentees beim Einstieg ins Berufsleben. Das Veranstaltungsprogramm wird mit und für die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung konzipiert; sie sind aktiv an der Programmgestaltung beteiligt. Seminare, Workshops, eine Sommerakademie und zahlreiche Trainings, Studienreisen sowie Diskussionsforen bilden das Herzstück der Aktivitäten. Das Programm will zur politischen Debatte anregen, Schlüsselkompetenzen vermitteln, zum interdisziplinären Dialog ermuntern, das gesellschaftspolitische Engagement der Stipendiatinnen und Stipendiaten fördern und zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung beitragen.

Fächerverteilung

1	Kunst, Kunstwissenschaften	7%
2	Sprach- und Kulturwissenschaften	34%
3	Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	15%
4	Sozialwissenschaften	23%
5	Mathematik, Naturwissenschaften	6%
6	Humanmedizin	6%
7	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	2%
8	Ingenieurswissenschaften	7%



Veranstaltungen in Eigenregie der Stipendiatinnen und Stipendiaten

Auch 2008 setzten viele Stipendiatinnen und Stipendiaten mit selbstorganisierten Veranstaltungen eigene Impulse. So stellten beispielsweise Studierende aus Konstanz im Februar 2008 ein gut besuchtes Diskussionsforum zum Thema «Multikulti oder Leitkultur – Deutschland ohne Identität?» auf die Beine. Auf dem Podium diskutierten u. a. die Anwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ateş aus Berlin, der Dekan der Alt-Katholiken in Konstanz, Pfarrer Hermann-Eugen Heckel, und Prof. Hailbronner vom Forschungszentrum für internationales und europäisches Asylrecht. Im Publikum saßen auch Schüler und Schülerinnen, die ihre Fragen aus dem Ethik- und Gemeinschaftskundeunterricht stellen konnten. Ebenso publikumswirksam und mit innovativem Konzept war ein von Stipendiaten veranstaltetes viertägiges Seminar im April 2008 unter dem Motto «Die Gedanken sind frei…» zum Thema «Türkei». Teil des Programms war auch ein Konzert des kurdischen Künstlers Ferhat Tunç in der Kreuzberger Passionskirche, der sich als Gäste Hans-Eckardt Wenzel und Konstantin Wecker mit auf die Bühne holte. So ausgelassen die Stimmung bei diesem anatolisch-deutschen Konzert für die Freiheit der Gedanken war, so rege und kontrovers verlief die Diskussion des darauffolgenden Tages über die aktuelle politischen Situation in der Türkei mit Prof. Udo Steinbach, Cem Özdemir, Ferhat Tunç und der Regisseurin Nuray Şahin.

Von Stipendiatinnen und Stipendiaten selbst initiierte Arbeitsgruppen beschäftigten sich im Jahr 2008 mit Schwerpunktthemen der Stiftung wie «Migration», «Wirtschaftspolitik» oder «Partizipatorische Demokratie». Eine neue Arbeitsgruppe zum Thema «Kollektive Gedächtnisse und Gegenerinnerung» nahm ihre Arbeit auf und knüpfte thematisch an die beiden Promotionskollegs «Überwindung von Diktaturen und Aufbau von Zivilgesellschaften. Diktaturerfahrungen im Ost-West-Vergleich» und «Aufbruch 1989» an. Die acht Arbeitsgruppen legen jeweils eigenständig eine Projektplanung vor und erproben damit Techniken des Projektmanagements. Sie werden vom Studienwerk dabei finanziell und organisatorisch unterstützt.

Auf Vorschlag von Stipendiatinnen und Stipendiaten wurde eine Veranstaltung zum Thema «Politische Partizipation» durchgeführt. Hier ging es insbesondere darum, eigene Initiativen für mehr Beteiligung vor allem unter internationalen Stipendiatinnen und Stipendiaten zu entwickeln und Instrumente der Partizipation kennenzulernen. Auf Anregung einiger männlicher Stipendiaten fand außerdem ein «Gendertraining für Männer» statt, um die Auseinandersetzung mit Gender zu fördern und sich der eigenen Position und Positionierung zu vergewissern.

In dem Seminar «Natürlich kann man ein Pferd vor ein Taxi spannen… Was im Zusammenhang mit Kunst politisch ist und über das aktuelle Verhältnis von Politik und Kunst» in Leipzig regte die Leiterin, die ehemalige Stipendiatin und Künstlerin Dr. Judith Siegmund, eine lebhaften Debatte zum Thema «Kunst und Politik» an.

Dr. Julio Mendívil, geboren in Lima/ Peru, studierte Musikwissenschaft mit Schwerpunkt Musikethnologie. Als Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung promovierte er anschließend an der Universität Köln. Seine Dissertation «Ein musikalisches Stück Heimat: Ethnologische Beobachtungen zum deutschen Schlager» erschien 2008 beim transcript Verlag. Seit April 2008 hat er eine Vertretungsprofessur für Musikethnologie an der Universität Köln inne.

Alumni Salon

Die Einbindung der Alumni in das Veranstaltungsprogramm ist ein zentrales Anliegen des Studienwerks. So gestalteten beispielsweise Dr. Stefan Bundschuh vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit, Gabi Elverich vom Deutschen Jugendinstitut und Clara Hermann, MdA für Bündnis 90/Die Grünen, – alles drei sind ehemalige Stipendiaten – gemeinsam ein Seminar zum Thema «Rechtsextremismus». Die Teilnehmenden setzten sich mit den Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auseinander und suchten nach Gegenstrategien.

Auch Studienreisen werden unter der fachkundigen Leitung von Stipendiatinnen und Stipendiaten angeboten. «Belarus – Annäherung an ein unbekanntes Land» war das Motto einer einwöchigen Reise nach Minsk im Mai 2008. Vorbereitet wurde sie von einigen weißrussischen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung sowie einem in Minsk arbeitenden Alumnus. Welche Rolle spielen NGOs, unabhängige Medien und Oppositionsparteien in Belarus? Wie sieht man dort das Verhältnis zu Europa? Welche Stellung haben Frauen in den gesellschaftspolitischen Institutionen? In Gesprächen mit Vertretern zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen, unabhängiger Medien und internationaler Organisationen konnten sich die Teilnehmenden einen Eindruck von der Stimmungslage angesichts der angespannten politischen Situation verschaffen.

Die zweite Studienreise ging nach Istanbul und brachte den Stipendiatinnen und Stipendiaten die Türkei, ihre politische Geschichte und ihr sozio-kulturelles und ökonomisches System näher. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der europäisch-türkischen Beziehungen und des türkischen Integrationsprozesses in die EU. Die Teilnehmenden diskutierten mit Politikern verschiedener Parteien, besuchten Universitäten und Nichtregierungsorganisationen und trafen mit Künstlerinnen und Künstlern aus der Istanbuler Musikszene zusammen – so entstand ein facettenreiches Bild über die heutige Türkei und deren Erwartungen hinsichtlich eines EU-Beitritts.

Prof. Dr. Margitta Kunert-Zier studierte nach einer Ausbildung zur Rechtsanwalt- und Notar-Gehilfin zunächst Sozialpädagogik an der Fachhochschule, anschließend Pädagogik und Soziologie an der Universität in Frankfurt am Main. 2003 promovierte sie mit einem Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema «Erziehung der Geschlechter. Entwicklungen, Konzepte und Genderkompetenz in sozialpädagogischen Feldern». Seit dem Sommersemester 2008 ist sie als Professorin für Pädagogik in der Sozialen Arbeit der Fachhochschule Frankfurt a. M. tätig und Mitglied der Auswahlkommission im Studienwerk.

Klassiker aus dem Veranstaltungsprogramm

Neben neuen Akzenten gab es im letzten Jahr auch Altbewährtes im Programm des Studienwerks. Dazu gehörten die halbjährlich stattfindenden Einführungsseminare und die einwöchige Sommerakademie «Campus» – Großveranstaltungen mit jeweils mehr als 100 Teilnehmenden. Hinzu kommen Veranstaltungen der politischen Bildungsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin und der Landesstiftungen, an denen Stipendiatinnen und Stipendiaten ebenfalls teilnehmen können.

Auch 2008 setzten sich die Stipendiatinnen und Stipendiaten wieder mit Heinrich Böll, dem Namensgeber der Stiftung, auseinander. Ausgehend von der Trümmerliteratur über die Werke aus der Adenauer-Ära bis hin zu seinem posthum erschienenen Roman «Frauen vor Flusslandschaft» wurde das literarische Werk Heinrich Bölls im Kontext der bundesrepublikanischen Geschichte vorgestellt und diskutiert.

Einführungsseminar «Ansichten einer Stiftung»

Promotionsförderung und Promotionskollegs

Beim jährlich stattfindenden Promovierendenforum nutzten die Teilnehmenden wieder die Gelegenheit, sich über die Rahmenbedingungen des Promovierens auszutauschen und sich ihre Arbeiten gegenseitig vorzustellen. Seit mehreren Jahren initiiert das Studienwerk zudem Promotionskollegs auf der Basis einer Kooperation von Hochschulen mit dem Studienwerk und jeweils einer Fachabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie bieten den Promovierenden eine qualifizierte Ausbildung im Kollegteam, bringen sie in Kontakt mit Fachleuten aus dem Stiftungsumfeld und unterstützen somit den Politik-Wissenschafts-Transfer. Im Jahr 2008 wurden sieben Promotionskollegs gefördert, von denen drei erfolgreich beendet werden konnten. In dem abgeschlossenen Promotionskolleg «Ökologie und Fairness im Welthandelsregime» am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie beschäftigten sich sechs Forschungsarbeiten mit der Frage, wie ein Handelsregime dazu beitragen kann, transnationale Wirtschaftstätigkeit zu einem Motor für den Schutz der Biosphäre sowie für den Ausgleich zwischen Reich und Arm werden zu lassen, ohne die Entfaltung wirtschaftlicher Ertragskraft zu blockieren. Auch das Promotionskolleg «Überwindung von Diktaturen und Aufbau von Zivilgesellschaften im Ost-West-Vergleich» an der Universität Heidelberg und der TU Berlin endete im letzten Jahr. Die geförderten Promotionsvorhaben beschäftigten sich mit den verschiedenen Wegen zur Überwindung von Diktaturen und zum Aufbau ziviler Gesellschaften in der europäischen Geschichte. Ziel des Kollegs war es, durch die vergleichende Aufarbeitung nationaler Vergangenheiten einen Beitrag zum europäischen Gegenwartsverständnis und für die Debatte um europäische Zukunftsperspektiven zu leisten. In anderer Perspektive und mit anderen wissenschaftlichen Zugängen widmete sich das Promotionskolleg «Exklusionsrisiken und Inklusionsstrategien im erweiterten Europa» aktuellen Herausforderungen des europäischen Integrationsprozesses. Die fünf Stipendiatinnen im Kolleg der Graduate School of Social Sciences an der Universität Bremen beschäftigten sich mit alten und neuen sozialen Grenzziehungen innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten. Sie untersuchten im Kontext von globalisierter Marktökonomie, nationalem Sozialstaatsumbau und europäischer Governance u. a. spezifische Exklusionsrisiken, insbesondere im Bereich der Migration und Regionalentwicklung.

Seine Arbeit fortgesetzt hat das Promotionskolleg «Die Zukunft der europäischen Stadt. Formen und Folgen von New Urban Governance». Das Kolleg an der Humboldt-Universität und der Universität Bremen dient der Erforschung neuer Steuerungsformen der lokalen Politik im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Gendermainstreaming, ökologische Nachhaltigkeit und multiethnische Integration. Die sechs Dissertationsprojekte beschäftigen sich mit verschiedenen Facetten aktueller Migrations-, Stadtentwicklungs- und Kulturpolitik – etwa mit kommunaler Steuerung «kreativer Milieus», mit Business Improvement Districts (BID) als Antwort auf die Krise von gewachsenen Einkaufszonen in europäischen Städten sowie sozialer Stadtentwicklung in Berlin und Wien. In Zusammenarbeit der Stipendiatinnen

Dr. Mercedes Bunz, ehemalige Promotionsstipendiatin, studierte Philosophie und Kunstgeschichte an der Freien Universität Berlin und promovierte von 2001 bis 2005 an der Bauhaus-Universität Weimar zur Geschichte des Internets. 1997 war sie Mitbegründerin der Monatszeitschrift *DEBUG – Zeitung für elektronische Lebensaspekte* und 2006 Chefredakteurin der Berliner Zeitschrift *zitty*. Seit März 2007 ist sie Chefredakteurin von *Tagesspiegel Online*.

Dr. Saul Namango, ehemaliger Promotionsstipendiat, studierte Chemieingenieurwissenschaften in Minsk/ Belarus und Environmental und Resources Management in Cottbus und promovierte 2006 an der BTU Cottbus zum Thema «Naturfaserverstärkte Erdblöcke". Seit 2006 arbeitet Saul Namango als Dozent am Department of Chemical and Process Engineering an der Moi University in Kenia. Er ist zudem als wissenschaftlicher Berater für die kenianische Umweltschutzbehörde tätig und arbeitet an der Umsetzung eines selbstinitiierten Kinder-Hilfsprojekts in seinem kenianischen Heimatdorf.

und Stipendiaten mit dem Referat Kommunalpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung entstand die Veranstaltungsreihe «New Urban Governance in der europäischen Stadt», die im November 2008 startete.

Im Promotionskolleg «Global Social Policies and Governance» an der Universität Kassel steht die soziale Dimension der Globalisierung innerhalb der Nord-Süd-Beziehungen und der Süd-Süd-Kooperationen im Mittelpunkt. Sieben Stipendiatinnen und Stipendiaten beschäftigen sich u. a. mit dem Einfluss von Regionalmächten des Südens auf internationale Institutionen und mit den Potenzialen, welche die neuen Allianzen entfalten können. Darüber hinaus werden die Effekte globaler Privatisierungsbestrebungen von Dienstleistungen – insbesondere hinsichtlich der sozialen Chancengleichheit und der Auswirkungen auf Beschäftigte – und die steuernden Bedingungen internationaler Arbeits- und Sozialstandards erforscht. Mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der ebenfalls am Kolleg beteiligten Hans-Böckler-Stiftung organisierten die Kollegiaten u. a. im Februar 2008 den internationalen Workshop «Globale Sozialpolitik – Wunschdenken oder Realität?».

In Jahr 2008 nahmen zudem zwei neue Promotionskollegs ihre Arbeit auf: Im Kolleg «Zivilgesellschaft und externe Demokratisierung im postsozialistischen Europa» an der Europa-Universität Viadrina und der ETH Zürich richtet sich das wissenschaftliche Interesse u. a. auf die Frage nach den Wirkungen zivilgesellschaftlichen Handelns und seiner Interaktion mit externen Demokratisierungsbemühungen, insbesondere durch Organisationen wie Europarat und Europäische Union, Nichtregierungsorganisationen und transnationale Netzwerke. Im Verbund mit 16 weiteren Stiftungen koordiniert die Stiftung Aufarbeitung ein Kolleg zum «Aufbruch 1989», an dem sich die Heinrich-Böll-Stiftung mit der Förderung von vier Stipendiatinnen beteiligt.

Journalismus-Programme

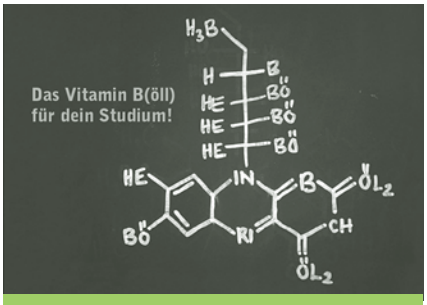
Unter dem Titel «Medienvielfalt, anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus!» startete die Heinrich-Böll-Stiftung ihr Journalismus-Stipendienprogramm für junge Migranten und Migrantinnen. Unterstützt wird das Programm von der Berliner *tageszeitung*, von Radio Berlin-Brandenburg, von der Deutschen Welle, der Agentur «Zum goldenen Hirschen» und der Robert-Bosch-Stiftung. Es sieht eine studienbegleitende Stipendienförderung durch die Heinrich-Böll-Stiftung vor, flankiert durch ein umfangreiches Begleitprogramm sowie Praktika und Volontariate bei den beteiligten Medienpartnern. In der Auftaktveranstaltung am 31. Oktober 2008 drehte sich die Diskussion um mögliche Gründe für die Unterrepräsentanz von Journalist/innen mit Migrationshintergrund in den Medien bzw. als Medienmacher. Mit dabei waren u. a. Birand Bingül, WDR, Canan Topcu, *Frankfurter Rundschau*, der ehemalige Stipendiat und Publizist Dr. Kien Nghi Ha sowie Prof. Dr. Horst Pöttker vom Institut für Journalistik der Universität Dortmund. Auf einer «Medienreise» nach Berlin lernten die Stipendiatinnen und Stipendiaten die Medienpartner vor Ort kennen, diskutierten mit freischaffenden Journalisten und besuchten das ARD-Hauptstadtstudio.

Bereits im dritten Jahr beteiligte sich die Heinrich-Böll-Stiftung zudem an dem «Europäischen Journalisten-Fellowship»-Programm an der Freien Universität Berlin (Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft). Journalisten überwiegend aus Ost- und Mittelosteuropa sowie aus den GUS-Staaten haben die Möglichkeit, ein Jahr lang in Berlin an einer Recherche zu arbeiten; die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte auch im vergangenen Jahr eine Journalistin aus Slowenien mit einem Stipendium.

Internationales Parlaments-Stipendien-Programm

Auch im Jahr 2008 hielten sich wieder nahezu 100 Hochschulabsolventen aus Frankreich, Mittel-, Ost- und Südosteuropa, den USA und aus Ländern der GUS in Berlin auf, um ein mehrmonatiges Praktikum bei einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu absolvieren und so die Entscheidungsprozesse deutscher Politik kennenzulernen. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sehen ihren zukünftigen Karriereweg im Diplomatischen Dienst, in Politik und Verwaltung ihrer Heimatländer. Kernstück des Aufenthaltes in Deutschland

sind Studienseminare, die die sechs politischen Stiftungen anbieten. Das Studienwerk ist Koordinatorin der Seminare der Heinrich-Böll-Stiftung; durchgeführt und gestaltet werden die Programme von fünf verschiedenen Landesstiftungen. Die beteiligten Landesstiftungen boten den Stipendiatinnen und Stipendiaten einen Einblick in die Schwerpunkte ihrer politischen Bildungsarbeit (Integrations- und Migrationspolitik, Gleichstellungsgesetz, Strategien gegen Rechtsextremismus, ökologischer Landbau und erneuerbare Energien in der EU) und stellten das politische Programm von Bündnis 90/die Grünen vor. Die Studienseminare behandeln neben politischen Fragestellungen auch die neuere Geschichte und Kultur sowie regionale und kommunale Besonderheiten.



«Rückenwind für Talente» – ein Wettbewerb um die besten Vorschläge für die graphische Gestaltung einer Postkartenaktion, die auf die Studien- und Promotionsförderung der Heinrich-Böll-Stiftung aufmerksam machen will, brachte sehr phantasievolle und kreative Ideen zutage.

Fachtagung der Vertrauensdozentinnen und -dozenten

Einmal im Jahr lädt das Studienwerk seine rund 250 Vertrauensdozentinnen und -dozenten zu einer Fachtagung mit hochschulpolitischem Themenschwerpunkt ein. Die Tagung im Jahr 2008 drehte sich um das Thema «Zwischen Reformdruck und Neuerfindung: Zur Zukunft der Hochschulen in Deutschland». Diskutiert wurde die rasante derzeitige Entwicklung der Hochschulen, der wachsende Wettbewerbs- und Profilierungsdruck in den Hochschulen und vor allem die zukünftige Rolle der Hochschullehrer/innen als Gestalter/innen der Hochschule von morgen.

Alumni-Vernetzung

Das Studienwerk sucht den Kontakt zu seinen inzwischen rund 2000 ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten und fördert den Austausch und die Kooperation unter ihnen. Ein regelmäßig erscheinender Newsletter informiert die Ehemaligen über Neuigkeiten aus der Stiftung und über die Aktivitäten der Alumni. Der jährlich stattfindende Alumni-Salon drehte sich im Jahr 2008 um das Thema «Interreligiöser Dialog im Konflikt». Vorträge zum Dialog der Religionen aus wissenschaftlicher und politischer Perspektive wechselten sich ab mit Gesprächsrunden zu Alltagserfahrungen der Teilnehmenden zur Frage: «Wie hältst du's mit der Religion?» Auch der informelle Teil kam nicht zu kurz – Kennenlernen und Wiedersehen, Austausch und Networking der Ehemaligen sind ein wichtiger Bestandteil des Alumni-Salons.

Ein weiterer Schritt hin zu einer institutionalisierten Form der Vernetzung ist der Verein «Ehemalige StipendiatInnen der Heinrich-Böll-Stiftung», der am Vorabend des Alumni-Salons seine erste Mitgliederversammlung nach Gründung im Jahr 2007 abhielt. Präsentiert wurden die bisherigen Aktivitäten des Vereins – von den administrativen Hürden der Gründung über die Erstellung eines Vereinslogos bis hin zur Idee eines Solidarfonds.

Alumni-Jahrgang 2008

Kommunalpolitik

In Städten verdichten sich seit jeher die Probleme der Gegenwart, aber auch Experimente zu ihrer Lösung finden sich gerade dort. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt ganz wesentlich von der Kraft der Städte ab, die aktuellen ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Transformationen konstruktiv zu gestalten. Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet kontinuierlich Debattenforen darüber, wie die Handlungsfähigkeit der Städte gesichert und der Wandel gemeistert werden kann.

Internationaler Kongress
Frankfurt: «Re-build this city!»

Auf dem Frankfurter Kongress diskutierten über 200 Teilnehmer/innen das Konzept der «Kreativen Städte».

Städte brauchen Kreativität – mehr denn je. Ob Toronto oder Tallahassee, München oder Oldenburg – sie alle sehen Kreativität als Schlüssel zu Fortschritt und Wohlstand. Darum buhlen sie um die kreativen Köpfe, immer in der Hoffnung, die Unternehmen zögen nach. Die Städte lassen hochwertige Wohnquartiere bauen, Brachen für unkonventionelle Nutzungen öffnen und Kulturtempel errichten, um ihre Attraktivität zu erhöhen. Doch können Konzepte der «kreativen Stadt» tatsächlich problemlos Elemente moderner Ansiedlungspolitik, kultureller Ausstrahlung, hoher Lebensqualität und sozialer Verantwortung miteinander verbinden? Oder verstärken sie gesellschaftliche und räumliche Spaltungstendenzen? Um das vorhandene «territoriale Kapital» einer Stadt oder Region entfalten zu können, bedarf es zunächst einer Selbstreflexion. Der Kongress «Re-build this city» der Heinrich-Böll-Stiftung vom 30.–31. Mai in Frankfurt stellte hierfür eine Plattform bereit. Über 200 Teilnehmer/innen folgten der Einladung, darunter Entscheidungsträger/innen aus Wirtschaft und Politik, Künstler/innen, Kulturschaffende, Quartiersmanager/innen, Stadtentwickler/innen u. v. a. International und hochrangig besetzt war auch das Podium: Mit Jamie Peck kam ein prominenter Kritiker des Kreative-Stadt-Topos; Daniel Cohn-Bendit, MdEP, und Jutta Ebeling, Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt, vertraten die Politik, Amelie Deuflhard, Intendantin der Hamburger Kulturfabrik KAMPNAGEL, und Filmemacherin Dorothee Wenner die Kultur. Gerade bei den internationalen Beispielen für kreative Städte zeigten sich die Synergieeffekte ökonomischer, stadtpolitischer und kultureller Ansätze. Kulturgetriebener Strukturwandel kann gelingen, wenn er von Politik, Wirtschaft und Wohnbevölkerung kooperativ getragen wird. Auf dem Kongress zeichnete sich deutlich eine originär «grüne» Haltung zur kreativen Stadt ab: Kritisch und sensibel gegenüber den Zerwürfnissen, die eine verstärkt auf High-Potenzials und Hochkultur orientierte Stadtentwicklung mit sich bringt; gleichzeitig aufgeschlossen gegenüber den positiven Impulsen, die die Debatte um die kreative Stadt ausgelöst hat.

Kreativen: Wirkung. Urbane Kultur, Wissensökonomie und Stadtpolitik
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Schriften zu Bildung und Kultur – Band 2
Berlin 2008, 80 Seiten
Printversion vergriffen!
Download: www.boell.de

Tagungsbericht unter **www.boell.de**

Kongress
Münster: KlimaKommunal – Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter

Freie Fahrt zum ersten kommunalpolitischen Bundeskongress der Heinrich-Böll-Stiftung.

Klimaschutz wird unter dem Druck der kommunalen Finanzkrise oft zurückgestellt. Nur langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass Klimaschutz sich auch finanziell auszahlt. Auf dem Kongress «KlimaKommunal» vom 24.–25. Oktober in Münster diskutierten Kommunalpolitiker/innen sowie fachpolitisch Interessierte über die Frage, wie Kommunen in Deutschland ihren Klimaschutz ausbauen können. Die Gastgeberstadt spielt ihre Vorreiterrolle seit längerem bravourös. Davon konnten sich die Teilnehmer/innen auf verschiedenen Exkursionen überzeugen. Bereits im Vorfeld des Kongresses war die Münsteraner Erklärung «Städte und Gemeinden als Vorreiter für den Klimaschutz» erarbeitet und von zahlreichen Referentinnen und Referenten, aber auch grünen Mandats- und Amtsträgern unterzeichnet worden. Die Erklärung, die auf dem Kongress präsentiert wurde, beinhaltet einige ambitionierte Forderungen: u. a. soll sich die Energieversorgung der Kommunen bis zum Jahr 2050 möglichst vollständig aus erneuerbaren Energieträgern speisen. In größeren Städten soll der Anteil von Verkehrsmitteln des Umweltverbundes auf 60 Prozent des städtischen Verkehrs gesteigert werden.

Kommunalpolitische Infothek:
www.kommunale-info.de

Kunst und Kultur

Die Vermittlung und Förderung literarischer und künstlerischer Werke ist für die Heinrich-Böll-Stiftung ein elementarer Bestandteil ihrer politischen Bildungsarbeit. Auf Podiumsdiskussionen und Konferenzen geht es insbesondere um die politische Dimension von Kunst und Kultur, ihr seismografisches Vermögen und diagnostisches Potenzial. Die Stiftung fördert zudem den interkulturellen Dialog und profitiert dabei vor allem von der landeskundlichen Kompetenz und dem hohen Vernetzungsgrad ihrer Auslandsbüros.

Projekt
Pakistan: Kunst und Kultur als Antwort auf Fundamentalismus

In der pakistanischen Gesellschaft wird die identitätsstiftende Funktion von Kunst und Kultur kaum erkannt und wertgeschätzt. Auch staatliche Kulturförderung gibt es nur wenig. Religiös motivierte Gewalt und Fundamentalismen haben den Raum für kulturelle Ausdrucksformen in den letzten Jahren zusätzlich eingeengt. In der 8,5 Millionen Stadt Lahore – die sich selbst als kulturpolitisches Herz Pakistans versteht – sind Theaterfestivals und Kinos bereits Ziel von Bombenanschlägen geworden. Kleine Buchhandlungen und Musikläden erhielten Drohungen wegen der Verbreitung nicht-islamischen Gedankenguts. Die Verunsicherung im kulturellen Milieu wächst und gefährdet die demokratische Kultur Pakistans, die nach Jahrzehnten der Militarisierung ohnehin äußerst fragil ist. Wissenschaftliche Untersuchungen über den Zusammenhang von Kultur und Demokratie gibt es kaum und wenn, dann erreichen sie nicht die Politik. Die Heinrich-Böll-Stiftung versucht, dem entgegenzuwirken. Die Stiftung konzipierte in Kooperation mit dem Fachbereich für Kommunikation und Kulturforschung der Nationalen Kunsthochschule in Lahore das Projekt «Contesting Fundamentalism – Preserving Democracy through Arts and Culture», in dem u. a. Politikempfehlungen erarbeitet wurden. Die angebotenen Seminare zu Gewaltkultur und wachsendem Extremismus stießen bei den Studenten und Studentinnen der Hochschule auf große Resonanz. Auch ein Wettbewerb war Teil des Projektes. Studierende waren aufgerufen, ihre Auffassung von «Demokratie in Pakistan» durch Malerei, Skulpturen oder Installationen darzustellen. Die 30 besten Kunstwerke wurden ausgestellt. In allen Werken kamen sehr persönliche Ängste vor Extremismus und Gewalt zum Ausdruck und auch Sorgen um die demokratische Kultur. Von Hoffnung auf einen dauerhaften demokratischen Wandel war nur wenig zu spüren. Dafür gab es Selbstkritik über mangelndes staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl und Kritik am Versagen der Eliten in Pakistan. Das von einer unabhängigen Jury mit dem ersten Preis gewürdigte Werk ist dafür bezeichnend: Es zeigt den Abdruck eines Militärstiefels auf einem Gewimmel von Ameisen.

«Untitled» von Saud Baloch – 1. Preis des Kunstwettbewerbs in Pakistan.

Reihe
Berlin: Der »Spielstand» im dritten Jahr

Im nunmehr dritten Jahr der Kooperation zwischen den Sophiensaelen und der Heinrich-Böll-Stiftung konnte die Reihe «Spielstand» ihr Profil als Denkwerkstatt weiter schärfen. Während Spielstand #6 Fachleute aus der Kreativwirtschaft zum Thema «Spiele-Industrie» versammelte – und dabei insbesondere die Relevanz komplexer Computerspiele für die politische Bildung erörterte – versuchte Spielstand #7 ein grenzüberschreitendes Gespräch zwischen Klimawissenschaft und Kunst herzustellen. Anja Köhne, die unter anderem das Bundesumweltministerium, Greenpeace und den WWF in umweltpolitischen Fragen berät, appellierte an die anwesenden Künstler/innen, sich an der Suche nach alltagspraktischen Klima-Lösungsansätzen zu beteiligen. Die Diskussion mit dem Philosophen Ludger Heidbrink vom Essener Forschungsverbund KlimaKultur zeigte, dass dafür jedoch noch einige Widerstände aus dem Weg zu räumen sind. Durch die nicht vorhandene Evidenz des Klimawandels sei es schwer, vorhandene Motivationsbarrieren zu überwinden. Eine gemeinsame Betroffenheitslage, ein Wir-Bewusstsein müsse zuallererst gelernt

und eingeübt werden. Schnelles Einvernehmen erzielte man immerhin darüber, dass die Frage politischer Handlungsmotivation nicht allein an die Wissenschaften oder die Verantwortlichen in der Politik delegiert werden kann. Ein neues kulturelles Klima im Sinne wechselseitiger Lernbereitschaft tut also not.

Der «Spielstand #8: Teams & Subjects» entwarf eine Typologie diverser Künstlergruppen. Konsortium, FiloArt, Global Alien und Salon des Belles Utopistes erläuterten ihre unterschiedlichen Arbeitsformen und präsentierten gelungene Gemeinschaftswerke. Dabei wurde deutlich, dass ein Verständnis von individueller Autorschaft und souveräner Werkherrschaft, wie es die klassische Genieästhetik hervorgebracht hat, für zeitgenössische Produktionsweisen kaum noch tauglich ist. Gerade politische Themen wie Arbeitsmigration, nachhaltige Stadtentwicklung oder innere Sicherheit erfordern oft interdisziplinäre Ansätze, die ein starkes kollektives Moment in sich tragen.

Networking

Beirut: Digitale Dissidenten – Erstes arabisches Bloggertreffen

Erstes Bloggertreffen im arabischen Raum, organisiert von den Stiftungsbüros in Beirut und Ramallah.

Politisches Blogging ist ein Phänomen, das die autoritären Regierungen der arabischen Welt immer stärker auf den Plan ruft. In Ländern, wo das Blogging lange bestehende Tabus und Einschränkungen der Meinungsfreiheit aufbrechen konnte, ist es zum mächtigsten Sprachrohr der jungen Generation geworden – eine Generation, die nicht mehr länger stillhalten will und mit Alias-Namen wie «Saudijeans» oder «A Woman from Egypt» ihre Meinungen öffentlich kundtut.

Ein im August 2008 in Beirut von der Heinrich-Böll-Stiftung organisiertes Treffen brachte erstmalig die aktivsten Blogger aus dem Libanon, Ägypten, Palästina, Jordanien, Saudi-Arabien, Marokko, Bahrain, Syrien, Tunesien und dem Irak zusammen. Als Veranstaltung «von Bloggern für Blogger» konzipiert, tauschten sie sich darüber aus, wie Medien wie facebook für politische Mobilisierung genutzt werden können; welche kreative Mittel sich für die Herstellung von Gefängniskarten und die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen eignen und wie die staatliche Zensur am besten zu umgehen ist. Die Blogger nutzten das Treffen darüber hinaus zum Aufbau eines Solidaritätsnetzwerks. In der Region werden vergleichsweise mehr Blogger inhaftiert als Journalisten der regulären Medien. Vielen sitzt von daher die Angst im Nacken. Als ein palästinensischer Blogger wegen seiner Teilnahme auf der Rückreise für eine Woche an der jordanischen Grenze festgehalten wurde, veröffentlichten alle Teilnehmer/innen den Fall innerhalb von wenigen Stunden auf ihren Blogs – das Netzwerk hatte umgehend begonnen zu arbeiten. Blogbeiträge: www.boell-meo.org

Deutsch-Israelische Literaturtage

Berlin: Der Traum von Normalität

Katharina Hacker und Eshkol Nevo im Berliner Admiralspalast

Rund 600 Teilnehmende, zehn Schriftsteller/innen und zwei Kinofilme an vier Orten – die komplett ausgebuchten Veranstaltungen der 2. Deutsch-Israelischen Literaturtage vom 11.–13. April 2008 in Berlin zeugten von einem unvermindert großen öffentlichen Interesse an Israel. Den Auftakt machte der Jerusalemer Autor Eshkol Nevo mit einer Lesung aus seinem Roman «Vier Häuser und eine Sehnsucht», der von den vielfältigen Stimmungslagen der Bewohner eines Jerusalemer Vororts nach der Ermordung Jizchak Rabins erzählt. In der anschließenden Diskussion mit Katharina Hacker und Robert Menasse ging es um die Frage, inwieweit das Israelbild der Deutschen von der eigenen Befindlichkeit bestimmt ist.

Wird die Gefährdungslage Israels nach den Attentaten von New York, London und Madrid hierzulande besser nachvollzogen? Dies war die Leitfrage des zweiten Panels mit Assaf Gavron («Ein schönes Attentat»), Michal Zamir («Das Mädchenschiff») und Ulrich Peltzer («Teil der Lösung»). Bei allen drei Autoren ist der 11. September 2001 fester Bezugspunkt der Handlung. Im Gegensatz zu Deutschland werde dieses Datum in Israel nicht als Wendepunkt begriffen, so Gavron. Während in Deutschland über die Architektur eines präventiven Überwachungsstaates vor allem kritisch diskutiert werde, sei die Frage der inneren Sicherheit in Israel fundamental.

Viele Menschen in Tel Aviv verdrängen die terroristische Bedrohung und die hässliche Realität der Besatzung, indem sie sich in ein umso intensiveres «normales» Leben stürzen. Gibt es Ähnlichkeiten zwischen Tel Aviv und Berlin, die womöglich mit ihrer Selbstbezüglichkeit und «Insellage» zusammenhängen? Stimmen die Klischees, die beiden Metropolen anhaften? Um diese Fragen ging es im dritten Panel mit den Wende-Chronisten Katja-Lange Müller und Raul Zelik und den beiden israelischen Autoren Yiftach Ashkenazy und Ron Leshem.

Was bleibt von der Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen, und was folgt daraus für eine zukünftige Nahost-Politik? Für den deutsch-israelischen Soziologen Natan Sznaider, der zusammen mit dem Publizisten Micha Brumlik, Stiftungsvorstand Ralf Fücks und dem israelischen Botschafter Yoram Ben-Zeev das Abschlusspanel bestritt, wäre ein EU-Beitritt Israels überhaupt nur denkbar bei gleichzeitiger Mitgliedschaft der Türkei. Israel könne sich keine «jüdisch-christliche Allianz» gegenüber dem Islam leisten, sondern müsse sich ein eigenes Verhältnis mit dem Islam erhalten sowie ein «orientalisches Selbstverständnis» entwickeln. Die Mischung aus europäischer und orientalischer Kultur bezeichnete er als Besonderheit, Chance und Erfolgsrezept Israels. Es sei wichtig für Israel, eine gewisse Distanz zu Europa zu bewahren, auch um sich dem Orient umso besser annähern zu können. Dass auch die Literatur in diesem Prozess ein wichtiges Medium der Verständigung sein kann, blieb dabei freilich nicht unerwähnt.

Die Literaturtage fanden in Kooperation mit dem Goethe-Institut statt.

(o) Nathan Sznaider, (u) Yoram Ben-Zeev

Israelische Filmtage und Tagung

Berlin: 60 Jahre Israel – Vom Kibbuz zur multikulturellen Gesellschaft

Mit den Filmtagen «60 Jahre Israel – Vom Kibbuz zur multikulturellen Gesellschaft» und einer gleichnamigen Tagung setzte die Heinrich-Böll-Stiftung ein eigenes Highlight zum Jahrestag der Gründung Israels. Ein erster Festivalblick galt dabei dem Kibbuzgedanken. Das Ideal des Kibbuz war geprägt von dem Wunsch nach einer klassenlosen Gesellschaft, auf der Basis von Gleichheit und Gemeinschaft. Der Film «Galilee Eskimos/Eskimosim Ba Galil» von Jonathan Paz, ein augenzwinkernder Abschied vom «Kibbuz-Leben», zeigt die Bewohner eines Kibbuz-Altenheimes. Sie stellen eines Morgens fest, dass alle anderen die Kommune bereits verlassen haben und sie auf sich selbst gestellt sind. Der Kibbuz ist hoch verschuldet und ein Investor will auf dem Gelände ein Hotel errichten. Nach kurzer Verzweiflung besinnen sich die Alten auf die Kraft ihrer Gemeinschaft und beschließen, sich zu wehren.... Ein zweiter Fokus richtete sich auf die Migration und die multikulturelle Gesellschaft. Fast alle jüdischen Einwohner haben Vorfahren, die außerhalb der heutigen Grenzen Israels geboren wurden. Jeder fünfte Israeli ist Araber. Dazu kommen die zahlreichen Arbeitsmigranten aus Osteuropa und Südostasien sowie Flüchtlinge aus Afrika. Ein Thema, mit dem sich der Film «Willkommen in Israel/What a wonderful place» von Eyal Halfon auseinandersetzt. Mit großer Leichtigkeit verschränkt er die Geschichte einer Ukrainerin, eines Philippino und eines Thailänders, die versuchen, trotz der Demütigungen, die sie erleben müssen, ihre Würde zu bewahren, und entwirft ein komplexes Bild der israelischen Gesellschaft.

Ein dritter Schwerpunkt war das urbane Leben: Generation U35 trifft auf die Generation Ü50. Die heutige Jugend Israels ist lange nach der Staatsgründung aufgewachsen. Den Holocaust, aber auch die Aufbaujahre kennen sie nur aus den Geschichtsbüchern. Sie leben in einem Land, das einerseits unter ständiger äußerer Bedrohung steht, andererseits kaum noch etwas mit dem Pioniergeist von 1948 zu tun hat und von westlichem Lebensstil und Konsumgewohnheiten geprägt ist. Junge Israelis wollen das Hier und Jetzt genießen und Spaß haben. Wie passt das mit den Erfahrungen der «Alten» zusammen?

Das Festival präsentierte insgesamt vier Spielfilme, drei Dokumentarfilme und sechs Kurzfilme. Auf der abschließenden Tagung diskutierten Regisseure mit Journalisten und Wissenschaftlern, wie es sich mit dem Spannungsbogen zwischen Israel als Schmelztigel der Kulturen und Israel als jüdischem Staat verhält, und entwickelten Szenarien für die Zukunft.

Arabisch-iranische Filmtage
Berlin: «Well played» im Kino Babylon

Die Träume und Sehnsüchte der jungen Generation in Nordafrika, dem Nahen Osten und dem Iran standen im Mittelpunkt der 3. Arabisch-Iranischen Filmtage der Heinrich-Böll-Stiftung. Eine breite Auswahl an Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilmen widmete sich dem Alltag von Jugendlichen, ihrer Suche nach einem selbstbestimmten Leben, nach beruflicher Entfaltung, Mobilität und Modernität jenseits traditioneller, sozialer und konfessioneller Normen und Regeln. Die Filme zeigten eine junge Generation in Unbeschwertheit, mit feiner Ironie, hintergründigem Humor und unerwarteter Leichtigkeit, ohne an Tiefsinn einzubüßen. In Gesprächen mit dem Publikum erzählten die Regisseure von den Entstehungsbedingungen der Filme und diskutierten über die filmische Umsetzung des sensiblen Stoffes. Die Filmtage fanden mit Unterstützung von Med-Screen statt, dem EU-Programm zur Förderung von Filmen der arabischen MEDA-Länder.

Diskussion, Film- und Buchvorstellung
Berlin: Afrika im Fokus des Berliner Literaturfestivals

«Mehr als Kunst» – Podiumsdiskussion im Rahmen des Literaturfestivals.

Das 8. internationale Berliner Literaturfestival im Herbst 2008 präsentierte die jüngsten literarischen Entwicklungen in Afrika. Die Themen reichten von Korruption, Aids, Umweltzerstörung und Gewaltherrschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit den spezifischen Erzähl- und Sprachkulturen Afrikas. In der Sparte «Reflections» förderte die Heinrich-Böll-Stiftung zwei Veranstaltungen: eine Podiumsdiskussion mit den Autorinnen Helon Habila (Nigeria), Susan Kiguli (Uganda) und Boualem Sansal (Algerien) über die Möglichkeiten und Grenzen des öffentlichen Engagements von Schriftstellern sowie eine Präsentation des Films «hotspots» von Marc Engelhard, der die Folgen des Klimawandels von der Sahara im Westen bis hin zum äthiopischen Hochland im Osten Afrikas dokumentiert. Im anschließenden Gespräch stellte die südafrikanische Wissenschaftsjournalistin Leonie Joubert ihr Buch «Boiling Point» vor – ein Fotoband, der die Zeichen des Klimawandels in verschiedenen Regionen Südafrikas aufzeigt.

Medienpreis
Istanbul: Auszeichnung für Dokufilmserie

«Türkei in Bewegung», die siebenteilige Dokumentarserie von Nedim Hazar wurde 2008 mit dem Erasmus EuroMedia Award ausgezeichnet. Hazar setzt sich darin mit unterschiedlichen Migrationsprozessen in der Türkei auseinander: Saisonarbeiter/innen, die von Ernte zu Ernte ziehen; gestrandete Flüchtlinge im Grenzgebiet zum Iran; türkische Rentner/innen, auf der Suche nach einem geruhsamen Lebensabend jenseits der Großstadthektik; deutsche Rentner/innen, auf der Flucht vor dem deutschen Winter und der Suche nach wärmeren Gefilden am türkischen Mittelmeer und Rückkehrer/innen der zweiten oder dritten Immigrantengeneration aus Deutschland. Die Serie entstand mit inhaltlicher und finanzieller Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Filmfestival
Syrien: DoxBox-Festival für Dokumentarfilm

Im Februar 2008 organisierte die Produktionsfirma «Proaction Film» das erste internationale Festival für Dokumentarfilm in Syrien. Der «basisdemokratische» Charakter der Preisvergabe durch das Publikum und seine symbolischen Implikationen wurden während des stark besuchten Festivals lebhaft kommentiert. Bis zur letzten Sekunde mussten sich die Organisatoren mit dem staatlichen Zensor auseinandersetzen. Im Rahmen des Festivals unterstützte die Heinrich-Böll-Stiftung Beirut mehrere Workshops für syrische Filmkünstler/innen unter Leitung internationaler Dokumentarfilmer/innen. Dabei ging es vor allem um das Potenzial von Dokumentarfilmen für sozialen Wandel, für das Begreifen sozialer Realität und für den Aufbau kollektiver Erinnerungen. Der große Erfolg des Festivals brachte eine Neuauflage im März 2009 – nunmehr eine volle Woche lang.

www.dox-box.org/oindex.html

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Durch ihren Einsatz für die Freiheit des Geistes leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zum Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt dieses Engagement durch ihr Stipendienprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V.

In bewährter Zusammenarbeit mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen konnten seit Gründung des Vereins im Jahr 1989 über 130 Gäste aus 40 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, Ost- und Südosteuropas eingeladen werden.

Das Haus, eine denkmalgeschützte Hofanlage aus dem 18. Jahrhundert, wurde in den 60er Jahren von der Familie Böll erworben und bis zum Tod Heinrich Bölls vor allem in den Sommermonaten bewohnt. Zahlreiche Arbeiten Annemaries und Heinrich Bölls fanden in Langenbroich ihren Abschluss und viele Freunde, Kollegen und Politiker wurden dort empfangen. Der berühmteste Gast war wohl Alexander Solschenizyn im Februar 1974. Heute ermöglicht das Stipendienprogramm Schriftsteller/innen und Künstler/innen aus aller Welt, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert, frei von staatlicher Kontrolle oder gar Verfolgung, kreativ zu arbeiten. So entstehen auch heute noch viele Kunstprojekte in Langenbroich, und internationale Netzwerke werden geknüpft. Der Verein organisiert und vermittelt seinen Gästen auf Wunsch Lesungen und Ausstellungen. Hier eine Auswahl:

Heinrich-Böll-Haus-Langenbroich

- «Indre Sataite – the inner abstraction», Ausstellungseröffnung im Leopold-Hoesch-Museum, Düren, mit einer Lesung lyrischer Texte von Itai Mushekwe
- «Krumen vom Tisch», Ausstellung in der Evang. Stadtakademie/Frankfurt/M.
- «Azankpo – La Mascarade», Ausstellungseröffnung im Leopold-Hoesch-Museum, Düren, mit einer Lesung lyrischer Texte von Fiston Mwanza
- «Kosmos Literatur» mit Asli Erdogan und Fiston Mwanza im Theater Aachen
- «Rio, Istanbul, Berlin – Schreiben als Reise» mit Aslı Erdogan und Sebnem Isigüzel in der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung
- «Schreiben im Exil – Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe der Grenzen/wartend des Tags der Rückkehr (Bertolt Brecht)» – Lesung und Podiumsdiskussion mit Zeynel Kizilyaprak, Amir Valle und Bashana Abeywardane im Literaturhaus Berlin, veranstaltet vom Villa Aurora Forum Berlin
- «Bedroht, verboten und verfolgt – Autorenschicksale damals und heute» – Lesung zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung in Köln, u. a. mit Itai Mushekwe und Jovan Nikolic, veranstaltet von der Fachhochschule Köln
- Lesung mit Apti Bisultanov, Itai Mushekwe und Jakub Sarwas während der Lions-Kulturtage auf Schloss Burgau, Düren
- «Alles im Grünen Bereich» – Lesungen und Diskussionen mit Gästen des Böll-Hauses im Umweltzentrum Troisdorf, veranstaltet von Bündnis 90/Die Grünen

Bewerbungen an:
Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus
c/o Sadtbibliothek
Josef-Haubrich-Hof 1
50676 Köln
T 0221-2834850 **F** 0221-5102589
E reckhaus@boell.de

Gäste im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich 2008

Indre Sataite

Indre Sataite, Bildende Künstlerin aus Litauen (Jahrgang 1980). Sie studierte Malerei am Kaunas Art Institute der Vilnius Academy of Fine Arts in Litauen. In den letzten Jahren war sie mit zahlreichen Gruppen- und Einzelausstellungen in Litauen, Lettland und Österreich vertreten. Darunter die folgenden Ausstellungen: «the inner abstraction», 2008, Papier Museum Düren; «Krumen vom Tisch», 2008, Evangelische Stadtakademie Frankfurt/M.; «Every other supper», 2007, Wiederauferstehungskirche, Kaunas/Litauen; «Body and Blood», 2006, Galerie A. Satas, Kaunas/Litauen.

Itai Mushekwe

Itai Mushekwe, Schriftsteller und Journalist aus Simbabwe (Jahrgang 1983). Als Journalist berichtete Mushekwe in Simbabwe über Misswirtschaft und die menschenverachtende Politik in seinem Land. Während einer Journalistenweiterbildung in Berlin erfuhr er, dass er in Simbabwe auf die «Hitliste» – eine Liste von 14 missliebigen Journalisten – des Regimes Mugabe gesetzt wurde. Ohne Gefahr für Freiheit und Leben konnte er nicht mehr in seine Heimat zurückkehren. Seither berichtet er von Deutschland aus unter Pseudonym über die Lage in seinem Land. Im Dezember 2008 bekam er den renommierten Johann-Philipp-Palm-Preis für den Kampf um Meinungs- und Pressefreiheit verliehen. Zurzeit lebt er als Stipendiat des P.E.N. Zentrums in Deutschland.

Fiston Nasser Mwanza

Fiston Nasser Mwanza, Schriftsteller aus der Demokratischen Republik Kongo (Jahrgang 1981). Mwanza studierte angewandte Pädagogik, Geisteswissenschaften und Humanwissenschaften. Für seine Poesie wurde er bereits mehrfach mit Preisen ausgezeichnet, zuletzt 2005 mit dem «Prix Mwangaza» für seinen lyrischen Text «Femme – Calebasse». Seine Texte – vital, schelmenhaft und barock – nähren sich aus den politischen Turbulenzen seines Landes seit dem Erlangen der Unabhängigkeit. 32 Jahre Diktatur, 16 Jahre des Übergangs, mehr als 65 politische Parteien, Spaltungen und Befreiungskriege prägen das kulturelle Klima und das literarische Leben des Landes. Das Chaos in seinem Land, die Realität des Großstadtdschungels aus Gewalt und Verwahrlosung sind Mwanzas Themen. Auf Deutsch erschienen: «Hundestadt ...», *Literatur Nachrichten*, Nr. 99, Winter 2008, Litprom.

Asli Erdogan

Asli Erdogan, Schriftstellerin aus der Türkei (Jahrgang 1967). Erdogan studierte Informatik und Physik an der Bosporus-Universität in Istanbul. 1990 gewann sie mit einer Kurzgeschichte den viel beachteten Yunus-Nadi-Preis. Vier Jahre später gab sie ihre Karriere als Physikerin auf und konzentrierte sich auf das Schreiben. 1996 erschien ihr erster Roman «Mucizevi Mandarin» (Der wundersame Mandarin). Seither lebt Asli Erdogan als freie Schriftstellerin in Istanbul. Sie ist Mitglied des PEN und der türkischen Schriftstellervereinigung sowie Gründungsmitglied des Kunst- und Literaturforums von Diyarbakir, wo sie regelmäßig Workshops, Seminare und Vorlesungen abhält. In ihren Werken erkundet sie stets das Fremde, das Andere vor dem Hintergrund der türkischen Gesellschaft und der globalen Entwicklungen. Auf Deutsch erschienen: «Die Stadt mit der roten Pelerine», Roman, Unionsverlag 2008; «Der wundersame Mandarin», Roman, Dagyeli Verlag 2008.

Rolando Mejías, Schriftsteller aus Kuba (Jahrgang 1959). Mejías war Mitherausgeber der literarisch-politischen Zeitschrift *Diáspora(s)* in Havanna. Nach Problemen mit den Kulturbehörden Kubas verließ er 1997 das Land und ging mit einem Stipendium des Internationalen Schriftstellerverbandes nach Barcelona, wo er seither lebt. Der Lyriker, Essayist und Prosaautor zählt zu den bedeutenden Schriftstellern Kubas. Sein Werk wurde vielfach ausgezeichnet. Auf Deutsch erschienen: «Geschichten von Olmo», Roman, Verlag Schöffling & Co 2003.

Tété Camille Azankpo

Tété Camille Azankpo, Maler, Bildhauer aus Togo (Jahrgang 1968). Azankpo stellt seine Arbeiten seit 1996 in Westafrika, Frankreich, Holland und Deutschland aus. Ausstellungen (Auswahl): «La Mascarade», 2008, Papier Museum Düren; «Profils ou face», 2007, Michel Aveline/Paris; «L'album du Soldat», 2006, Französisches Kulturinstitut/Lomé; «Art in Action», 2005, Alliance Française/Accra; «Tout pour le Quotidien», 2004, Stadthalle Osnabrück; «ARTE GLOBAL», 2002, Gabriele Saure/Berlin; «Art in Action», 2002, Alliance Française/Accra; «Dans le miroir de l'autre», 2001, Deutsche Bank Osnabrück; «La Féminité au présent», 2001 Galerie Médoc/Bordeaux, «Grands et jeunes aujourd'hui», 2001 Assemblée Nationale/Paris.

Viatcheslav Kuritsyn, Schriftsteller aus Russland (Jahrgang 1965).
Jakub Sarwas, Komponist, Dirigent und Musiker aus Polen (Jahrgang 1977).

Beide Künstler wurden bereits im Jahresbericht 2007 vorgestellt.

GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Die Weiterbildungsakademie bietet Qualifizierung, Wissen und Beratung für politische Akteure, Einzelpersonen, Organisationen und Unternehmen an. GreenCampus leistet damit einen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen, die für die politische Arbeit und die gesellschaftliche Partizipation notwendig sind. Dabei legt GreenCampus Wert auf ein gelungenes Zusammenspiel aus Theorie und praxisnaher Aufbereitung und schlägt so die Brücke vom «Wissen zum Handeln».

Jetzt mit Gütesiegel

Nach knapp zweijähriger Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung wurde GreenCampus im Dezember 2008 das Zertifikat «LQW» (Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung) verliehen. Testiert wurde GreenCampus von ArtSet, einem privaten Institut in Hannover, und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE). Alle Angebote, die unter dem Logo von GreenCampus durchgeführt werden, werden nun mit dem LQW-Zertifikat ausgezeichnet. GreenCampus ist der erste Bereich der Heinrich-Böll-Stiftung, der sich extern auf sein Qualitätsmanagement hin hat überprüfen lassen.

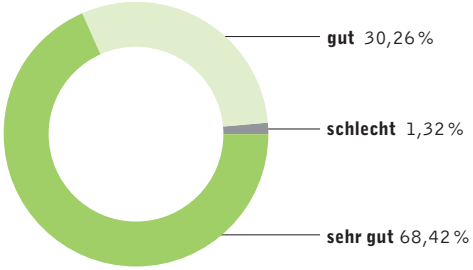
Ein starkes Programm im In- und Ausland

Neben der breiten Angebotspalette der Landesstiftungen macht GreenCampus mit einem interessanten Katalog an Bestellseminaren Weiterbildung zu einer maßgeschneiderten Dienstleistung. Der Ausbau dieses Angebots stand im Jahr 2008 im Vordergrund. Mittlerweile bietet GreenCampus über 50 Bestellseminare – von «Politischen Kampagnen» und der «Entwicklung politischer Botschaften» über «Change Management» sowie «Gender und Diversity»-Seminaren bis hin zum «Projektmanagement für Fraktionen».

Zusätzlich zu einer Vielzahl an Weiterbildungs- und Beratungsformaten für NGOs, Fraktionen und Parteiorganisationen hat GreenCampus mehrere Projekte im Ausland – im Auftrag der Green European Foundation (GEF) – erfolgreich durchgeführt. Dazu gehören unter anderem Kampagnenseminare auf Malta, in Estland und Tschechien, eine Umfrage zum Thema Fundraising Grüner Parteien in ganz Europa sowie ein Workshop «Internet Campaigning» für über 20 Spezialist/innen Grüner Parteien in Brüssel.

Neben Bestellseminaren führt GreenCampus im neuen Haus der Heinrich-Böll-Stiftung die Reihe «Workshops Spezial» zu ausgesuchten und aktuellen Themen fort. Die Reihe erfreut sich starker Nachfrage. Im Jahr 2008 standen die Themen «EU-Förderung für Organisationen» und «Grassrootscampaigning von Obama lernen» auf der Agenda.

Knapp 99 Prozent der befragten Teilnehmer/innen von GreenCampus-Bestellseminaren bewerten die Arbeit unserer Trainer/innen als gut bis sehr gut.



Christian Neuner-Duttenhofer
Leiter von GreenCampus

Das gesamte Programm und zusätzliche aktuelle Angebote unter
www.greencampus.de
T 030–285 34-144

LQW
ArtSet
Qualitätstestiert bis 07.12.2012

«Die Gutachterinnen erkennen aus dem Selbstreport eine beeindruckende Qualitätsarbeit in dem jungen Projekt GreenCampus.» (LQW-Gutachten zum Selbstreport vom 21.07.2008)

Grüne Akademie

Die Grüne Akademie ist ein Netzwerk von politisch interessierten Wissenschaftler/innen und an wissenschaftlichen Diskussionen interessierten Politiker/innen. Sie hat sich zur Aufgabe gesetzt, grundlegende gesellschaftliche Fragen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu diskutieren und reformpolitische Anstöße zu geben. Aktuell präsentiert sich die Akademie mit ihrer neu gestalteten Homepage, auf der auch Tagungsberichte und Informationen zu ihren Mitgliedern zu finden sind.

Die Vorträge und Diskussionen der «Sommerakademie 2008» in Potsdam widmeten sich der kapitalismuskritischen Stimmung, die der Finanzkrise schon vorausging: «(Wer hat) Angst vor dem neuen Kapitalismus?» lautete die Frage. Es wurde deutlich, wie weit die Umorientierung der Unternehmens- und Wirtschaftsphilosophie in den letzten Jahrzehnten gegangen ist. Während die national orientierten, untereinander eng verflochtenen Unternehmen früher einige gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahrgenommen hatten, richteten sie sich spätestens seit den 1980er Jahren durch die Globalisierung und Konkurrenzsituation vorwiegend nach Shareholder-Value und Effizienzsteigerung. So kam es zu einer massiven Entflechtung der alten «Deutschland-AG». Die Opfer und Kosten dieses Prozesses wurden an den Staat verwiesen, der ideologisch der Liberalisierung verbunden blieb, dessen Sozialsysteme aber auf die steigende Zahl der Arbeitslosen nicht vorbereitet waren. Während die globale Finanzmarktlogik eine neue Dynamik entwickelte, mangelte es zudem an demokratisch legitimierten Kontrollinstanzen, die die Märkte im Sinne des Gemeinwohls regulieren könnten. Gerade deshalb müsse sich Wirtschaftspolitik als regulierend begreifen – so der Tenor auf der Tagung. Der Gedanke der «Nachhaltigkeit» des wirtschaftlichen Handelns werde in der Zukunft eine Rolle spielen müssen – vor allem im Hinblick auf die allgemeinen Folgen des Klimawandels.

Anstatt eine Vielzahl von Einzelinteressen zu bedienen, müsse Politik darauf abzielen, einen Begriff von Gemeinwohl zu schaffen und auch in Haushaltsentscheidungen zu berücksichtigen. Die Herausforderung bestehe vor allem darin, ein Gemeinwohl-Denken zu erzeugen. Auch die kapitalismuskritische Linke müsse sich hieran messen lassen. Wo die Suche nach glaubwürdigen Alternativen zum Äquivalententausch lediglich nicht-ökonomische Kriterien wie Solidarität und Fairness anbiete, gebe sie die Vorstellung auf, dass die Menschheit als arbeitsteiliger Zusammenhang von Information und Kommunikation über Märkte existiere; «romantische Ökonomen» (Marx) blieben die Antwort auf politische Steuerung der Ökonomie schuldig.

Eine weitere Herausforderung bestehe darin, transnationales Verwaltungshandeln zu ermöglichen und zu kontrollieren. Dafür müsse auch mit neuen Formen deliberativer Demokratie experimentiert werden: Beteiligungsformen für bisher institutionell nicht vorgesehene Akteure und Internet-Governance-Formen müssten möglich sein.

Unter dem Dach der Grünen Akademie tagen mehrmals jährlich Tischgespräche zur Politikberatung, die durch den Arbeitskreis «Demokratie und Parteien» begleitet werden. Sie erörtern strategisch relevante Themen der Parteiendemokratie-Entwicklung. Im April 2008 fand eine Tagung zum Thema «Bündnis 90/Die Grünen im 5-Parteiensystem: Programmpartei in wechselnden Mehrheiten» statt. Denn neue koalitionspolitische Beweglichkeiten wird allen Parteien mittlerweile abverlangt, wobei nicht alles, was numerisch möglich, auch ohne weiteres politisch realisierbar ist. Die Frage bleibt offen, inwieweit eine Politik wechselnder Kooperationen gerade die kleine grüne Programmpartei vor Zerreißproben stellt.

www.gruene-akademie.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird: Alle im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Aus Anlass des 25. Jahrestags des historischen Wahlerfolgs der Grünen am 6. März 1983, als sie zum ersten Mal den Einzug in den Bundestag erreichten, veranstaltete das Archiv zwei Zeitzeugengespräche: das erste mit Jürgen Treulieb und Oliver Schruoffeneger, das zweite mit Christa Nickels. Dabei ging es unter anderem um die verschiedenen Versuche, die Bundestagsfraktion stärker an die Partei zu binden, und um den ersten weiblichen Vorstand einer Bundestagsfraktion überhaupt, das sogenannte Feminat im zweiten Jahr der Wahlperiode 1984/85.

Weitere Veranstaltungen 2008 waren die Vorstellung des Buches von Paul Hockenos: *Joschka Fischer and the Making of the Berlin Republic: an Alternative History of Postwar Germany*, eine Veranstaltung mit Hansjürgen Bulkowski über Leben und Tod des frühen Vorkämpfers der Umwelt- und Lebensschutzbewegung, Hartmut Gründler, sowie eine Reihe von Veranstaltungen mit Besuchergruppen der Bundestagsfraktion zu verschiedenen Themen aus der Geschichte der Grünen.

Christa Nickels bei der 1. Bundesfrauenkonferenz der Grünen vom 19.–20.10.1985 in Köln.

Bearbeitung von Archivbeständen

Im Jahr 2008 wurden zwei Teilbestände des Petra-Kelly-Nachlasses bearbeitet. Dabei handelte es sich erstens um Sachakten aus den Jahren 1991 und 1992 zu Auslandsreisen, zur Teilnahme an Veranstaltungen, zum Golfkrieg 1991/1992 und zu ihrer Tätigkeit als Fernsehmoderatorin. Darin enthalten ist auch die politische Korrespondenz von Petra Kelly nach Ende ihres Bundestagsmandats. Eingeschlossen in die im Jahr 2008 bearbeiteten Archivalien sind die Unterlagen zu den Gedenkfeiern für Petra Kelly nach ihrem Tod am 1. Oktober 1992. Zweitens bearbeitete das Archiv 760 Fotografien von Petra Kelly. Dazu gehörte die Bewertung der Fotografien nach ihrem biografischen und zeithistorischen Wert, die Digitalisierung, die formale und inhaltliche Beschreibung und Erschließung sowie die dauerhafte Lagerung und die Erstellung eines vorläufigen Findmittels.

Auch die Bearbeitung der Akten der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der 13. Wahlperiode (1994–1998) wurde 2008 fortgesetzt. Dabei ging es um die Arbeitskreise III (Innen, Recht und Petitionen), IV (Frauen, Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit) und V (Außenpolitik, Menschenrechte und Abrüstung). Im Besonderen handelte es sich um die Koordinationen der Arbeitskreise III und IV, die Referate für Arbeitsmarktpolitik und Gesundheitspolitik, die Enquete-Kommission Demografischer Wandel und um das Osteuropareferat.

Drei Praktikantinnen und Praktikanten und ein Archivkurs der Fachhochschule Potsdam haben das Archiv im vergangenen Jahr unterstützt. Neben einer Überarbeitung des Bestandsverzeichnisses des Archivs konnten so die Unterlagen der französischen Europaabgeordneten Marie Anne Isler Béguin und die Unterlagen von Daniel Cohn-Bendit bearbeitet und verzeichnet werden.

Das Archiv hat im Jahr 2008 interessante Erwerbungen für seine Sammlungen machen können, z. B. konnte die Plakatsammlung um 272 Plakate vervollständigt werden. In der Archivbibliothek wurde mit der Katalogisierung der Arbeitsbibliothek von Rudolf Bahro begonnen. Außerdem wurden die Datensätze von 3.000 Büchern so bearbeitet, dass sie online recherchierbar sind (http://www.boell.de/stiftung/archiv/archiv-599.html).

Grünes Gedächtnis 2009
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2009, 96 Seiten

Preise

Berlin: Petra-Kelly-Preis 2008 an Zhang Sizhi

Zhang Sizhi

Am 2. Dezember 2008 erhielt der chinesische Strafverteidiger und Menschenrechtsanwalt Zhang Sizhi den Petra-Kelly-Preis. Der 81jährige Zhang Sizhi gilt unter chinesischen Juristen als das «Gewissen der Anwälte» und hat seit Anfang der 80er Jahre viele von den chinesischen Behörden angeklagte Regimekritiker verteidigt. Vor 190 Gästen bekannte der Preisträger in seiner Dankesrede: «Ich sehne mich nach Freiheit. Fehlt im Leben die Freiheit oder büßt man unerwartet die Menschenrechte ein, dann wird der Wert des Daseins geschmälert oder geht gar verloren.» Laudatorin Brigitte Zypries, Bundesministerin für Justiz, stellte heraus, dass Zhang Sizhi den schwierigen Weg Chinas in Richtung Freiheit und Demokratie seit vielen Jahrzehnten mit herausragendem persönlichem und beruflichem Engagement begleite.

Die Heinrich-Böll-Stiftung verleiht den mit 10.000 Euro dotierten Petra-Kelly-Preis seit 1998 alle zwei Jahre an Personen oder Gruppen, die sich in herausragender Weise für die Achtung der universellen Menschenrechte, für gewaltfreie Konfliktlösung oder den Schutz der natürlichen Umwelt einsetzen. Mit dem Preis gedenkt die Heinrich-Böll-Stiftung zugleich Petra Kelly, Mitbegründerin und Sprecherin der bundesdeutschen Grünen und herausragende Persönlichkeit der weltweiten ökologischen und pazifistischen Bewegung. In ihrem Sinne soll der Preis die Anliegen der ausgezeichneten Projekte und Personen fördern und ihnen helfen, jene weiter zu verfolgen.

Bremen: Hannah-Arendt-Preis 2008

(l–r): Ralf Fücks, Karoline Linnert, Viktor Zaslavsky und Antonia Grunenberg

Mit dem Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken wurde am 5. Dezember 2008 der russische Politikwissenschaftler Viktor Zaslavsky geehrt. Mit seinem Werk *Klassensäuberung – Das Massaker von Katyn*, einer schockierende Analyse des Massenmordes der sowjetischen Partei- und Staatsführung an tausenden polnischen Offizieren und Zivilisten im Jahre 1940, richtet Zaslavsky den Blick auf eines der größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Zweiten Weltkrieges und seine jahrzehntelange Verschleierung. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges habe Moskau offiziell eingeräumt, dass die Morde von Katyn von den Sowjets verübt worden waren. Unter Putin herrscht allerdings erneut die Tendenz, vom offenen Umgang mit den historischen Fakten abzurücken und alles zu verschweigen, was einer neuerlichen Glorifizierung der sowjetischen Geschichte im Wege stehen könnte. Insbesondere würdigte die Jury daher den Mut Zaslavskys, gegen das Verschweigen anzugehen.

Der Preis ist mit 7.500 Euro dotiert und wird vom Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung finanziert.

Friedensfilmpreis

FRIEDENSFILMPREIS
INTERNATIONALE FILMFESTSPIELE BERLIN

Der 23. Friedensfilmpreis, der jährlich im Rahmen der Berlinale verliehen wird, ging 2008 an «Buda Az Sharm Foru Rikht» («Buddha zerfiel vor Scham»). In dem Film geht es um Bakthay, ein kleines Mädchen in den Bergen Afghanistans, das sich ihren Wunsch nach Bildung zu erfüllen hofft und deren Traum jäh zerplatzt. Auf dem Weg zur Schule wird sie von Jungen, die Taliban spielen, als Geisel genommen. Erschreckende Szenen: Kinder die das spielen, was sie von den Erwachsenen gelernt haben: Gewalt, Demütigung und Zerstörung. «Ein tragischer Film über zerstörtes Leben und missachtete Menschenrechte, worunter vor allem die Kinder leiden. Aber auch ein Film, in dem die kleine Bakthay auf ihren kurzen Beinen den weiten Weg zur Schule läuft und leuchtet wie ein heller Stern», wie es in der Begründung der Jury des Friedensfilmpreises heißt.

Der Friedensfilmpreis, der unter der Schirmherrschaft der «IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung» steht, ist mit 5000 Euro dotiert. Das Preisgeld wird seit 1996 von der Heinrich-Böll-Stiftung zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung im neuen Haus

Die Welt ins Haus holen – Eröffnung des neuen Stiftungshauses

Gut 20 Jahre nach Gründung der ersten politischen Stiftungen im Umfeld der Grünen und 11 Jahre nach dem Umzug von Köln nach Berlin bedeutet das neue Haus für die Heinrich-Böll-Stiftung einen Sprung in eine neue Dimension: ein eigenes Gebäude, ein modernes Konferenzzentrum, eine neue Sichtbarkeit mitten in Berlin. Am 25. September 2008 war es endlich soweit: Die Stiftungszentrale in der Schumannstraße 8 wurde durch Bundespräsident Horst Köhler feierlich eröffnet. Rund 700 Gäste und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung nahmen daran teil. Grußworte sprachen neben dem Bundespräsidenten auch Reinhard Bütikofer, Parteivorsitzender Bündnis90/Die Grünen, René Böll für die Erbengemeinschaft Heinrich Böll und Piet Eckert vom Architektenbüro e2a in Zürich. Der Vorstand der Stiftung, Barbara Unmüßig und Ralf Fücks, betonte in seiner Eröffnungsrede den offenen Charakter des neuen Hauses. Das Haus stehe für Weltoffenheit, Transparenz und Nachhaltigkeit. Es solle ein republikanisches Forum sein, ein Ort des internationalen Austauschs, eine Ideenwerkstatt, ein Haus der Kunst und eine erste Adresse politischer Bildung. Mit spannenden Debatten, internationalem Dialog und Kooperation, Publikationen, Internet-Angeboten, der Förderung begabter Studentinnen und Studenten, Ausstellungen und Weiterbildungsangeboten für alle politisch Interessierten wolle die Stiftung der Gesellschaft einen möglichst großen Gegenwert zurückgeben. Ein Versprechen, das auch Bundespräsident Horst Köhler gerne eingelöst sehen wollte: «Sie haben Grips, und Ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger kaufen und schenken Ihnen die Zeit und den Ort, um diesen Grips einzusetzen für die Verbesserung unserer Republik, für das Gemeinwohl und für Demokratie und Menschenrechte weltweit. Ist das nicht eine Riesenchance – und eine große Verantwortung?» Die Heinrich-Böll-Stiftung wird alles tun, um ihr auch in Zukunft gerecht zu werden.

Bundespräsident Horst Köhler bei der Eröffnung der neuen Stiftungszentrale

Damenorchester Salome

Vorreiter in der Gebäudetechnik – das Energiekonzept des Neubaus

Das neue Stiftungshaus gehört energetisch zur ökologischen Avantgarde: Wenig, aber hoch-innovative Technik sorgt in dem modernen Bürogebäude für ein angenehmes Raumklima. Der Energieverbrauch in Höhe von 55.7 kWh/m2 unterbietet die gesetzlich vorgeschriebenen Werte der Energieeinsparverordnung um die Hälfte. Damit nimmt das Gebäude eine Vorreiterrolle im modernen Büro- und Konferenzgebäudebau ein. Dank der engen Zusammenarbeit zwischen Bauherrschaft, Architekten und Gebäudetechnik-Ingenieuren konnten die innovativen Lösungen innerhalb eines eng abgesteckten finanziellen Rahmens realisiert werden.

Nachhaltigkeit ist einer der Grundwerte der Heinrich-Böll-Stiftung. Nachhaltigkeit war auch das Leitprinzip für das Energiekonzept, das vom Schweizer Ingenieurunternehmen Basler & Hofmann, Zürich, für die Stiftung entwickelt wurde. Es folgt drei wesentlichen Regeln:

- Intelligente Systeme mit möglichst wenig Geräten – das spart Ressourcen und hält die Installations- und Betriebskosten gering.
- Energie ist erst verloren, wenn sie das Gebäude verlässt. Abwärme wird auf innovative Weise wieder genutzt.
- Möglichst natürliche und nutzerbestimmte Lüftung und Kühlung.

In Partnerschaft mit der Firma Grammer Solar wurde auf dem Dach eine Photovoltaik-Anlage installiert, die einen Primärenergiebeitrag von etwa 53.000 kWh jährlich erbringt und dem Fernwärmenetz zugeführt wird.

Das Haus Schumannstraße 8
Berlin 2009, 24 Fotoseiten plus Begleittexte

Zu bestellen unter info@boell.de

Stiftungsmanagement

Für die Stiftung war die finanzielle Ausgangslage aufgrund ihrer überwiegend zuwendungsfinanzierten Basis im Jahr 2008 noch positiv. Für die bildungspolitische Arbeit sowie die Förderung und Durchführung von Projekten im In- und Ausland konnten, dank der politischen Schwerpunktsetzung im Bundeshaushalt, die Mittel im Jahr 2008 auf 23.128.707 Euro gesteigert werden. Durch vermehrte Kooperationen und die erfolgreiche Bewerbung vor allem für entwicklungspolitische Projekte der Europäischen Kommission wurde die politische Bildungsarbeit intensiviert. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich außerdem die Projektmittel für die Studien- und Promotionsförderung im Studienwerk. Das neue Stiftungshaus, das im Juni 2008 nach knapp 18 Monaten Bauzeit bezugsfertig war, wurde im Rahmen eines Public-Private-Partnership-Modells errichtet.

Die Stiftung stellt sich mit einer vorsorgenden Finanzplanung auf die kommenden Jahre ein. Dazu dienen eine Reihe von Maßnahmen, wie die verstärkte Akquisition von EU-Projekten und die Drittmitteleinwerbung. Darüber hinaus werden die Geschäftsprozesse nach und nach in allen Abteilungen einer Analyse unterzogen, um eine optimale Ressourcenverwendung sicherzustellen. In der Abteilung Internationale Zusammenarbeit wurde dieser Prozess bereits Ende 2007 angestoßen und über das Jahr 2008 umgesetzt. Ziel war es, die Ergebnisverantwortung eindeutiger zu regeln sowie mehr Transparenz und Klarheit im Rechnungswesen herzustellen. Dieser Prozess wird voraussichtlich 2010 abgeschlossen sein.

Im Engagement, der Erfahrung und den Kompetenzen unserer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt das Hauptkapital für den Erfolg der Stiftung. Der Umzug in das neue Stiftungshaus und die damit verbundene neue Arbeitssituation waren stiftungsintern das herausragende Ereignis im Jahr 2008.

Neben einer gezielten Personalauswahl legen wir großen Wert auf die Schaffung optimaler Arbeitsbedingungen und eine moderne Personalentwicklung mit individueller Weiterbildung. So haben sich im Sommer 2008 viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einer Befragung zu ihrer Gesundheit, ihrer Arbeitsplatzsituation und dem Arbeitsklima in der Stiftung beteiligt. Die Befragung und einige Folgeaktivitäten wurden durch die AOK finanziell unterstützt. Die Auswertung hat deutlich gemacht, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung in hohem Maße mit der Organisation und mit den Inhalten ihrer Arbeit identifizieren sowie große Gestaltungsspielräume sehen.

Dr. Birgit Laubach, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung besteht aus 49 Mitgliedern. Ihr gehörten zum Stichtag 31.12.2008 vier Abgeordnete der grünen Bundestagsfraktion und zwei Funktionsträger der Partei Bündnis 90/Die Grünen an. Im zweiköpfigen Vorstand der Stiftung ist kein Funktionsträger von Partei oder einer Fraktion; in den aus neun Personen bestehenden Aufsichtsrat wurde ein Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen gewählt.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt:

Vermögensgegenstände und Schulden der rechtlich unselbständigen Auslandsbüros des Heinrich-Böll-Stiftung e.V. werden nicht bilanziert.

Mit dieser Einschränkung entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Mit der genannten Einschränkung steht der Lagebericht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 17. November 2008

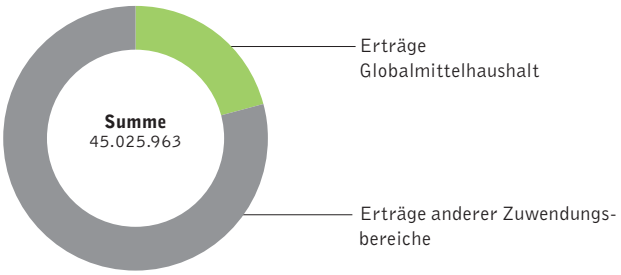
PricewaterhouseCoopers
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

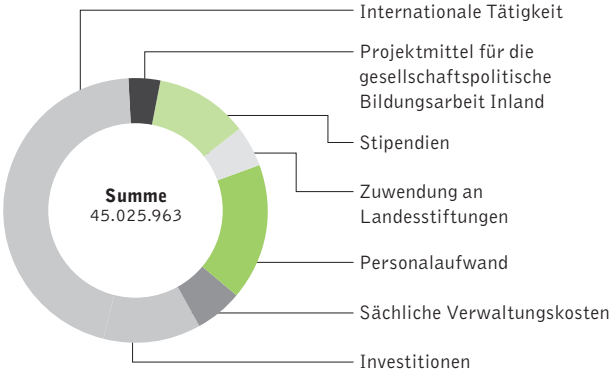
	Lfd. Jahr (2009) Planzahlen	Berichtsjahr (2008) Vorläufige Zahlen	Vorjahr (2007) Testierte Zahlen
Erträge Globalmittelhaushalt *	14.475.000	14.865.141	12.814.038
Erträge anderer Zuwendungsbereiche **	31.132.000	30.160.822	28.855.073
davon Zuwendungen für das Bauvorhaben: 4.134.691 Euro (Vj. 4.840.490 Euro)			
Erträge Auflösung des Sonderpostens	350.000	565.178	311.927
Summe der Erträge	45.957.000	45.591.141	41.981.038
Personalaufwand	7.850.000	7.493.774	7.150.699
Abschreibungen	350.000	565.178	311.910
Sächliche Verwaltungskosten ***	2.488.000	2.665.227	2.261.314
Investitionen	222.000	5.290.006	4.960.684
davon Investitionen in das Bauvorhaben: 4.134.691 Euro (Vj. 4.840.490 Euro)			
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.703.000	1.323.579	1.212.841
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.213.000	2.225.066	2.069.008
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	9.996.000	7.461.571	6.477.312
Weiterleitung von BMZ-Projektmitteln	21.135.000	18.566.740	17.537.270
Summe der Aufwendungen	45.957.000	45.591.141	41.981.038
Zwischenergebnis	–	–	–
Vereinserträge	78.000	142.421	90.667
Vereinsaufwendungen	24.000	118.476	66.292
Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Vereins	–	–	102
Vereinsergebnis	54.000	23.945	24.273
Jahresfehlbetrag/Überschuss	54.000	23.945	24.273

* enthält die Erträge aus Globalmitteln des BVA, Verwaltungskostenzuschüssen anderer Zuwendungsgeber und die sonst. Einnahmen
** enthält Projektmittel des BMZ, des AA, der EU sowie die Mittel für die Studienförderung des BMBF und AA
*** einschl. der Rückstellungen für Risiken
BMI: Bundesministerium des Innern BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung AA: Auswärtiges Amt BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung BVA: Bundesverwaltungsamt

Erträge 2008



Aufwendungen 2008



Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2008 haben sich diese Erträge ohne Baumittel gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,1 Mio. Euro (entspricht 11 Prozent) auf 40,9 Mio. Euro erhöht. Der Zuwachs kam insbesondere der Studienförderung und der internationalen Tätigkeit (jeweils zusätzlich rd. 1 Mio. Euro) der Stiftung zugute. Der Zuwachs bei den Globalmitteln beruht auf einmaligen Finanzierungen zugunsten des Stiftungsbaus.

Auf der Ausgabenseite sind die Projektmittel sowohl für die Inlands- wie auch für die Auslandstätigkeit der Stiftung gestiegen. Ebenso konnte die Stipendienförderung deutlich angehoben werden. In den Neubau des Stiftungshauses, das Mitte 2008 fertiggestellt worden ist, sind erhebliche investive wie auch Sachmittel geflossen.

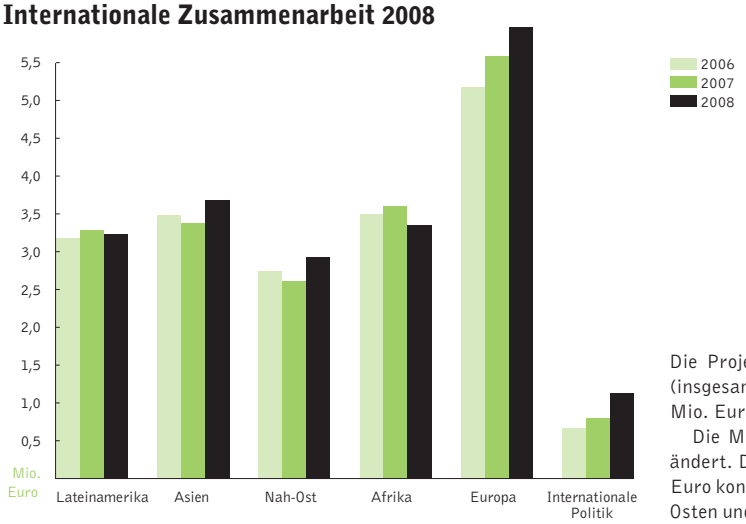
Dem Vereinsvermögen konnte erneut ein kleiner Überschuss (rd. 24 T Euro) zugeführt werden. Die weitere Tätigkeit der Stiftung ist zwar grundsätzlich durch mittelfristige Finanzzusagen seitens der Zuwendungsgeber gesichert. Allerdings lassen sich mögliche Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die Stiftungsfinanzen gegenwärtig nicht vorhersehen.

Die Stiftung verfügte im Jahr 2008 immer über eine ausreichende Liquidität.

Vorläufige Bilanz zum 31. Dezember 2008

Aktivia	Berichtsjahr 2008	Vorjahr 2007
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten, zuwendungsfinanziert	61.865	53.670
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	–	–
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	17.545.720	3.864.785
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	1.685.731	369.879
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	1	2
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	–	5.948.052
Finanzanlagen		
Kautionen	1.479	1.450
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	647.086	679.753
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.031.609	3.218.424
Rechnungsabgrenzungsposten	229.613	359.673
Summe	21.203.104	14.495.688
Passiva		
Vereinsvermögen		
Rücklagen	125.864	101.591
Jahresergebnis	23.245	24.273
Sonderposten aus Zuwendungen		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	14.992.962	10.098.550
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	1.479	1.450
Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	13.200	20.100
Sonstige Rückstellungen	508.023	527.900
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	287.667	290.483
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern		
aus BMZ-Mitteln	–	5.000
aus AA-Mitteln	443	43
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern		
gegenüber der EU	7.550	50
gegenüber dem BMZ	28.427	29.109
gegenüber dem AA	34.439	–
gegenüber dem BVA	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	4.437.026	107.068
Rechnungsabgrenzungsposten		
gegenüber der EU	–	331.767
gegenüber dem BVA	325.854	2.896.759
gegenüber dem BMZ	1.446	–
gegenüber dem BMBF	–	39.082
gegenüber sonstigen	415.479	22.463
Summe	21.203.104	14.495.688

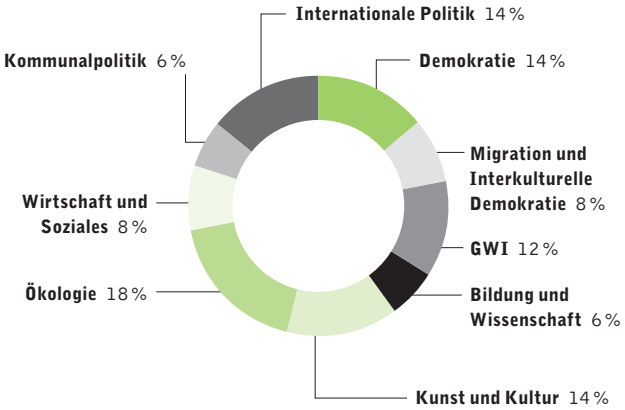
Internationale Zusammenarbeit 2008



Die Projektmittel für die Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit (insgesamt 20,3 Mio. Euro) sind 2008 gegenüber dem Vorjahr um fast eine Mio. Euro gestiegen.

Die Mittel des Auswärtigen Amtes sind mit rund 1,1 Mio. Euro unverändert. Die akquirierten Mittel der Europäischen Union in Höhe von 759 T Euro konnten für Projekte in Afrika, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten und im Kaukasus eingesetzt werden.

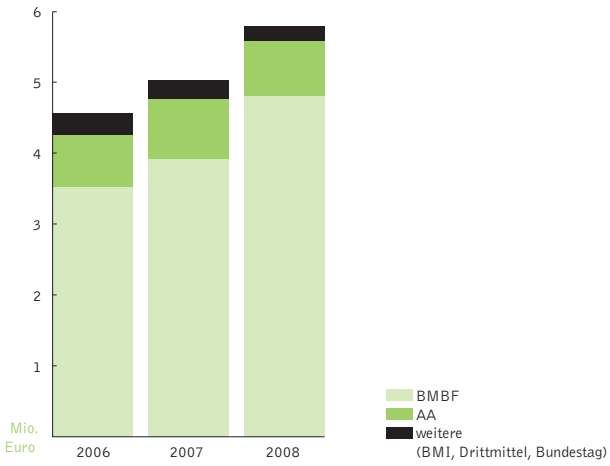
Fachmittel 2008



Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2008 rund 1,1 Mio. Euro verausgabt. Ein Großteil davon floss in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem wurden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie Green Campus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt.

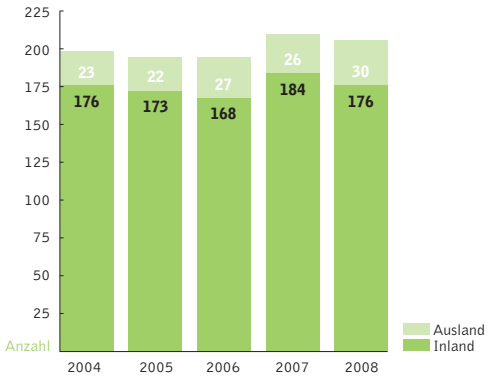
2,3 Mio. Euro leitete die Stiftung im Jahr 2008 für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

Stipendienmittel nach Mittelgebern



Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Auswärtigen Amt (AA) sowie von der Britta-Lohan-Gedächtnis-Stiftung. Durch einen Aufwuchs von 23 Prozent gegenüber 2007 konnten wir 249 deutsche und internationale Studierende und Promovierende neu fördern. Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung am «Internationalen Parlaments-Stipendium» des Deutschen Bundestages und führt selbst ein ambitioniertes Begleitprogramm für die Stipendiatinnen und Stipendiaten durch.

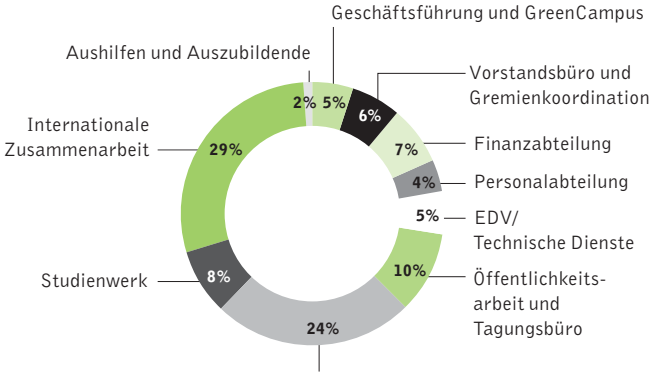
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung



Die Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt im Inland derzeit 176 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – eine Zahl, die im Verlauf der letzten fünf Jahre relativ konstant gehalten werden konnte. Fast 70 Prozent der Mitarbeitenden sind schon seit über fünf Jahren dabei – eine Zahl, die für die Attraktivität der Heinrich-Böll-Stiftung als Arbeitgeberin spricht.

Hinzu kommen 30 ins Ausland entsandte Beschäftigte; dies bedeutet eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den 28 Auslandsbüros sind darüber hinaus etwa 180 lokale Angestellte beschäftigt.

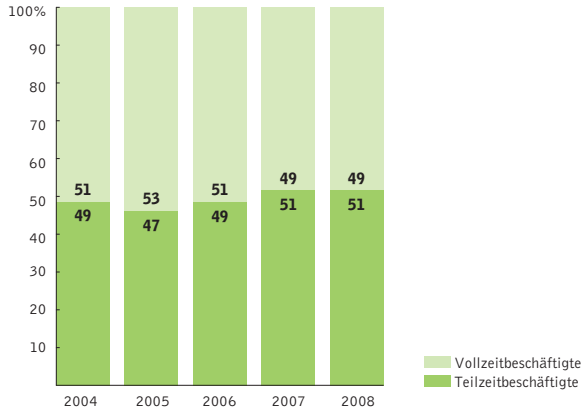
Verteilung der Personalkosten



Politische Bildung Inland, Böll-Archiv Köln, Archiv Grünes Gedächtnis, Grüne Akademie, GWI

69 Prozent der Beschäftigten widmen sich der fachlichen Arbeit (Fachabteilungen Politische Bildung Inland, Internationale Zusammenarbeit, Studienwerk, GreenCampus, Vorstandsbüro). 10 Prozent sind mit größtenteils projektbezogener Öffentlichkeitsarbeit betraut. Dazu gehöret unter anderem die Herausgabe von Publikationen und Internet-Dossiers sowie die Durchführung von Veranstaltungen. In den Managementabteilungen Personal, Finanzen und IT/Technische Dienste sind 16 Prozent des Personals beschäftigt.

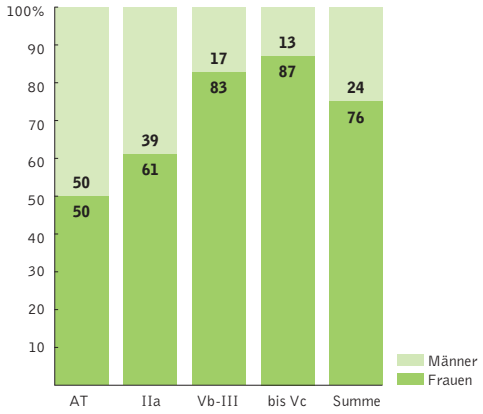
Work-Life-Balance



In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik. Die Stiftung verfügt über ein flexibles Arbeitszeitsystem, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitreichende Spielräume in der Gestaltung ihrer Arbeitszeit lässt. 51 Prozent der Beschäftigten arbeiten Teilzeit.

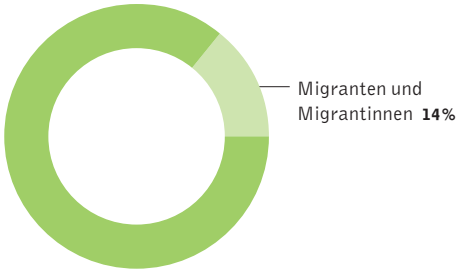
Für die Heinrich-Böll-Stiftung stellt die Möglichkeit der unentgeltlichen, längerfristigen Beurlaubung ein wichtiges Instrument zur Mitarbeitermotivation und Personalentwicklung dar: Für größere private Vorhaben wie längere Auslandsreisen oder eigene Buchprojekte besteht die Möglichkeit, sich beurlauben zu lassen bzw. ein Sabbatical zu nehmen. 18 Prozent der Beschäftigten befinden sich derzeit in Elternzeit oder in einem Sonderurlaub.

Anteil der Frauen und Männer in den Tarifgruppen in Prozent



Die Gemeinschaftsaufgabe «Geschlechterdemokratie» ist per Satzung für alle Arbeitsfelder der Stiftung festgeschrieben und wird auch in der Personalpolitik verwirklicht. So sind Frauen mit 50 Prozent im außertariflichen Bereich und mit über 60 Prozent in den mittleren Führungspositionen deutlich stärker vertreten als in vergleichbaren Organisationen. Gleiches gilt für die Auslandsbüros.

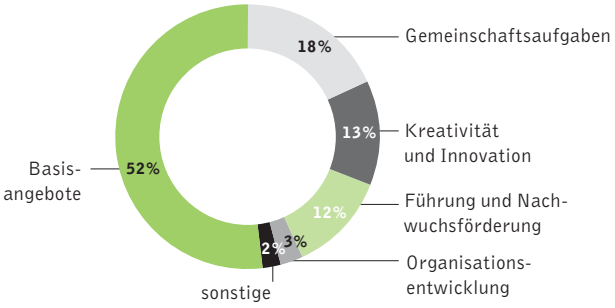
Anteil von Migrantinnen und Migranten in Prozent



Die Heinrich-Böll-Stiftung ist Unterzeichnerin der Charta der Vielfalt. Damit hat sie sich unter anderem verpflichtet, die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Stiftung wertzuschätzen, einen respektvollen Umgang miteinander zu pflegen sowie eine Personalpolitik zu verfolgen, die die vielfältigen Talente der Beschäftigten fördert.

14 Prozent der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben einen Migrationshintergrund. Gegenüber dem Vorjahr konnte diese Zahl um 2 Prozent gesteigert werden. Unter den ins Ausland entsandten Beschäftigen sind 20 Prozent Migranten. Die Stiftung hat damit ihre in der Satzung verankerte Zielvorgabe von mindestens 10 Prozent erfolgreich umgesetzt.

Personalentwicklung



Zur Umsetzung ihrer Ziele beschäftigt die Heinrich-Böll-Stiftung hochqualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie setzt dabei auf die Vielfalt ihrer Beschäftigten, d.h. auf unterschiedliche Erfahrungen und Fähigkeiten, sei es in Bezug auf Ausbildung oder Berufs- und Lebenserfahrung.

Zur Weiterbildung bietet die Stiftung Fortbildungen auf verschiedenen Ebenen an:

- Basisqualifikationen, die Grundlagen für die Ausübung der Stelle vermitteln, u.a. EDV-Schulungen, Zuwendungsrecht und Fremdsprachenkenntnisse
- Veranstaltungen und Trainings zur Wahrnehmung der Gemeinschaftsaufgaben Geschlechterdemokratie und Migration/Interkulturelle Demokratie
- Organisationsmanagement, dazu gehört u.a. Projekt- und Qualitätsmanagement sowie Team-Entwicklung
- Vermittlung von Führungskompetenzen
- Förderung von Kreativität und Innovation, um die politische Bildungsarbeit kontinuierlich weiterzuentwickeln

Gremien

Stand: Januar 2009

Mitgliederversammlung Hartmut Bäumer, Klaus Baumgärtner, Lukas Beckmann, Birgitt Bender, Dr. Maritta Bieberstein von Koch-Weser, Franziska Brantner, Kajo Breuer, Dr. Carolin Emcke, Gisela Erler, Ulrike Gauderer, Martin Grimm, Dr. Robert Habeck, Michael Henke, Dr. Dietrich Hermann, Christiane Howe, Michaele Hustedt, Mechtild M. Jansen, Dr. Christa Karras, Leo Klotz, Ute Koczy, Dr. Gerd Koenen, Fritz Kuhn, Undine Kurth, Joost Lagendijk, Steffi Lemke, Prof. Dr. Dirk Messner, Dr. Matias Mieth, Daniel Mittler, Klaus Müller, Özcan Mutlu, Prof. Dr. Ursula Neumann, Katrin Rabus, Irene Reifenhäuser, Astrid Rothe-Beinlich, Stefanie Schiffer, Heike Schiller, M. Max Schön, Theresa Schopper, Dr. Michaele Schreyer, Michael Schwandt, Hilal Sezgin, Jürgen Suhr, Malti Taneja, Dr. Ellen Ueberschär, Virginia Wangare Greiner, Michael Wedell

Stipendiatische Vertreter/innen Hahle Badrnejad-Hahn, Georgia Franzius, Katja Gilbert, Nadya Srur

Aufsichtsrat Franziska Brantner, Renate Eisape, Prof. Dr. Joachim Gessinger, Fritz Kuhn, Steffi Lemke, Christoph Meertens, Dirk Scheelje, Dr. Michaele Schreyer, Gabriele Tellenbach

Frauenrat Kattrin Bauer, Maren Bock, Dr. Gülay Caglar, Birgit Dederichs-Bain, Dr. Andrea Ferber, Ulrike Gauderer, Judy Gummich, Prof. Dr. Birgit Meyer, Irene Reifenhäuser, Judith Strohm

Koordinationsgremium des Förderkreises Mechtild M. Jansen, Helga Metzner

Mitglieder Grüne Akademie Prof. Dr. Gabriele Abels, Tarek Al-Wazir, Birgitt Bender, PD Dr. Mechthild Bereswill, Marianne Birthler, Prof. Dr. Angelo Bolaffi, Prof. Dr. Christina von Braun, Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Reinhard Bütikofer, Prof. Dr. Thomas Christaller, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Prof. Dr. Simone Dietz, Christine Dörner, Dr. Thea Dückert, Rainer Emschermann, Anke Erdmann, Prof. Dr. Rainer Forst, Ralf Fücks, Karsten Gerlof, Prof. Dr. Arnim von Gleich, Adrienne Göhler, Cristina Gómez Barrio, Prof. Dr. Stefan Gosepath, Dr. Sigrid Graumann, Prof. Dr. L. Horst Grimme, Melanie Haas, Rebecca Harms, Dr. Dietrich Hermann, Imma Hillerich, Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Rahel Jaeggi, Pico Jordan, Dr. Otto Kallscheuer, Bertram Keller, Sybille Knapp, Dr. Felix Kolb, Dr. Regina Kreide, PD Dr. Georg Krücken, Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Prof. Dr. Bernd Ladwig, Dr. Susanne Lanwerd, Dr. Reinhard Loske, Dr. Willfried Maier, Nicole Maisch, Christoph Meertens, Prof. Dr. Christoph Menke, Johannes Moes, Gero Neugebauer, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Dr. Ralph Obermauer, Prof. Dr. Offe, Arnd Pollamann, Dr. Andreas Poltermann, Prof. Dr. U. K. Preuß, Prof. Dr. Lothar Probst, Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Ulrike Riedel, Manuela Rottmann, Dieter Rulff, Krista Sager, Prof. Dr. Thomas Saretzki, Manuel Sarrazin, Prof. Dr. Birgit Sauer, Joscha Schmierer, PD Dr. Thomas Schramme, Dr. Christine Schwarz, Peter Siller, PD Dr. Rudolf Speth, Dr. Tine Stein, Rena Tangens, Dr. Ellen Ueberschär, Sybille Volkholz, Matthias Wagner, Prof. em. Helmut Wiesenthal

Fachbeirat Nord-Süd Dr. Muriel Asseburg, Prof. Dr. Marianne Braig, Dr. Achim Brunnengräber, Prof. Dr. Tobias Debiel, Prof. Dr. Ulf Engel, Sonja Grigat, Thilo Hoppe, Ingrid Hoven, Sebastian Kasack, Lotte Leicht, Sabine Meyer, Dr. Roger Peltzer, Prof. Dr. Shalini Randeria, Wolfgang Schmitt, Dr. Imme Scholz, Dr. Karl-Heinz Stecher

Fachbeirat Europa/Transatlantik Juan Behrend, Reinhard Bütikofer, Dr. Ulrike Guérot, Milan Horáćek, Joost Lagendijk, Dr. Helmut Lippelt, Brigitte Luggin, Ulrike Lunacék, Ludwig Mehlhorn, Edith Müller, Winfried Nachtwei, Susanne Nies, Marc Oliver Pahl, Stefanie Schiffer, Joscha Schmierer, Dr. Ulrich Schneckener, Dr. Michaele Schreyer, Jan Seifert, Dr. Jaroslav Šonka, Rainder Steenblock, Dr. Elisabeth Weber

Fachbeirat Studienwerk Theresia Bauer, Prof. Dr. Timm Beichelt, Prof. Dr. Michael Daxner, Kai Gehring, Ulrike Gote, Prof. Dr. Uta Klein, Prof. Dr. Gerhard Kockläuner, Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel, PD Dr. Peer Pasternack, Dr. Simone Schwanitz

Stipendiatische Vertreter/innen Umair Bin Anwaar Qureshi, Judith Lebiger-Vogel

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Augsburg Dr. Stefan **Böschen**, Universität Augsburg
Bamberg Prof. Dr. Rainer **Drewello**, Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Bayreuth Dr. Erdmute **Alber**, Universität Bayreuth; Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier**, Universität Bayreuth
Berlin Prof. Dr. Susanne **Baer**, LL.M., Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Beate **Binder**, Humboldt Universität zu Berlin; Dr. Achim **Brunnengräber**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. María do Mar **Castro Varela**, Alice Salomon Fachhochschule Berlin; Dr. Sergio **Costa**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Kerstin **Dörhöfer**, Universität der Künste Berlin; PD Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**, Sigmund-Freud-Institut; Prof. Dr. Trevor **Evans**, Fachhochschule Wirtschaft Berlin; Dr. Karin **Fiege**, Humbold Universität zu Berlin; Prof. Dr. Barbara **Fritz**, Freie Universität Berlin; Dr. Katrin **Grüber**, Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft Berlin; Dr. Sigrid **Haase**, Universität der Künste Berlin; Prof. Dr. Cilja **Harders**, Freie Universität Berlin; PD Dr. Susanne **Heim**, Institut für Zeitgeschichte Edition Judenverfolgung; Dr. Dagmar **Heymann***; Christian **Hochfeld**, Öko-Institut e.V.; PD Dr. Elke **Holst**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Dr. Michi **Knecht**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Marianne **Kriszio**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Dorothea **Kübler**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Bernd **Ladwig**, Freie Universität Berlin; Dr. Angela **Lammert**, Akademie der Künste; Dr. Corinna **Langelotz**, Charité-Universitätsmedizin Berlin; Prof. Dr. Bernd **Lutterbeck**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; Prof. Dr. Romy **Morana**, Fachhochschule für Wirtschaft und Technik Berlin; PD Dr. Danyel **Reiche**, Freie Universität Berlin; Dr. Rosalinde **Sartorti**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Elvira **Scheich**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Dorothea **Schmidt**, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; Dr. habil. Annedore **Schulze***; Dr. Johannes **Siemens**; Dr. Eva **Sternfeld***; Mg. Elzbieta **Sternlicht**, Universität der Künste Berlin; Prof. Dr. Roderich **Süßmuth**, Technische Universität Berlin; Günter **Unterburger***; Prof. Dr. Christina **von Braun**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Gabriele **Wohlauf**, Deutsches Technikmuseum
Bielefeld Prof. Dr. Klaus **Dammann**, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**, Fachhochschule der Diakonie Bielefeld; Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**, Fachhochschule Bielefeld; Dr. Paul **Mecheril**, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Ursula **Müller**, Universität Bielefeld; Dr. Marlene **Müller**, Universität Bielefeld
Bochum PD Dr. Beate **Fieseler**, Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Ilse **Lenz**, Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**, Ruhr-Universität Bochum
Bonn Prof. Dr. Andreas **Pangritz**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität
Braunschweig Prof. Dr. Bettina **Wahrig**, Technische Universität Carolo-Wilhelmina Braunschweig
Breitenbrunn Dr. Christel **Walter**, Staatliche Studienakademie Breitenbrunn
Bremen Prof. Dr. Klaus **Boehnke**, Jacobs University Bremen; Prof. Dr. LL.M.M.A. Felix **Ekardt**, Universität Bremen; Prof. Dr. Juliane **Filser**, Universität Bremen; Prof. Dr. Karin **Gottschall**, Universität Bremen; Prof. Dr. Elfriede **Löchel**, Universität Bremen; Prof. Dr. Frank **Nullmeier**, Universität Bremen; Prof. Dr. Konstanze **Plett**, LL.M., Universität Bremen; Prof. Dr. Heinz-Peter **Preußer**, Universität Bremen; Prof. Dr. Lothar **Probst**, Universität Bremen
Chemnitz Prof. Dr. Cecile **Sandten**, Technische Universität Chemnitz; Prof. Dr. Günter **Voß**, Technische Universität Chemnitz
Coburg Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle**, Fachhochschule Coburg
Cottbus Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**, Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Darmstadt Prof. Dr. Marlies **Fröse**, Evangelische Fachhochschule Darmstadt; Prof. Dr. Beate **Krais**, Technische Universität Darmstadt
Dortmund Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**, Universität Dortmund
Dresden Prof. Dr. Udo **Becker**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Birgit **Benkhoff**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Lothar **Böhnisch**, Technische Universität Dresden; Annemarie **Müller**, M.A., Ökumenisches InformationsZentrum; Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Bernhard **Schlag**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**, Technische Universität Dresden
Düsseldorf Prof. Dr. Simone **Dietz**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Dr. Michaela **Kuhnhenne**, Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf
Duisburg Prof. Dr. Thomas **Heberer**, Universität Duisburg-Essen
Eberswalde Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**, Fachhochschule Eberswalde; Prof. Dr. Pierre **Ibisch**, Fachhochschule Eberswalde
Erfurt Prof. Dr. Jamal **Malik**, Universität Erfurt; Prof. Dr. Theresa **Wobbe**, Universität Erfurt
Erlangen Prof. Dr. Andrea **Pagni**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. Christoph **Pflaum**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Dr. Gerd **Sebald**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Essen Dr. Christine **Hatzky**, Universität Duisburg-Essen; Dr. Karen **Jaehrling**, Universität Duisburg-Essen; Prof. Dr. Anne **Schlüter**, Universität Duisburg-Essen
Esslingen Prof. Dr. Birgit **Meyer**, Hochschule Esslingen
Flensburg Prof. Dr. Gerd **Grözinger**, Universität Flensburg; Prof. Dr. Martina **Weber**, Universität Flensburg

Frankfurt a. M. Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Margrit **Brückner**, Fachhochschule Frankfurt am Main; Prof. Dr. Rainer **Forst**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Dr. Regina **Kreide**, Johann Wolfgang Goethe Universität; Prof. Dr. Helma **Lutz**, Johann Wolfgang Goethe Universität; Dr. Andreas **Nölke**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Uta **Ruppert**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Susanne **Schröter**, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Frankfurt/Oder Prof. Dr. Timm **Beichelt**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder); Janine **Nuyken**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Freiburg i. B. Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**, Katholische Fachhochschule Freiburg; Prof. Dr. Britta **Schinzel**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Prof. Dr. Carla **Rosendahl***
Gießen PD Dr. Jörn **Ahrens**, Justus-Liebig-Universität Gießen; Prof. Dr. Adalbert **Evers**, Justus-Liebig-Universität Gießen; Prof. Dr. Marianne **Friese**, Justus-Liebig-Universität Gießen
Göttingen Dr. Sabine **Horn**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Michael M. **Kochen**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Nicolai **Miosge**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Ilona **Ostner**, Georg-August-Universität Göttingen; Dr. Ulrich **Schwardmann**, Georg-August-Universität Göttingen; PD Dr. Thorsten **Unger**, Georg-August-Universität Göttingen
Greifswald Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; PD Dr. Dr. habil. Mariacarla **Gadebusch Bondio**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Prof. Dr. Konrad **Ott**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Halle/Saale Prof. Dr. Thomas **Bremer**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Dr. Karamba **Diaby**, Jugendwerkstatt Frohe Zukunft Halle-Saalkreis e.V.; Prof. Dr. Gesine **Foljanty-Jost**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Hauschild**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Isabell **Hensen**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Frithjof **Meinel**, Hochschule für Kunst und Design Halle; Prof. Dr. Werner **Nell**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Olk**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Ursula **Rabe-Kleberg**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Pia **Schmid**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Hamburg Prof. Dr. Andrea **Blunck**, Universität Hamburg; Dr. Nina **Feltz**, Universität Hamburg; Dr. Irmtraut **Gensewich**, Universität Hamburg; Dr. Karin **Hörner**, Universität Hamburg; Trudel **Karcher**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejeiro**, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Dr. Werner **Konitzer**, Hamburger Institut für Sozialforschung; Prof. Dr. Ursula **Neumann**, Universität Hamburg; Dr. Bettina **Paul**, Universität Hamburg; Dr. Kai-Uwe **Schnapp**, Universität Hamburg; Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck**, Gender Institut Hamburg/Steinkimmen/Oldenburg; Prof. Dr. Wolfram **Weiße**, Universität Hamburg
Hannover Susanne **Eser**, Büro für kulturelle Unvernunft. Kunst-Forschung-Wissenschaft; Prof. Dr. Gudrun-Axeli **Knapp**, Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover; Prof. Dr. Bettina **Oppermann**, Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**, Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover
Heidelberg Dr. Hüseyin **Aguicenoglu**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Susanne **Enderwitz**, Universität Heidelberg; Dr. Dorothea **Fischer-Hornung**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Frauke **Gewecke**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Jekatherina **Lebedewa**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Steffen **Sigmund**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Hildesheim Dr. Waltraud **Ernst**, HAWK FH Hildesheim/Holzminden; Prof. Dr. Leonie **Wagner**, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen
Hoppstädten Prof. Dr. Peter **Heck**, Fachhochschule Trier, Hoppstädten
Ilmenau Prof. Dr.-Ing. Johann **Reger**, TU Ilmenau
Jena Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**, Fachhochschule Jena; Dr. phil. Stephan **Lorenz**, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Prof. Dr. Thomas **Sauer**, Fachhochschule Jena
Jerusalem Prof. Yfaat **Weiss**, The Hebrew University of Jerusalem
Karlsruhe Jun. Prof. Dr. Havva **Engin**, Pädagogische Hochschule Karlsruhe
Kassel Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**, Universität Kassel; Dr. Ulrike **Loch**, Universität Kassel; Prof. Dr. Clarita **Müller-Plantenberg**, Universität Kassel; Dr. Renate **Ruhne**, Universität Kassel; Prof. Dr. Christoph **Scherrer**, Universität Kassel; Dr. Helen **Schwenken**, Universität Kassel
Kiel Prof. Dr. Uta **Klein**, Fachhochschule Kiel; Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner**, Fachhochschule Kiel
Köln Dr. Elke **Beduhn**, Rechtsanwälte Decruppe & Kollegen; Prof. Dr. Boris **Braun**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Ursula **Bredel**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Wolf-Dietrich **Bukow**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Cornelius **Nestler**, Universität zu Köln; Dr. Gerda **Schüler**, Universität zu Köln
Konstanz Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**, Universität Konstanz; Dr. Oliver **Trevisiol**, Universität Konstanz
Landau Heide **Gieseke**, Universität Koblenz-Landau
Leipzig Dr. Christa **Grimm**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Frank **Liedtke**, Universität Leipzig; Dr. Regina **Metze**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Stefan **Troebst**, Universität Leipzig
London Dr. Helga **Satzinger**, University College London
Lüneburg Anne **Dudeck**, Universität Lüneburg; Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**, Universität Lüneburg; Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**, Universität Lüneburg; Prof. Dr. Gerda **Lischke**, Universität Lüneburg
Magdeburg Prof. Dr. Gerald **Warnecke**, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
Mainz Prof. Peter **Kiefer**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Harald **Schleicher**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Mannheim Prof. Dr. Bernhard **Ebbinghaus**, Universität Mannheim

Marburg Prof. Dr. Susanne **Maurer**, Philipps-Universität Marburg; Dr. Sabine **Toppe**, Philipps-Universität Marburg
Merseburg Prof. Dr. Wolfgang **Berg**, Hochschule Merseburg
München Prof. Dr. Helga **Bilden***; Prof. Dr. Constance **Engelfried**, Hochschule München; Dr. Gabriele **Hooffacker**, Journalistenakademie; Dr. Isabel **Richter**, Ludwig-Maximilians-Universität München; Walter **Sehrer**, M.A., Münchner Projektgruppe für Sozialforschung; Prof. Dr. Carmen **Tatschmurat**, Katholische Stiftungsfachhochschule München
Neubiberg Prof. Dr. Franz **Kohout**, Universität der Bundeswehr Neubiberg
Neuss Angela **Wagner***
Nürnberg Dr. Heidi **Hofmann**, Ev. Fachhochschule Nürnberg
Oldenburg Prof. Dr. Gesa **Lindemann**, Universität Oldenburg; Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Silke **Wenk**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Paderborn Prof. Dr. Michael **Hofmann**, Universität Paderborn
Passau Prof. Dr. Siegfried **Graf**, Universität Passau
Potsdam Prof. Dr. Joachim **Gessinger**, Universität Potsdam; Prof. Dr. Erhard **Stölting**, Universität Potsdam; Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim**, Hochschule für Film und Fernsehen «Konrad Wolf» Potsdam-Babelsberg
Rostock Prof. Dr. Peter A. **Berger**, Universität Rostock; Dr. Gudrun **Heinrich**, Universität Rostock; Dr. Heike **Kahlert**, Universität Rostock; Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**, Universität Rostock
Saarbrücken Prof. Dr. Holger **Buck**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Prof. Dr. Klaus **Kraimer**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Dr. Christine **Schwarz**, Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (iso) e.V.
Stuttgart Dr. Ralph O. **Schill**, Universität Stuttgart
Trier PD Dr. Michael **Schönhuth**, Universität Trier
Tübingen Prof. Dr. Gabriele **Abels**, Universität Tübingen; Prof. Dr. Regine **Gildemeister**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Dr. Karin **Widmayer***
Ulm Prof. Dr. Franziska **Lamott**, Universität Ulm
Utrecht Dr. Christoph **Baumgartner**, University of Utrecht
Wien PD Dr. Cornelia **Klinger**, Institut für die Wissenschaften vom Menschen; Prof. Dr. Helmut **Lethen**, Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften Wien
Wiesbaden Prof. Dr. Silvia **Kontos**, Fachhochschule Wiesbaden; Dr. Renate **Niekant***; Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**, Fachhochschule Wiesbaden
Wismar Prof. Dr. Jost **Kramer**, Hochschule Wismar, University of Technology, Business and Design
Witten Prof. Dr. Martin **Schnell**, Private Universität Witten/Herdecke
Wuppertal Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**, Bergische Universität Wuppertal; Dr. Gertrud **Oelerich**, Bergische Universität Wuppertal
Zürich Dr. Sabine **Höhler**, ETH Zürich

* keine Hochschulangaben

Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Prof. Dr. Christine Bauhardt — Prof. Dr. Timm Beichelt — Prof. Dr. Klaus Boehnke — Dr. Manuela Böhm — Paula Bradish — Prof. Dr. Margrit Brückner — Dr. Stephan Bundschuh — Dr. Ralph Bürk — Prof. Dr. María do Mar Castro Varela — Dr. Christoph Cebulla — Dr. Christian Chua — Dr. Karamba Diaby — Prof. Dr. Hansjörg Dilger — Dr. Frieder Dittmar — Sandra Dümer — Prof. Dr. Christel Eckart — Dr. Waltraud Ernst — Prof. Dr. Albert Evers — Prof. Dr. Anke Fesenfeld — Prof. Dr. Juliane Filser — Dr. Gernot Folkers — Prof. Dr. Birgit Geissler — Prof. Dr. Joachim Gessinger — Prof. Dr. Gerd Grözinger — Dr. Katrin Grüber — Dr. Ines Hartwig — Prof. Dr. Sabine Hofmeister — Dr. Gisela Holfter — Dr. Gabriele Hooffacker — Michael Jainzik — Dr. Uta Klein — Prof. Dr. Claudia Kraft — Prof. Dr. Dorothea Kübler — Prof. Dr. Margitta Kunert-Zier — Dr. Carmen Leicht-Scholten — Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl — Dr. Alexandra Lübcke — PD Dr. Margreth Lünenborg — Lilian Marx-Stölting — Prof. Dr. Paul Mecheril — Dr. Birgit Möller — Janine Nuyken — Prof. Dr. Bettina Oppermann — Prof. Dr. Wolfgang Riedel — Prof. Dr. Christoph Scherrer — Prof. Dr. Joachim Schulze — Dr. Christine Schwarz — Judith Strohm — Prof. Dr. Kerstin Stutterheim — Dr. Ulrike Stutz — Prof. Dr. Caja Thimm — Prof. Dr. Stefan Troebst — Prof. Dr. Gerald Warnecke — Prof. Dr. Martina Weber — Prof. Dr. Yfaat Weiss — Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski — PD Dr. Dorothee Wierling — Dr. René Wildangel — Prof. Dr. Theresa Wobbe

Adressen

Stand: April 2009

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285340 **F** 030-28534109
E info@boell.de **W** www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-28534-260 **F** 030-28534-5260
E archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.
Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart
T 0711-2633941 0 **F** 0711-2633941 9
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung – Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e.V.
Reichenbachstraße 3a, 80469 München
T 089-24226730 **F** 089-24226747
E info@petra-kelly-stiftung.de **W** www.petra-kelly-stiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
T 030-61260 74 **F** 030-61830 11
E info@bildungswerk-boell.de **W** www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Dortusstraße 30, 14467 Potsdam
T 0331-2800786 **F** 0331-292092
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen
Plantage 13, 28215 Bremen
T 0421-352368 **F** 0421-352389
E ruedel.boell@arcor.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Politisches Bildungswerk Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg
Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg
T 040-389527 0 **F** 040-380936 2
E info@umdenken-boell.de **W** www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.
T 069-231090 **F** 069-23947 8
E info@hbs-hessen.de **W** www.hbs-hessen.de

Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern in der Heinrich-Böll-Stiftung
Mühlenstraße 9, 18055 Rostock
T 0381-492218 4 **F** 0381-492215 6
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301857 0 **F** 0511-30185714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen
Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund
T 0231-914404 0 **F** 0231-914404 4
E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz
Martinstr. 2, 55116 Mainz
T 06131-905260 **F** 06131-905269
E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.
Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-583560 **F** 0681-583536
E boell.stiftung@t-online.de

Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung
Schützengasse 18, 01067 Dresden
T 0351-494331 1 **F** 0351-494341 1
E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt e.V.
Leipziger Straße 36, 06108 Halle
T 0345-202392 7 **F** 0345-202392 8
E info@boell-sachsen-anhalt.de **W** www.boell-sachsen-anhalt.de

Bildungswerk «Anderes Lernen» – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein
Medusastraße. 16, 24143 Kiel
T 0431-906613 0 **F** 0431-906613 4
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555325 7 **F** 0361-555325 3
E info@boell-thueringen.de **W** www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Afrika

Regionalbüro Ostafrika/Horn von Afrika
Heinrich Böll Foundation, Forest Road
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-374 42 27/375 03 29 **F** +254-20-374 91 32
E nairobi@hbfha.com **W** www.hbfha.com

Landesbüro Nigeria
Heinrich Böll Foundation
16 A, Diya Oladipo Crescent, 2nd Ave. Extension
S.W. Ikoyi, Lagos
T +234-1-472 14 65
E info@boellnigeria.org **W** www.boellnigeria.org

Regionalbüro Südliches Afrika
Heinrich Böll Foundation
The Avalon Building
123 Hope Street, Gardens, 8001 Cape Town, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-11-447 44 18
E info@boell.org.za **W** www.boell.org.za

Landesbüro Äthiopien
Heinrich Böll Foundation
Off Bole Medhanealem, House no 2264
P.O. Box Number 3174, Code 1250, Addis Abeba, Äthiopien
T +251-1-663 11 00 **F** +251-1-618 54 88
E info@hbf.addis.org.et

Asien

Regionalbüro Pakistan/Afghanistan
Heinrich Böll Foundation, 76-B, Nisar Road, House 76-B
Lahore-54800, Pakistan
T +92-42-666 63 22 **F** +92-42-666 48 99
E gregor.enste@hbfasia.org **W** www.hbfasia.org

Regionalbüro Südostasien
Heinrich Böll Foundation, 91/9 Mu 14, Ban Mai Lang
Mor Soi 1, Suthep Road, 50200 Chiang Mai, Thailand
T +66-53-81 04 30-2 **F** +66-53-81 01 24
E sea@hbfasia.org **W** www.hbfasia.org

Landesbüro Kambodscha
Heinrich Böll Foundation, House No. 34, Street 222
Sangkat Benng Raing, Khan Dann Penh
Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E seidel@hbfasia.org

Landesbüro Indien
Heinrich Böll Foundation,
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-2651 6695
E india@hbfasia.org **W** www.boell-india.org

Landesbüro Afghanistan
Heinrich Böll Foundation, Qala-e-Fathullah,
Street 1, House Nr. 25, Kabul, Afghanistan
T +93-799-492 458
E bente.scheller@hbfasia.org **W** www.boell-afghanistan.org

Landesbüro China
Heinrich Böll Foundation
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No. 309, 100027 Beijing, China
T +86-10-66 15 46 15-0 **F** +86-10-66 15 46 15-102
E info@boell-china.org **W** www.boell-china.org

Europa

Regionalbüro Europäische Union
Heinrich Böll Foundation, Rue d'Arlon 15, B–1050 Bruxelles
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E brussels@boell.be **W** www.boell.be

Regionalbüro Ost-/Mitteleuropa (Warschau)
Fundacja Heinricha Bölla
ul. Zurawia 45 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E hbs@boell.pl **W** www.boell.pl

Regionalbüro Ost-/Mitteleuropa (Prag)
Zastoupeni Heinrich-Böll-Stiftung v Ceske republice
Spálená 23,(Eingang Spálená 21)
CZ – 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@boell.cz

Landesbüro Ukraine
Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Antonowytscha (Gorkogo) 37/13, Büro 10
03150 Kiew, Ukraine
T +38044 390 70 78 **F** +38044 287 56 50
E savin@boell.org.ua

Landesbüro Türkei
Heinrich-Böll-Stiftung, Inönü Cad. Haci
Hanim Sok. No. 10/12
34439 Gümüssuyu – Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-252 31 36
E info@boell-tr.org **W** www.boell-tr.org

Landesbüro Russland
Heinrich Böll Foundation, Grusinskij Pereulok 3-231,
RU 123056 Moskau, Russland
T +7-495-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@boell.ru **W** www.boell.ru

Regionalbüro Südkaukasus
Heinrich Böll Foundation
38, Zovreti Str., 0160 Tbilisi, Georgien
T +995-32-380 467 **F** +995-32-91 28 97
E info@boell.ge **W** www.boell.ge

Regionalbüro Südosteuropa
Fondacija Heinrich Böll
Dobracina 43, 11 000 Belgrad, Serbien
T +381-11-30 33 833 **F** +381-11-21 800 49
E hbs-bgd@hbs.rs **W** www.fondacija-boell.eu

Landesbüro Bosnien und Herzegowina
Fondacija Heinrich Böll, Cekalusa 42
71000 Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E h.boell@bih.net.ba

Landesbüro Kroatien
Fondacija Heinrich Böll, Berislaviceva 20
HR-10000 Zagreb, Kroatien
T +385-1-48 12 530 **F** +385 1 481 89 77
E hbskroatien@net.hr

Lateinamerika

Regionalbüro Brasilien
Fundação Heinrich Böll, Rua da Gloria 190, ap. 701
2024 1180 Rio de Janeiro – Gloria, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E boell@boell.org.br **W** www.boell-latinoamerica.org

Regionalbüro Cono Sur
Fundación Heinrich Böll,
Avenida Francisco Bilbao 882
Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-584 01 72 **F** +56-2-584 01 72-101
E info@boell.cl

Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko /Karibik (Mexiko-Stadt)
Fundación Heinrich Böll, Calle José Alvarado No. 12
Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
CP 06700, México, D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E asistente@boell-latinoamerica.org.mx
W www.boell-latinoamerica.org

Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)
Fundación Heinrich Böll, Residencial Zanzibar,
Pasaje A-Oriente No. 24
San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E enlaces@boell.org.sv
W www.boell-latinoamerica.org

Naher Osten

Landesbüro Israel
Heinrich Böll Foundation, Nahalat Binyamin 24,
65162 Tel Aviv, Israel
T +972-3-516 77 34/35 **F** +972-3-516 76 89
E hbstl@boell.org.il **W** www.boell.org.il

Regionalbüro Mittlerer Osten
Heinrich Böll Foundation, 266, Rue Gouraud,
Gemmayzeh, Beirut, Libanon
P.O. Box 175510, Gemmayzeh, Beirut, Libanon
T +961-1-56 29 26 **F** +961-1-56 29 78
E boell@terra.net.lb **W** www.boell-meo.org

Regionalbüro Arabischer Naher Osten
Heinrich Böll Foundation, Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah
Palestine, P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@boell-ameo.org **W** www.boell-ameo.org

Nordamerika

Regionalbüro Nordamerika
Heinrich Böll Foundation, Chelsea Gardens
1638 R Street, NW, Suite 120,
Washington, DC, 20009, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@boell.org **W** www.boell.org

Fördern und Spenden

Wir danken unseren Förder/innen und Spender/innen!

Viele Menschen unterstützen die Heinrich-Böll-Stiftung durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen sie mit, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiter zu entwickeln.

So können Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

- **mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis**
  Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen wie der Petra-Kelly-Preisverleihung. Unsere Mitglieder haben die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.
- **mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Künstler/innen im Heinrich-Böll-Haus**
  Sie ermöglichen damit internationalen Autor/innen und Künstler/innen einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort konnten sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten. Den Spendenaufruf für das Stipendienprogramm unterstützen die Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész.
- **mit einer langfristigen Partnerschaft**
  In der Broschüre «Spuren hinterlassen» geben wir sachliche Informationen rund um die Themen Erben, Vererben, Stiften. Wir zeigen, wie Sie Partner oder Partnerin der Heinrich-Böll-Stiftung werden können. Gemeinsam mit uns können Sie Ihre demokratischen Ideale und Ihr politisches Engagement dauerhaft weiterführen und an die nächste Generation weiterreichen. Gerne schicken wir Ihnen die Broschüre zu und beantworten Ihre Fragen.

Werden Sie Pate oder Patin!

Günther Grass und Imre Kertész

Informationen:
Dr. Janina Bach
T 030-285 34-112 **F** -5112
E bach@boell.de **W** www.boell.de/freundeskreis

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:
Vorname:
Institution/ Organisation:
○ dienstlich ○ privat
Anschrift
Straße:
PLZ/Ort:
E-Mail:
Telefon/Fax:

** Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.*

○ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/ Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte bitte mit 45c freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin

Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Janina Bach
Koordinatorin des Freundeskreises
T 030-28534-112 **F** -5112
E bach@boell.de
W www.boell.de/freundeskreis

Mechtild M. Jansen und Helga Metzner, Koordinationsgremium des Freundeskreises

Begegnungsreise nach Irland im Frühjahr 2008

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung tragen dazu bei, die Selbständigkeit der Stiftung und die Qualität ihrer Arbeit langfristig zu sichern. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen unterstützen sie Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen sowie kleinere Kunst- und Kulturprojekte. Im Jahr 2008 gehörten 420 Personen dem Freundeskreis an, vom Studenten bis zur Ruheständlerin, vom Freiberufler bis zur Professorin. Neben Einladungen zu Preisverleihungen der Stiftung erhielten die Mitglieder den vierteljährlichen Infobrief, der über aktuelle Entwicklungen der Stiftungsarbeit und die Aktivitäten des Freundeskreises informiert. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für Freundinnen und Freunde der Stiftung bot ihnen die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu treten, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen.

Klimapolitischen Fragestellungen widmeten sich zwei Veranstaltungen mit Hans-Josef Fell zur Nutzung erneuerbarer Energien und Max Schön zum Desertec-Konzept. Dieses sieht vor, im Nahen Osten und in Nord-Afrika mit Hilfe von Solarthermischen Kraftwerken und Windparks die Wasserentsalzung und Stromerzeugung voranzutreiben und den sauberen Strom dann mittels Hochspannungsleitungen in diese Länder und ab 2020 bis nach Europa zu leiten.

Der Internationalen Zusammenarbeit war die Jahresversammlung des Freundeskreises gewidmet. Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, stellte die Aktivitäten der Stiftung in Afghanistan und ihre politischen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen dar. Die Podiumsdiskussion zu «Südafrikas Krisenmanagement auf dem Prüfstand» befasste sich mit den innen- und außenpolitischen Herausforderungen Südafrikas im Zuge der fremdenfeindlichen Ausschreitungen im Land und der Vermittlungsbemühungen Thabo Mbekis in Simbabwe.

Weitere Veranstaltungen mit Mitgliedern des Freundeskreises waren Robert Habecks Buchvorstellung «Verwirrte Väter – oder wann ist der Mann ein Mann», das eine neue Debatte über egalitäre Familienarbeit aus Sicht der Väter anstößt. Zudem begleitete der Freundeskreis mit einer Podiumsdiskussion die Premiere des Dokumentarfilms «Shortcut to justice» über Frauengerichte in Indien.

Auf den Spuren Heinrich Bölls wanderte der Freundeskreis in diesem Jahr bei seiner einwöchigen Bildungsreise nach Irland. Sie führte zu Orten, die Heinrich Böll im *Irischen Tagebuch* beschrieben hatte. Heinrich Böll gewidmet war auch die Einladung des Freundeskreises in René Bölls Atelier in Köln zu dem Vortrag «Schreiben als Beruf». In der besonderen Atmosphäre des Ateliers konnten Einblicke in die sehr persönlichen Erinnerungen an den Schriftsteller Heinrich Böll und zugleich in die künstlerische Arbeit seines Sohnes René Böll gewonnen werden.

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- ○ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ○ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von € _____
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- ○ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ○ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von € _____

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Zahlungsweise

○ **Bankeinzug**

Bitte buchen Sie den angekreuzten Betrag von € _____ bei Fälligkeit bis auf Widerruf von meinem Konto ab.

Konto-Nr: ○○○○○○○○○○

BLZ: ○○○ ○○○ ○○○

Geldinstitut: _____

Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist die Bank nicht verpflichtet, den Betrag abzubuchen.

○ **Überweisung**

Den Betrag von € _____ habe ich auf das Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto-Nr. 307 67 02 überwiesen.

Datum/ Unterschrift: _____

Impressum Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Redaktion: Susanne Dittrich, Bernd Rheinberg Umschlag: Tété Camille Azankpo, Stipendiat im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich: Ohne Titel / Metall, Holz (Ausschnitt) Texte: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung Fotos: Archiv der Heinrich-Böll-Stiftung sowie Ludwig Rauch (S. 3 o., 58), Bettina Keller (S. 3 u.), Indyact (S. 7), Joachim Loch (S. 10, 22 u., 28, 29, 49), Clive Shirley/GlobalAware (S. 11), Viktor Kogan-Yasny (S. 16), Gregor Enste (S. 20), Amnon Rauchmann (S. 30 o.), Rahman Satti Kuijpers (38, 39), Marco Lohrbach (S. 41), Volker Wilke (S. 46 u.), Photogräphin/ Manuela Schneider (S. 48 u., 57), Monika Hoegen, Kölner Stadt-Anzeiger (S. 52, Mushekwe), Gürcan Öztürk (S. 52, Erdogan), Schloemer-Gruppe (S. 52, Mwanza und Azankpo), Uschi Dresing (S. 55), Rolf Walter/Xpress (S. 56 o.), Sybille von Carnap (S. 72) Gestaltung: blotto, Berlin Papier: Umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht Auflage 3.750 Stand: 1. Mai 2009 Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin **T** 030–285 34–0 **F** 030–285 34–109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2008 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 249 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat Dr. Birgit Laubach inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Brüssel, in Polen, Tschechien, der Türkei, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Kroatien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Äthiopien, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Im Jahr 2008 standen der Stiftung rund 45 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Heinrich-Böll-Stiftung – Die grüne politische Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin
T 030–285340 **F** 030–28534109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de